

Sonderthema:
Nach der Bundestagswahl
Ergebnisse, Hintergründe SEITE 1-19

630 KÖPFE

Alle Abgeordneten des neuen Parlaments
im Überblick

SEITE 10-14

299 WAHLKREISE

Alle regionalen Einzelergebnisse und die
gewählten Listenbewerber

SEITE 15-19

Das Parlament

Berlin, Montag 30. September 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 40/41 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Der schwarze Stimmenkönig

Franz-Josef Holzenkamp Mehrheiten wie sie einst die CSU hatte: Der Stimmenkönig kommt diesmal nicht aus dem schwarzen Bayern, sondern dem noch schwächeren Süddeutschen: Stolz 66,3 Prozent Erststimmen erhielt der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp (53) bei der Wahl am 22. September in seinem Wahlkreis Cloppenburg-Vechta – dort, wo es ländlich ist, zwei Drittel der Menschen katholisch sind und mit die meisten Kinder Deutschlands geboren werden. Der Landwirt sitzt seit 2005 als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag und ist agrarpolitischer Sprecher der Unions-Fraktion. Holzenkamp macht das Wahlergebnis „unheimlich stolz“. Es sei für ihn „große Motivation, für die Menschen in meiner Heimat in den kommenden Jahren weiter zu arbeiten“. *kr.u*



Und die Großen? Mit 25,7 Prozent fuhr SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück zwar knapp drei Prozent mehr ein als 2009. Das ändert aber nichts an dem riesigen Abstand zur Union. Mit 41,5 Prozent verfehlte diese unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Doch was auch diesem fulminanten Sieg folgt, ist bisher noch unklar.

ZAHL DER WOCHE

229

neue Abgeordnete ziehen im Oktober zum ersten Mal in den Bundestag ein. Das ist mehr als ein Drittel der insgesamt 630 künftigen Parlamentarier. In der CDU/CSU-Fraktion gibt es im 18. Deutschen Bundestag 114 neue Gesichter, bei der SPD 86, bei Bündnis 90/Die Grünen sitzen demnächst 18 Neulinge und in der Linksfraktion elf.

ZITAT DER WOCHE

»Deutschland braucht eine stabile Regierung.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Chefin, nach ihrem Triumph am vergangenen Montag nach der Bundestagswahl. Eine unionsgeführte Minderheitsregierung lehnte sie ab.

IN DIESER WOCHE

THEMA

Interview Alterspräsident Heinz Riesenhuber im Gespräch **Seite 2**

Koalition Worauf es bei den Verhandlungen diesmal ankommt **Seite 4**

Bundesrat Das derzeitige Kräfteverhältnis in der Länderkammer **Seite 6**

Ausland Internationale Reaktionen nach der Wahl in Deutschland **Seite 7**

KEHRSEITE

Stipendiaten Junge Araber lernen die deutsche Demokratie kennen **Seite 20**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



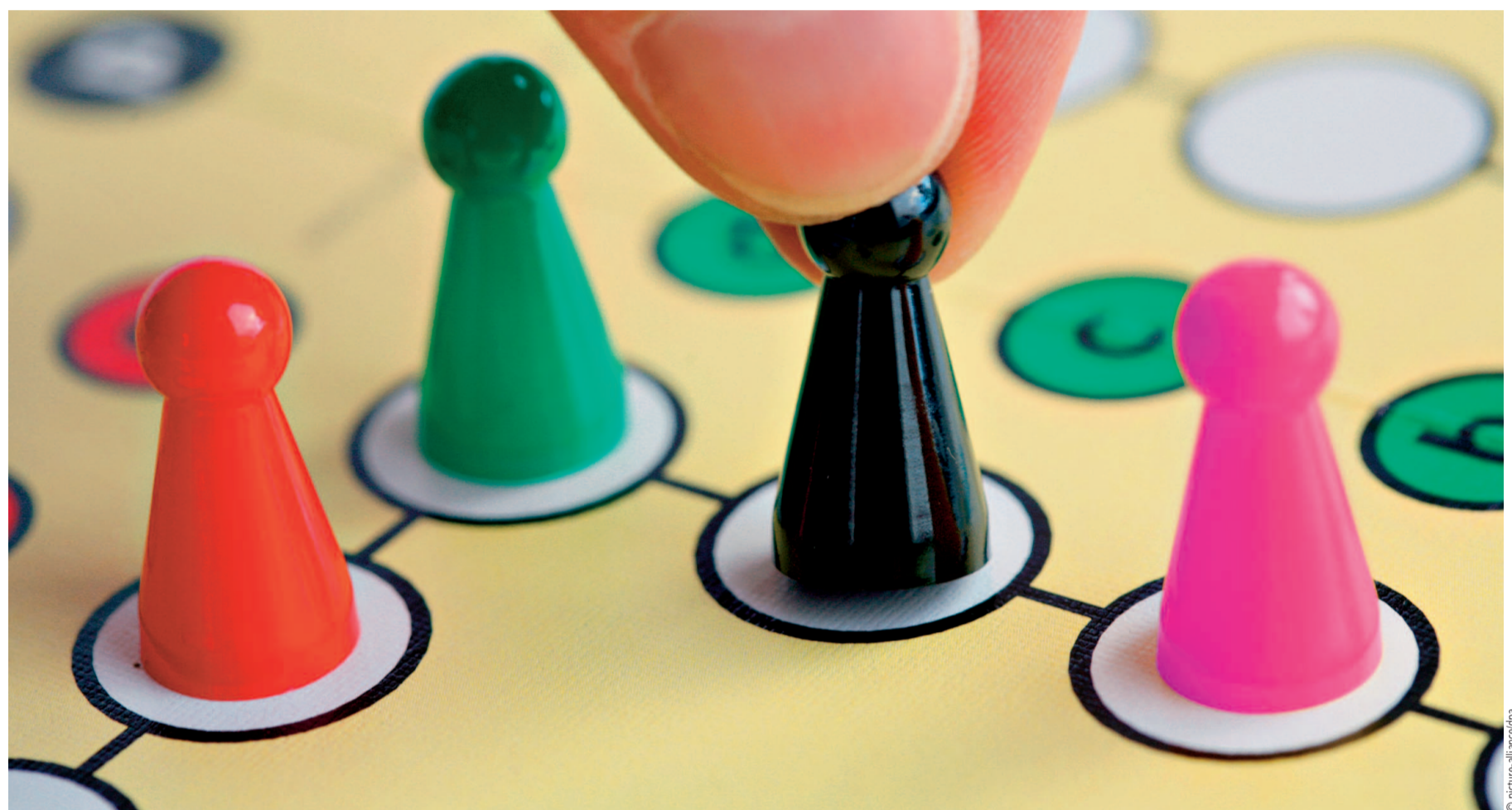
Rotstich oder grüne Tupfen

NACH DER WAHL Für die Mehrheit im Bundestag braucht der schwarze Sieger einen neuen Koalitionspartner

S o schnell dreht sich das Personalkarussell sonst nur in der Bundesliga. Kaum hatten die Parteien das Wahlergebnis vom 22. September fürs erste verdaut, da reihte sich ein Rücktritt an den nächsten. In diesem Fall zunächst bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen, auch wenn sich der Wahlausgang für beide nicht vergleichen lässt. Denn die Niederlage der FDP war eine wahrhaft historische: Mit 4,8 Prozent verfehlte sie erstmals seit 1949 den Einzug in den Bundestag. Die „vier guten Jahre für Deutschland“, mit denen die FDP im Wahlkampf die vergangene Legislaturperiode besungen hatte, waren offenbar keine vier guten Jahre für die Partei. Sie muss sich unter ihrem designierten Vorsitzenden Christian Lindner nun an der Basis neu erfinden. Auch die „Alternative für Deutschland“ (AfD) verfehlte mit 4,7 Prozent das Klassenziel. Die Grünen blieben mit 8,4 Prozent weit hinter ihren Erwartungen zurück, sahen sie sich doch zwischenzeitlich schon im 20-Prozent-Umfragehoch. Sowohl Fraktions- als auch Parteispitzen müssen nun neu besetzt werden. Die Linke wurde mit 8,6 Prozent drittstärkste Kraft und wäre eigentlich ganz zufrieden, wenn sich Grüne und SPD nur nicht einem, rechnerisch möglichen, Linksbündnis verweigern würden.

Und die Großen? Mit 25,7 Prozent fuhr SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück zwar knapp drei Prozent mehr ein als 2009. Das ändert aber nichts an dem riesigen Abstand zur Union. Mit 41,5 Prozent verfehlte diese unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate. Doch was auch diesem fulminanten Sieg folgt, ist bisher noch unklar.

Koalitionspoker Schwarz-Gelb ist Geschichte. Für Schwarz-Grün ist die Zeit auf Bundesebene wohl noch nicht gekommen, trotz einiger Sympathiebekundungen auf beiden Seiten. Das letzte Wort ist aber auch hier noch nicht gesprochen. Am wahrscheinlichsten erscheint derzeit, wie schon 2005, eine Große Koalition aus Union und SPD. Die Union umwirbt die SPD und gibt sich kompromissbereit, zum Beispiel beim Spitzensteuersatz. Auch einem flächendeckenden Mindestlohn, wie ihn die SPD fordert, sind manche in der Union nicht gänzlich abgeneigt. Zu beidenden sind die Sozialdemokraten deshalb nicht, sitzen sie doch ziemlich in der Klemme. In die letzte Große Koalition konnten sie noch auf Augenhöhe mit der Union hinein marschieren und kamen am Ende mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit Kriegsende wieder heraus. Nun liegt die SPD 16 Prozent hinter der Union. Viele Genossen befürchten, dass die Partei in einem solchem Bündnis endgültig zerrieben würde. Kein Wunder, dass mächtige Landesverbände, wie der aus Nordrhein-Westfalen, Widerstand leisten



Die Spielfiguren stehen auf dem Brett. Jetzt muss gezogen werden, um eine Regierungsmehrheit herzustellen.

und die Parteiführung nun klären muss, wie sie ihre skeptische Basis einbindet. Während für die FDP eine düstere Prophezeiung wahr geworden ist, die SPD den Eintritt einer solchen für sich zu verhindern sucht, ist eine andere nicht eingetreten: Der 18. Deutsche Bundestag hat 630 Abgeordnete und nicht, wie nach der Wahlrechtsreform befürchtet, 700 oder mehr Sitze.

Fraktionsbildung Von diesen 630 Sitzen entfallen 311 auf die CDU/CSU. An der Spitze ihrer Fraktion wird künftig Volker Kauder stehen, sowie der parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer. Die CDU-Landesgruppe führt weiter Gerda Hasselfeldt. Auch die 192 Mitglieder der SPD-Fraktion bestätigen ihr bisheriges Führungspersonal: Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und der parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann bleiben im Amt. Noch nicht geklärt ist die Spitze bei der 63-köpfigen Grünen-Fraktion. Als Konsequenz aus dem Wahlergebnis traten Renate Künast und Jürgen Trittin als Fraktionschefs zurück. Auch Volker Beck will nicht erneut

als Parlamentarischer Geschäftsführer kandidieren. Für die Nachfolge an der Spitze der Fraktion bewerben sich nun Katrin Göring-Eckardt, die erfolglose Spitzenkandidatin im Wahlkampf, sowie Kerstin Andreae, die bisherige Fraktions-Vize. Den Part von Jürgen Trittin könnte der verkehrspolitische Sprecher Anton Hofreiter als Vertreter des linken Parteiflügels übernehmen. In dem Bestreben um eine Neuausrichtung werden es die Grünen jedoch nicht bei Personalfragen belassen können. Sie müssen nun definieren, was aus ihrer Sicht die grünen Themen der Zukunft sind. Göring-Eckardt und Andreae haben schon mal klar gemacht, wohin es aus ihrer Sicht gehen sollte:

zurück in die bürgerliche Mitte. Bei den Linken übt man sich unterdessen in Einigkeit und will jeden Eindruck von Flügelkämpfen, die die Partei noch im letzten Jahr vor eine Zerreißprobe gestellt haben, vermeiden. Zwar hätte sich auch die Linke wieder ein zweistelliges Ergebnis gewünscht (2009: 11,9 Prozent). Aber als nun drittstärkste Kraft im Bundestag mit 64 Sitzen demonstriert sie Selbstbewusstsein; thematisch deuten sich keine großen Kurskorrekturen an. Ziemlich sicher ist deshalb, dass ihr Spitzenkandidat Gregor Gysi auch weiter die Fraktion führen wird. Die große Frage hier: Bildet seine innerparteiliche Konkurrentin Sahra Wagenknecht mit ihm eine Doppelspitze, oder wehrt sich Gysi erneut erfolgreich dagegen?

Sollte es am Ende zu einer Großen Koalition kommen, wäre deren parlamentarische Mehrheit mit 503 Sitzen so überwältigend, dass der Bundestag vor einer ganz anderen Herausforderung stünde. Denn Linke und Grüne würden zusammen nicht mal ein Viertel der Mitglieder stellen. Das ist aber nötig, um wichtige Minderheitenrechte durchzusetzen, wie zum Beispiel die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder die Durchführung einer öffentlichen Anhörung. Die Arbeit der Opposition wäre erheblich eingeschränkt, weshalb also eine Neuregelung der Minderheitenrechte auf der Agenda des neuen Bundestages stehen müsste.

Claudia Heine

EDITORIAL

Es bleibt spannend

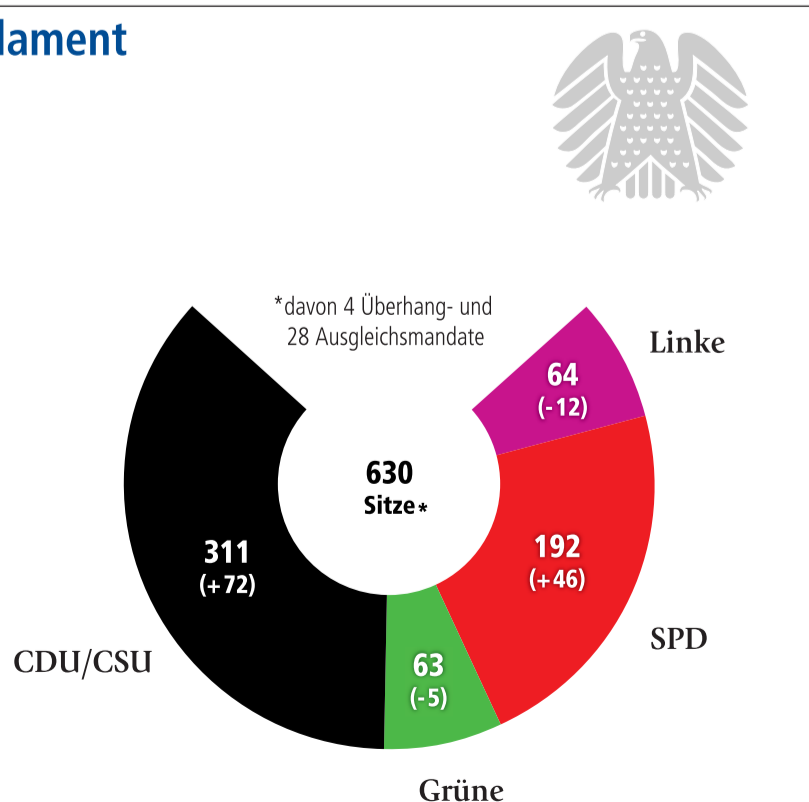
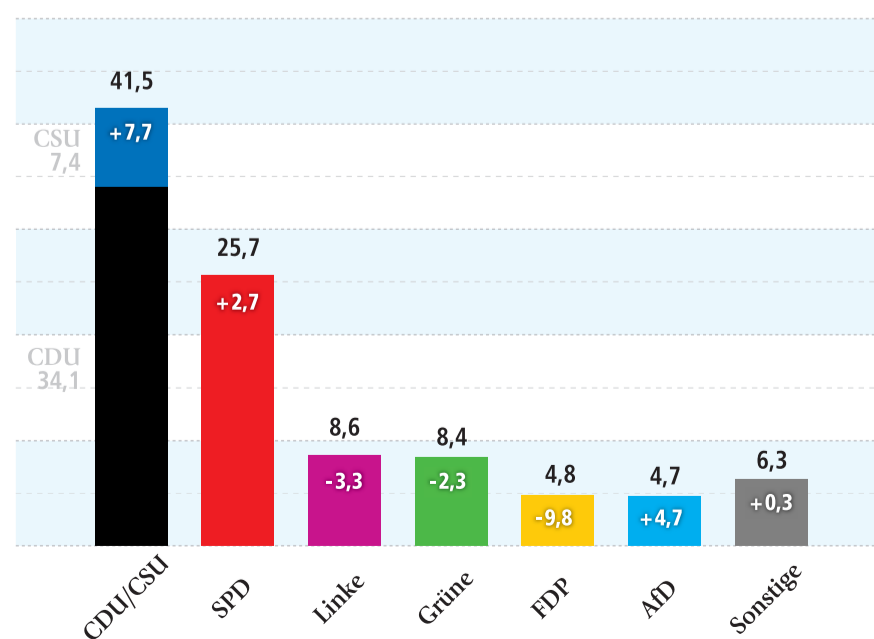
VON JÖRG BIALLAS

Da sage noch einer, Wahlen seien nicht spannend: Die Union kratzt an der Grenze zur absoluten Mehrheit im Bundestag. Damit düpiert sie die Politikexperten in Demoskopie und Journalismus, die ein solches Ergebnis allesamt nicht für möglich gehalten hatten. Ganz nebenbei strafen CDU/CSU das Gerede vom Ende des Zeitalters der Volksparteien Lügen. Der FDP versagen beim Klimmzug an der Fünft-Prozent-Stange die Kräfte. Erstmals in der deutschen Geschichte wird es einen Bundestag ohne die Liberalen geben. Die „Alternative für Deutschland“ hätte im ersten Anlauf beinahe den Sprung ins Parlament geschafft. Auch das ist ein auf Bundesebene bemerkenswertes Ereignis. Übrigens ebenso wie das nach den landespolitischen Erfolgen überaus deutliche Scheitern der „Piraten“. War vor der Wahl vielfach von einem Parlament mit zukünftig sechs Fraktionen die Rede, wird es nun einen Bundestag mit nur vier Fraktionen geben. Kurzum: Es war eine Wahl mit vielen Überraschungen. Keine Spur von Routine, gar Langeweile, wie so oft behauptet wurde. Dazu hat gewiss auch beigetragen, dass mit fast Dreiviertel aller Wahlberechtigten zumindest nicht weniger Menschen mitgestimmt haben als vier Jahre zuvor. Das pseudo-intellektuelle Gefasel in Presse, Funk und Fernsehen, mit dem das Nichtwählen einfüchtig zum Zeitgeist erhoben werden sollte, hat gottlob keinen zusätzlichen Schaden angerichtet. Und noch eine viel diskutierte Befürchtung ist ausgeblieben: Das neue Wahlrecht hat den nächsten Bundestag personell nicht über die Maßen aufgebläht. Das hat ursächlich mit dem Ergebnis zu tun. Bei einer anderen Stimmenverteilung hätte die Zahl der Abgeordneten also durchaus deutlicher wachsen können (siehe auch Seite 3 dieser Ausgabe). Ob und wie das Wahlrecht vor diesem Hintergrund erneut justiert werden muss, wird die 18. Legislaturperiode zeigen. Die Wähler haben ihr Votum abgegeben. Jetzt ist die Politik gefragt, eine stabile Regierung zu formen. Das geschieht in den kommenden Wochen. Natürlich geht es dabei um Ämter, um Einfluss, um Macht. Vor allem aber geht es darum, effektive Strukturen zur Umsetzung des Wählerwillens zu schaffen. Ebenso wie schon die Bundestagswahl wird das Finden und Ausgestalten einer Koalition gewiss eines: spannend.

Im Fall einer Großen Koalition müssten die Rechte der Opposition neu geregelt werden.

Bundestagswahl 2013 und Sitzverteilung im Parlament

Stimmenanteile (Zweitstimme) in % und Anzahl der Sitze mit Veränderung zu 2009
Wahlbeteiligung 71,5% (+0,8%)



Quelle: Der Bundeswahlleiter, vorläufiges amtliches Endergebnis Grafiken: Stephan Roters

GASTKOMMENTARE

PROGNOSEN DIREKT VOR DER WAHL VERBIETEN?

Kritische Masse

PRO



Jost Müller-Neuhof »Der Tagesspiegel«, Berlin

Früher war in der Bundesrepublik zwar nicht alles besser, aber manches einfacher. Etwa eine Antwort auf die Frage, wen man wählen sollte. Es gab Lager im Parlament, Blöcke in der Welt und Medien, die nicht nur eine Richtung kannten, sondern auch Redaktions- und Seneschluss. Wer wählte, hatte dafür Zeit und war halbwegs orientiert.

Wie Aberglaube

CONTRA



Christian Bommarius »DuMont-Redaktionsgemeinschaft«

Prognosen direkt vor der Wahl, die sich direkt nach der Wahl als richtig herausstellen, müssen nicht verboten werden. Denn es gibt sie – so gut wie – nicht. Prognosen direkt vor der Wahl hingegen, die sich direkt nach der Wahl als falsch erweisen, sind zwar die Regel, müssen aber ebenfalls nicht verboten werden.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 19 Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Riesenhuber, Glückwunsch zur Wiederwahl. Sie sind 77 Jahre alt und erneut der älteste Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Damit fällt Ihnen zum zweiten Mal die Rolle als Alterspräsident zu. Freuen Sie sich oder ist dieses „Amt“ mehr Bürde als Würde?

Das ist nichts, was im operativen Geschäft die Welt verändert, aber ich freue mich darauf, den Bundestag zu eröffnen, die neue Sitzungsperiode zu beginnen. Ich freue mich auf den Austausch mit den Kollegen, die genau wissen: Der Riesenhuber hat nicht mehr die Absicht, Parlamentarischer Staatssekretär zu werden.

Als Alterspräsident werden Sie am 22. Oktober die konstituierende Sitzung des Bundestages leiten bis zur Wahl des Parlamentspräsidenten. Es ist eine gute Tradition, dass der älteste Parlamentarier auch eine Eröffnungsrede hält. Welche Botschaften haben Sie denn diesmal für Ihre Kollegen im Gepäck?

Das weiß ich noch nicht, ich habe bis zum Wahlsonntag noch Wahlkampf gemacht, nichts sonst. Ich fange jetzt erst so langsam an, darüber nachzudenken. Ich habe auch noch ein bisschen Zeit.

Manche meinen, der Wahlkampf wäre langweilig gewesen, die Wahl selbst war aber unzweifelhaft spannend. Beobachter sprechen gar von einer historischen Zäsur, weil die FDP erstmals in der Nachkriegsgeschichte nicht ins Parlament einzieht und Kanzlerin Merkel fast die absolute Mehrheit der Mandate geholt hätte. Was ist da passiert?

Das erste ist: Im Verlauf der Zeit wurde der Wahlkampf immer weniger langweilig, weil immer deutlicher zum Ausdruck kam, dass in der Tat gewählt werden kann zwischen zwei klar unterscheidbaren Alternativentwürfen für Deutschland. Um es am Beispiel der Steuerpolitik zu zeigen: Es ist schon ein elementarer Unterschied, ob man sagt, wir wollen die Steuern erhöhen, den Staatsanteil vergrößern – oder wir wollen die Steuern nicht erhöhen, bei der so genannten Kalten Progression sogar senken und damit die Freiräume zum Arbeiten und Wirtschaften vergrößern.

Und die FDP?

Ich habe mit der FDP wirklich gerne zusammengearbeitet und es tut mir leid, dass nun tüchtige Kolleginnen und Kollegen nicht mehr im Bundestag vertreten sind. Bei der Haushaltskonsolidierung, bei der vorzeitigen Einhaltung der Schuldenbremse lagen wir mit der FDP durchaus auf einer Linie.

Der Koalitionspartner ist nun weg.

Jetzt, wo der Staub des Wahlkampfes sich so langsam setzt, müssen wir schauen, wo wir ohne die FDP Schnittmengen finden mit den zwei möglichen Koalitionspartnern, also den Sozialdemokraten oder den Grünen, und

»Redlich und standfest«

HEINZ RIESENHUBER Am 22. Oktober wird der CDU-Politiker als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Bundestages leiten.



hen, wie aus dem Parlament heraus getwittert wird und eine Welt ohne Google und Smartphones unvorstellbar erscheint?

Das ist an sich eine schöne Erweiterung der Möglichkeiten. Die Grenze ist dann erreicht, wenn in einer Sitzung jemand, mit dem man sich besprechen sollte, seine Mails checkt oder Neuigkeiten an den Aktienmärkten abfragt.

Die jüngsten Abgeordneten, die in das Bundestag einziehen, sind Jahrgang 1987, also gerade 26 Jahre alt. Haben Sie für die ein paar Ratschläge?

Jeder muss natürlich seinen Weg selber finden. Aber damals fand ich es hilfreich, mit erfahrenen Abgeordneten darüber zu sprechen, wie dieser ganze Apparat eigentlich tickt. Wie findet man seine Themen, wie findet man Kollegen, mit denen man gemeinsam Anträge ausarbeiten kann, wie entwickelt man sein Profil. Es macht durchaus Sinn, das Gespräch mit Leuten zu führen, die schon in den Strukturen zu Hause sind.

Werden Sie von jüngeren Abgeordneten denn auch schon mal beiseite genommen und nach ihrer parlamentarischen Erfahrung befragt?

Ich werde oft angesprochen. Umgekehrt schaue ich, welche neuen Kollegen interessant sind, ob jemand Unternehmungsgest und Biss hat und ein Thema, das ihn treibt. Und wenn sich daraus ergibt, dass man etwas zusammen macht, ist das ein Vergnügen. Ich bin aber kein Filmproduzent auf der Suche nach neuen Stars.

Was muss denn aus Ihrer Sicht ein Parlamentarier an Kerneigenschaften mitbringen, um erfolgreich zu sein?

Er oder sie sollte schon redlich und geradlinig sein und auch standfest. Parlamentarier sollten grundsätzlich teamfähig sein. Außerdem sollten sie die Fähigkeit haben, mit Menschen umzugehen, aber das haben sie ja spätestens auf dem Weg zum Mandat gelernt. Und sie müssen ein Thema haben, für das sie politisch kämpfen wollen. In den Bundestag zu gehen, nur um im Bundestag zu sein, das reicht nicht aus.

Umgekehrt gefragt: Was ist für einen Parlamentarier eher schädlich?

Parlamentarier sollten nicht zu ichbezogen denken. Es kann auch hinderlich sein, wenn man sich zu sehr von der Euphorie des hohen Mandats tragen und die Sachbezogenheit dabei vermissen lässt. Nötig sind sicher Selbstbewusstsein und zugleich Respekt im Umgang mit allen Menschen, ob nun mit Unternehmern, Kleintierzüchtern, Rentnern oder Professoren.

Viele Ihrer Kollegen, die schon lange im Parlament saßen, traten nicht mehr zur Wahl an. Manche deuteten an, Politik könne süchtig machen. Wann reicht es Ihnen?

Die Arbeit macht mir unverändert Freude, einerseits im Wahlkreis, andererseits im Parlament, wo man jedes Jahr neue Themen, neue Herausforderungen hat und mit tüchtigen und klugen Leuten zusammenkommt. Bis heute trägt mich mein Wahlkreis in großer Freundschaft, und meine Frau hat gesagt: Vier Jahre mache ich es noch mit.

Das Interview führte Claus Peter Kosfeld.

Heinz Riesenhuber sitzt seit 1976 für die CDU im Bundestag und wurde jetzt in seinem Wahlkreis Main-Taunus erneut direkt gewählt. 1982-1993 war er Bundesforschungsminister. Seit 2006 ist Riesenhuber Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Mahmut Özdemir: Stimme der Jungen

Alzu viel Zeit bleibt für das Gespräch in einer Bundestagskantine nicht: Mahmut Özdemir muss zum Flieger. Der in der SPD-Hochburg Duisburg direkt gewählte 26-Jährige hat gerade seine erste Fraktionssitzung absolviert, und schon teilt der Neuling das Schicksal der Abgeordneten: den Termindruck. Özdemir ist der jüngste Volksvertreter. Der Newcomer hat nicht nur das Diktat der Uhrzeit zügig verinnerlicht, er dürfte sich auch rasch in die zerklüfteten Mechanismen der Macht in der Hauptstadt hineinfinden.

tionsgeschäftsstelle kümmert sich rührend um uns, in der SPD-Familie bleibt man nicht allein". Im Übrigen gelte es, sich „durchzu- beißen“. Wird man als Neuling nicht automatisch zum Hinterbänkler, der sich seine Sporen noch verdienen muss? Özdemir winkt ab: „Ob Offensivspieler oder Hinterbänkler, das hängt davon ab, wie energisch man ein Thema voranbringt.“



»Ich bin Moslem und türkischstämmig, aber ich bin ein Duisburger wie alle anderen.«

Mit dem Durchbeißen hat er schon ganz früh Erfahrungen gesammelt. Als Zwölfjähriger gehörte er zur lokalen Skaterszene, „zu- erst wurden wir von einer Kirche, dann von einem Baumarkt, zuletzt von einem Verkehrsunternehmen vertrieben“. Schließlich erkämpfte sich die Clique zusammen mit den Jusos bei den Homberger Politinstanzen eine Skaterbahn: „Da habe ich gelernt, dass man hartnäckig bleiben, aber auch basisdemokratisch andere überzeugen muss.“

versitäre Lernbedingungen, an die verbreitete Angst, keinen adäquaten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und in Praktika zu landen, an befristete Arbeitsverträge. Er kann sich vorstellen, zu diesen Themen konkrete Initiativen mit jüngeren Abgeordneten anderer Parteien zu starten. Aber fraktionsübergreifend „Strukturen bilden“ oder „Geheimbünde schaffen“, das lehnt er ab.

Am liebsten würde der SPD-Politiker im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Innenausschuss mitmischen. Dort würde er sich für ein Arbeitsgesetzbuch zur Bündelung aller entsprechenden Gesetze und für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen einsetzen. Doch ob auf Anhieb der Sprung in die Wunschgremien gelingt? Unter den Abgeordneten gebe es „viele Verteilungsmechanismen, manches ist Glücksache“. Wer weiß.

Für den jüngsten Parlamentarier interessieren sich selbst türkische und holländische Medien. Das hat auch mit seinen türkischen Wurzeln zu tun. Er mache „kein Hehl daraus, dass ich Moslem und türkischstämmig bin, aber ich bin ein Duisburger wie alle anderen“, betont Özdemir, bei dem zuweilen der Slang des Ruhrpotts anklingt. Von einer an bestimmte Bevölkerungsgruppen gerichteten speziellen Integrationspolitik hält er wenig. Nötig sei vielmehr Chancengleichheit für alle unabhängig von ihrer Herkunft – bei der Bildungsförderung, bei der Jugendarbeit, auf dem Arbeitsmarkt. „Damit handele ich mir natürlich Kritik vom Establishment der Integrationspolitik ein“, sagt der selbstbewusste Jung-Abgeordnete aus dem Ruhrpott.

Karl-Otto Sattler

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung) Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de Chefredakteur Jörg Biallas (bj) Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd Michael Klein (mik) Claus Peter Kosfeld (pk) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw) Fotos Stephan Roters Redaktionsschluss 27. September 2013

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH Andrea Schröder Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden. „Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Wählerströme gingen diesmal hin zu den Unionsparteien: Bürger am Eingang zu zwei Wahllokalen in Rostock

Kanzlerin als Erfolgsgarant

WAHLANALYSE Der Unionsieg basiert auf dem hohen Ansehen von Angela Merkel. Deutsche präferieren Große Koalition

Die Bundestagswahl 2013 brachte für die CDU/CSU mit 7,7 Prozentpunkten die größten Zugewinne seit 1953 und erstmals seit 1994 wieder ein Ergebnis von mehr als 40 Prozent. Die SPD konnte sich nach ihrem Rekorderfolg von 2009 zwar leicht verbessern, blieb aber mit 25,7 Prozent deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Und nachdem sowohl Grüne, Linke als auch FDP vor vier Jahren ihre jeweils besten Resultate erzielt hatten, fielen erstere jetzt auf ihr Niveau von 2005 zurück und letztere scheiterte mit fast zweistelligen Verlusten erstmals bei einer Bundestagswahl an der Fünf-Prozent-Hürde, während die neu angestretene Euro-kritische Partei AfD nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasste. Die Wahlbeteiligung – 2009 auf einem Tiefstwert – stieg trotz vieler Aufrufe und Kampagnen in Medien und Politik nur minimal auf 71,5 Prozent an.

Soziale Gerechtigkeit Den Erfolg der Union führten in einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen in der Woche vor der Wahl zwei Drittel der Deutschen vornehmlich auf Angela Merkel zurück und nur 21 Prozent auf die Politik der Union. Die Leistung von Spitzenkandidatin und Kanzlerin bewerteten 80 Prozent positiv, darunter Mehrheiten in allen Parteienhängergruppen. Mit einer Beurteilung von 2,1 auf einer Skala von plus 5 bis minus 5 erreichte sie den besten Imagewert

eines Kanzlers nach 1990 und ließ damit auch ihren SPD-Herausforderer Peer Steinbrück, der lediglich auf einen Wert von 0,7 kam, weit hinter sich. Im persönlichen Eigenschaftsvergleich der beiden Kontrahenten lag Angela Merkel klar vorn, sie wurde als die weitaus durchsetzungsfähigere, sympathischere und auch glaubwürdigere Kandidatin wahrgenommen. Ihr trauten mehr Befragte zu, die Euro-Krise zu bekämpfen und neue Arbeitsplätze zu schaffen als Peer Steinbrück, der wiederum beim Thema Soziale Gerechtigkeit gegen die Kanzlerin punktete. Insgesamt vertrauten bei der Lösung der zukünftigen Probleme des Landes 38 Prozent auf Merkel und 16 Prozent auf Steinbrück (kein Unterschied: 38 Prozent). Aus dieser Bewertung resultiert der große und auch über die letzten Monate hinweg sehr konstante Vorsprung Angela Merkels in der sogenannten K-Frage, bei der sich zuletzt 60 Prozent einen Verbleib der Amtsinhaberin wünschten und nur 31 Prozent Peer Steinbrück als Kanzler präferierten. Diese Kompetenzzuschreibung blieb nicht auf die personelle Ebene beschränkt, sie wiederholte sich auch auf Parteiebene: In den

Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuer- und Rentenpolitik sowie Euro-Krise dominierte die Union, in Sachen Familienpolitik waren beide Parteien gleichauf und in punkto Soziale Gerechtigkeit führte die SPD.

Bastion bei Senioren Garant für das gute Abschneiden der Union ist erneut die Generation der über 60-Jährigen, von der sich mit

Jahren mit unverändert 29 Prozent ihr bestes Ergebnis innerhalb der Altersgruppen. Den größten Zuwachs (plus 7) konnte die SPD bei Wählern unter 30 Jahren verzeichnen, blieb aber hier (24 Prozent) dennoch leicht unter ihrem Gesamtergebnis. Viel schlechter als insgesamt schnitt die Union, trotz durchschnittlich hoher Zugewinne, bei den jüngeren Wählern (34 Prozent) ab. Während bei Linken und FDP kaum altersspezifische Differenzen auftraten, waren Grüne, AfD und vor allem Piraten – letztere kamen bei den unter 30-Jährigen auf 7 Prozent – bei jüngeren Wählern deutlich erfolgreicher als bei älteren. Im Detail wurden die Piraten und ebenso die AfD stärker von jungen Männern als jungen Frauen unterstützt. Dagegen konnten die Grünen insbesondere bei den Wählern unter 30 Jahren, aber auch in allen anderen Altersgruppen, bei Frauen bessere Ergebnisse aufweisen als bei Männern. Dieses Gendernmuster zeigte sich in gleicher Weise bei den Unionsparteien, und mit umgekehrten Vorzeichen bei SPD, FDP, AfD und Piraten, die auch in der Gesamtbetrachtung für Wählerinnen weniger attraktiv waren als für Wähler. Darüber hinaus gelang es den Sozialdemokraten, mit einem Ergebnis von 39 Prozent in ihrer Stammwählerschaft, den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern, überdurchschnittlich stark zuzulegen. Die FDP brach dagegen bei den ihr traditionell nahestehenden Selbst-

ständigen mit Verlusten von 14 Prozentpunkten massiv ein, erreichte aber hier erneut weit über ihrem Gesamtergebnis liegende 10 Prozent.

Schlechte Noten für FDP Für ihre Arbeit in der Regierung bekam die FDP fast die gesamte Legislaturperiode über schlechte bis sehr schlechte Noten, zuletzt wurde sie mit minus 0,7 (Skala von plus 5 bis minus 5) eingestuft, und damit völlig konträr zur Bewertung ihres Koalitionspartners, der CDU/CSU, die mit 1,3 die mit Abstand beste Note der parlamentarischen Kräfte erhielt. Auch Spitzenkandidat Rainer Brüderle wurde mit minus 0,5 nur unwesentlich besser beurteilt als seine Partei und trug mit diesem schlechtesten Imagewert im Reigen der Spitzenkandidaten zum Absturz der FDP bei. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass es in den Wochen vor der Wahl eine partielle Wechselstimmung gab, mit einer Mehrheit, die für einen Verbleib der Union an der Bundesregierung votierte, aber nicht für einen Verbleib der FDP. Die von den Deutschen als einzige mehrheitlich präferierte Koalition war seit Monaten eine Große Koalition. Bei der Bewertung verschiedener Bündnismodelle kam eine Regierung aus CDU/CSU und SPD in der Woche vor der Wahl auf eine Zustimmung von 52 Prozent, Schwarz-Gelb auf 36 Prozent, Rot-Grün auf 33, Schwarz-Grün auf 26 und Rot-Rot-Grün nur auf 19 Prozent.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 spiegelt so gesehen die verschiedenen, in den Umfragen davor geäußerten Präferenzen wieder: Der klare Wunsch nach einer Kanzlerin Merkel, der im herausragenden Resultat der Union zum Ausdruck kam und unter anderem auch das schwache SPD-Abschneiden erklärt und die bevorzugte Große Koalition, befeuert durch die Unzufriedenheit mit der FDP, der damit auch ihre Bedeutung als Mehrheitsbeschafferin zum Großteil abhandeln kam. Darüber hinaus dürfte dieser Ausgang der Bundestagswahl ohne klare Mehrheitsverhältnisse mit Blick auf eine Regierungsbildung eine Neujustierung des Kurses der im Parlament vertretenen Parteien erforderlich machen. Für die FDP steht nach dieser Zäsur vermutlich nicht nur personell, sondern auch programmatisch eine Neuaufrüstung an und für die Alternative für Deutschland, deren Unterstützung für die meisten Deutschen vor allem auf der Unzufriedenheit mit anderen Parteien beruht, bleibt abzuwarten, ob sie sich allein mit dem Thema Euro dauerhaft etablieren kann. Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Befragung der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.572 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl sowie auf der Befragung von 46.595 Wählern am Wahltag. *Andrea Wolf*

Die Autorin ist Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Abgeordnete

Michael will Klassensprecher werden. Anna auch. Beide sagen: „Ich bin der beste Klassensprecher.“ Also muss die Klasse abstimmen. Michael sagt: „Wenn ihr mich wählt, spiele ich im Sportunterricht immer Fußball.“ Anna sagt: „Ich setze mich dafür ein, nur noch ein Diktat im Halbjahr zu schreiben.“ So ähnlich ist es auch in der Politik. Zu wählen sind aber keine Klassensprecher, sondern Abgeordnete. Diese Abgeordneten machen Wahlkampf und sagen, wofür sie sich einsetzen wollen. Danach entscheiden sich die Wähler, also alle Erwachsenen, wem sie die Stimme geben. Die gewählten Abgeordneten machen dann in Berlin im Bundestag Politik.

49 Prozent überdurchschnittlich viele, insbesondere viele Wählerinnen (53 Prozent) für die CDU/CSU entschieden haben. Auch die SPD erreichte bei allen Wählern über 60

Der Parlamentsaufwuchs blieb aus

NEUES WAHLRECHT Wegen des hohen Zweitstimmenanteils der Union wurde die Mandatszähl diesmal nur unwesentlich vergrößert

Die Bundestagswahl war auch ein Testfall für das 2012 zwischen Union, SPD, Grünen und FDP einvernehmlich beschlossene neue Wahlrecht. Befürchtungen, dass durch den dort eingeführten vollständigen Ausgleich etwaiger Überhangmandate der Bundestag übermäßig anwachsen könnte, haben sich nicht bewahrheitet. Fielen 2009 noch 24 Überhangmandate für die Union an, waren es diesmal nur vier. Der Grund liegt in deren gutem Zweitstimmenergebnis. CDU und CSU konnten diesmal zwar noch mehr Direktmandate in den Wahlkreisen verbuchen – 236 gegenüber 218; diese waren jedoch durch die deutlich verbesserten Zweitstimmenanteile fast vollständig gedeckt, weil FDP-Wähler scharenweise zur Union überliefen und diese auch aus dem Nichtwählerlager über eine Million zusätzliche Stimmen rekrutierte.

Wahlbeteiligungen Die gemessen an den vier Überhängen mit 28 relativ große Zahl der zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmandate hängt mit der „doppelten“ Ausgleichslösung des neuen Wahlgesetzes zusammen. Dieses versuchsweise nämlich nicht nur sicherzustellen, dass sich Mandats- und Stimmenanteile der in den Bundestag einziehenden Parteien insgesamt entsprechen, sondern möchte durch vorab festgelegte Mindestsitzkontingente auch die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in den einzelnen Bundesländern berücksichtigen. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass hinter jedem Mandat gleich viele Stimmen stehen.

Der letztgenannte Effekt schlug bei dieser Wahl vor allem in Bayern zu Buche. Weil die Wahlbeteiligung hier unter dem Bundesdurchschnitt lag und gleichzeitig überproportional viele Stimmen für die sonstigen Parteien anfielen, wurden der CSU in der ersten Verteilung mehr garantierte Sitze (plus 3) zugeordnet als ihre Landesverbände in der zweiten Verteilung hätten erhalten dürfen. Dies führte in Verbindung mit dem geringen bundesweiten Zweitstimmenanteil der CSU zu einem entsprechend höheren Ausgleichsbedarf, der neben SPD (10), Grünen (3) und Linken (3) auch die CDU (9) mit weiteren Mandaten belohnte. Starker öffentlicher Druck, das Wahlgesetz in der nächsten Legislaturperiode erneut zu reformieren, ist wegen der moderat ausgefallenen Vergrößerung kaum zu erwarten. Das ändert aber nichts an dem grundsätzlichen Problem. Warum sollte die Zufälligkeit des Wahlausgangs darüber entscheiden, wieviele Abgeordnete im Bundestag sitzen? Mit dem für sie bequemem Ausgleichsmodell haben die Parteien eine längerfristig tragfähige Lösung im Umgang mit den Überhangmandaten blockiert. Eine Möglichkeit hätte zum Beispiel darin gelegen, die Sollgröße von heute 598 Abgeordneten auf 550 oder 500 zu reduzieren. Noch konsequenter wäre eine Neujustierung des Verhältnisses von direkt gewählten und Listenabgeordneten gewesen. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate hat sich das Gewicht schon heute in Richtung der letzteren verschoben. Würde man den Anteil der Direktmandate noch weiter – auf 40 Prozent

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei)
hier 1 Stimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten

Erststimme
Zweitstimme

Jeder Wähler hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen.

oder ein Drittel – absenken, könnten Überhangmandate gar nicht erst entstehen oder wären zumindest seltener. Die Gelegenheit zu einer solchen Reform bleibt vorhanden, weil es aus Gründen der demographischen Entwicklung in der nächsten Wahlperiode ohnehin nötig sein wird, einen Neuzuschnitt von Wahlkreisen vorzunehmen. Bei einer solchen Reform könnte man auch über zwei andere Fallstricke des Wahlrechts nachdenken – das Zweitstimmensystem und die Sperrklausel. Es spräche gerade unter dem Gesichtspunkt der Personalisierung manches dafür, wieder zum Einstimmensystem der Bundestagswahl 1949 zurückzukehren, bei der die Wahlkreisstimme gleichzeitig als Par-

teinstimme gewertet wurde. Wer am Zweitstimmensystem unbedingt festhalten will, sollte zumindest die irreführenden Bezeichnungen Erst- und Zweitstimme streichen und in Parteienstimme (für die heutige Zweitstimme) und Personen- oder Wahlkreisstimme (für die Erststimme) umbenennen. Das zweite Problem betrifft den Anteil der Stimmen, die durch die Sperrklausel unter den Tisch fallen und somit im Parlament nicht repräsentiert sind. Dieser erreichte bei der Bundestagswahl mit 15,7 Prozent einen Rekordwert. Die Verhältnismäßigkeit der Fünf-Prozent-Hürde steht damit immer mehr in Frage. Auf der kommunalen Ebene und bei den Europawahlen haben die Verfassungsgerichte die Klausel bereits gekippt. Auf der Bundesebene und in den Ländern würde sich statt einer Abschaffung oder Absenkung vielleicht auch die Einführung einer Ersatzstimme anbieten, die zum Zuge kommt, wenn die Partei, für die man mit der Hauptstimme votiert, unter der Fünf-Prozent-Hürde bleibt. (siehe Seite 5) *Frank Decker*

Der Autor ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

CHRONIK

Ergebnis der Bundestagswahl

In der Nacht vom 22. auf den 23. September verkündete um 3:15 Uhr Bundeswahlleiter Roderich Egeler das vorläufig amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2013. Das amtliche Endergebnis hingegen wird voraussichtlich erst am 9. Oktober in einer öffentlichen Sitzung des Bundeswahlausschusses unter Vorsitz Egelers bekannt gegeben.

Fraktionsbildung

Bereits in der vergangenen Woche haben sich die vier im 18. Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gebildet. Die Union und die SPD haben bereits ihre Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Linke und Grüne werden dies voraussichtlich am 8. und 9. Oktober tun. Rechtlich gesehen handelt es sich bei den neu gebildeten Fraktionen um sogenannte Vor-Fraktionen. Erst mit der Konstituierenden Sitzung des Bundestages wird dies rechtlich wirksam, da nach dem Bundeswahlgesetz (Paragraf 45) die Mitgliedschaft der gewählten Kandidaten im Bundestag erst nach Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses mit der Eröffnung der Konstituierenden Sitzung des Bundestages beginnt.

Vor-Ältestenrat

Am 30. September trifft sich erstmal der sogenannte Vor-Ältestenrat. Er besteht aus dem amtierenden Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU), den vier Vizepräsidenten, die auch dem neuen Bundestag angehören, und mindestens den Parlamentarischen Geschäftsführern der im neuen Bundestag vertretenen Fraktionen. Der Vor-Ältestenrat bereitet die Konstituierende Sitzung des Bundestages vor, klärt die Sitzordnung im Plenarsaal und weitere organisatorische Fragen des Parlamentsbetriebes. Personell ist der Vor-Ältestenrat deutlich kleiner als der reguläre Ältestenrat, der sich nach der Konstituierenden Sitzung bildet. Dieser besteht nach der derzeit geltenden Geschäftsordnung (Paragraf 6) aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern und 23 weiteren Abgeordneten.

Konstituierende Sitzung

Der 18. Deutsche Bundestag muss sich gemäß Grundgesetz (Artikel 39 Absatz 2) spätestens 30 Tage nach der Wahl konstituieren, also bis zum 22. Oktober. Eröffnet wird die Konstituierende Sitzung durch den Alterspräsidenten, dem nach Lebensjahren ältesten Abgeordneten. In der neuen Legislaturperiode ist dies wie bereits vor vier Jahren der 77-jährige Heinz Riesenhuber (CDU) (siehe Seite 2). Er leitet auch die Wahl des Bundestagspräsidenten, der dann den Vorsitz der Sitzung übernimmt. Anschließend gibt sich der Bundestag eine Geschäftsordnung und wählt die stellvertretenden Bundestagspräsidenten. Die aktuelle Geschäftsordnung sieht die Wahl von mindestens einem Vizepräsidenten pro Fraktion vor.



Der Jubel bei der Union am Wahlabend war groß. Nun beginnt das zähe Ringen um Themen.

Das große Pokern

KOALITIONSGESPRÄCHE Steuern, Mindestlohn oder PKW-Maut – inhaltliche Knackpunkte gibt es genug

ist doch egal, wen man wählt, es ändert sich sowieso nichts.“ Er wurde gern und oft zitiert, dieser Satz, den politikmüde Nichtwähler in viele Mikrofone sprachen. Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zur diesjährigen Bundestagswahl zeigt, dass es zum Teil deutliche programmatische Unterschiede zwischen ihnen gibt. Ändern könnte sich, von dieser Theorie aus betrachtet, also Einiges. Jetzt kommt es darauf an, mit welcher Konsequenz die Union auf der einen und SPD oder Bündnis 90/Die Grünen auf der anderen Seite in möglichen Koalitionsgesprächen „für eigene Überzeugungen kämpfen“, wie der Spitzenkandidat der Grünen, Jürgen Trittin, nach der Wahlniederlage sein persönliches Motto beschrieb. Die Verhandlungsführer werden also einige Nüsse zu knacken haben:

Steuern CDU/CSU lehnen Steuererhöhungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer laut Wahlprogramm klar ab. Die SPD will dagegen den Spitzensteuersatz für zu versteuernde Jahreseinkommen auf 100.000 Euro (Ehepaare: 200.000 Euro) auf 49 Prozent anheben. Auch die Grünen planen einen Spitzensteuersatz in gleicher Höhe, allerdings ab einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro. Beide Parteien wollen zudem die Vermögenssteuer wieder einführen: die SPD auf „angemessenem Niveau“; die Grünen wollen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ab einem Vermögen von einer Million Euro und mittelfristig wieder eine Vermögenssteuer einführen. Steuervorteile für bestimmte Interessengruppen wie Ho-

teliers wollen SPD und Grüne dagegen abschaffen, Kapitalerträge stärker besteuern. Drei Tage nach der Wahl aber schloss Finanzminister Schäuble (CDU) Steuererhöhungen nicht mehr kategorisch aus, hielt sie aber gleichzeitig für unnötig. Und CDU-Vize Armin Laschet sagte, „Wir müssen kompromissbereit sein.“

Arbeit Hier gibt es eine klare Trennlinie: einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wollen SPD und Grüne. Die Union lehnt dies mit Verweis auf die Tarifhoheit ab. Sie will Arbeitgeber und Gewerkschaften dazu verpflichten, in Branchen ohne Tarifbindung gemeinsam „Lohnuntergrenzen“ zu definieren – differenziert nach Branchen und Regionen. Auch den Niedriglohsektor bewerten die Parteien unterschiedlich: Für die Union sind Zeitarbeit, Mini- oder Teilzeitsjobs unverzichtbare Bestandteile des Arbeitsmarktes. SPD und Grüne fordern dagegen einen Umbau des Niedriglohsektors und ein Ende prekärer Beschäftigung.

Gesundheit An der Zukunft der Krankenversicherung scheiden sich deutlich die Geister: Seit Jahren plädieren SPD und Grüne schon für eine „Bürgerversicherung“ für alle mit dem Ziel, das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu beenden. Eine solche Einheitsversicherung lehnt die Union ab. Sie will das bisherige System beibehalten und befürwortet Zusatzbeiträge für Versicherte.

Ehe/Familie Ein Knackpunkt ist hier das Betreuungsgeld. Dies haben Union und FDP

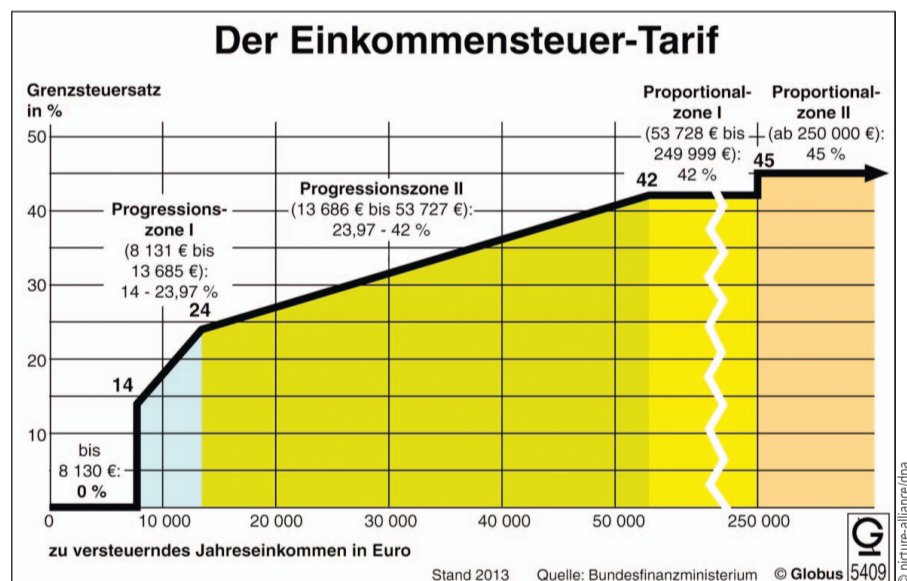
für Eltern eingeführt, die ihre Kinder lieber zu Hause anstatt in der Kita betreuen möchten. Seitdem laufen SPD und Grüne erbittert Sturm dagegen und wollen diese aus ihrer Sicht „bildungsfeindliche“ Leistung wie-

nen „Partnerschaftstarif“, mit dem beide Partner individuell besteuert werden. Die Grünen wollen das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen.

tig ohne staatliche Hilfen auskommen und energieintensive Unternehmen weiter entlastet werden. Die SPD möchte ein Energieministerium gründen und die Erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter bevorzugt behandeln. Das wollen auch die Grünen, die auch eine steuerliche Entlastung energieintensiver Unternehmen ablehnen. Ihr Ziel ist es, Deutschland bis 2030 vollständig mit Ökostrom zu versorgen.

PKW-Maut CDU, SPD und Grüne lehnen eine Autobahn-Maut für Ausländer auf deutschen Straßen wegen europarechtlicher Bedenken strikt ab. Die CSU macht deren Einführung aber zur Bedingung für eine Koalition.

Europa SPD und Grüne haben die Euro-Krisenpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung weitgehend mitgetragen. An deren Ausrichtung werde sich auch künftig nichts ändern, stellte Merkel nach der Bundestagswahl klar. Eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Euro-Bonds lehnt sie weiter ab, wohingegen SPD und Grüne dies fordern. Außerdem verlangen sie eine Abkehr von den bisherigen strikten Sparauflagen für die Krisenländer zugunsten von Investitionen. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) bekräftigte dies noch einmal in der vergangenen Woche: „Diese Politik wird Merkel nicht weiterführen können“, sagte er. Das große Pokern hat also bereits begonnen. Claudia Heine



SPD und Grüne wollen ihn, die Union diskutiert ihn: einen höheren Spitzensteuersatz.

der abschaffen. Durchsetzen wollen beide Parteien die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. In der Union gibt es erhebliche Vorbehalte dagegen. Auch beim Ehegattensplitting gehen die Vorstellungen auseinander: Die Union bekennt sich dazu und will es um ein „Familiensplitting“ ergänzen. Die SPD will für Neuverheiratete ei-

Energiepolitik Das „Jahrhundertprojekt“ Energiewende zukunftsfest zu gestalten, wird eine der großen Herausforderungen der neuen Regierung. Union, SPD und Grüne bekennen sich zwar dazu, haben aber doch recht unterschiedliche Pläne für deren Umsetzung: So sollen die Erneuerbaren Energien nach dem Willen der Union künf-

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!
 Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Meinung.
 Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
 parlament@fms-medien.de
 www.das-parlament.de



Historische Wahlniederlage für die FDP

DRAMATISCHER ABSTURZ Die Liberalen scheitern erstmals auf Bundesebene an der Fünf-Prozent-Hürde. Abgeordnete und Mitarbeiter sind geschockt

Auf diesen Eintrag in die Geschichtsbücher hätten die Freien Demokraten gerne verzichtet: Erstmals seit 1949 sind die Liberalen nicht mehr im Bundestag vertreten. Die historische Niederlage bei der Wahl vom 22. September mit nur 4,8 Prozent der Wählerstimmen hinterlässt eine Partei im Schockzustand, gezwungen zu einer radikalen Neuaufstellung.

Schwarzer Tag Ein schwaches Ergebnis für die FDP hatten die Demoskopen ja vorhergesagt, aber dass jene Partei, die seit Jahrzehnten die politischen Geschicke der Republik entscheidend mitprägt, ganz auscheiden würde aus dem Parlament, das war so nicht erwartet worden. Frank Schäffler, FDP-Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, sprach an dem schwarzen Montag nach der Wahl am Rande der Krisensitzungen von Fraktion und Bundesvorstand vom drohenden „Ende des Parlamentarismus der FDP auf Bundesebene“. Es reiche nicht, nur Köpfe zu tauschen. Getauscht wird trotzdem: Parteichef Philipp Rösler kündigte seinen Rücktritt an, sein Vize Christian Lindner soll die zersplitterte FDP rasch wieder aufbauen und ins Parlament zurückführen. Wie keine andere Partei hat es die FDP in den zurückliegenden Jahrzehnten verstanden, sich als Juniorpartner in Regierungen

unentbehrlich zu machen. Die Zeitspanne der FDP-Regierungsbeteiligungen reicht, mit Unterbrechungen, vom ersten Kabinett Adenauer (1949–1953) bis zum zweiten Kabinett Merkel (2009–2013). Insgesamt 45 Jahre lang stand die FDP in Regierungsverantwortung, länger als jede andere deutsche Partei, mal sozial-liberal, mal christlichliberal koalierend. Die kleine Partei stellte in den Jahrzehnten nicht weniger als

acht Vizekanzler, in 17 Kabinetten 75 Mal einen Bundesminister sowie außerdem zwei Bundespräsidenten. Parteigrößen wie Theodor Heuss, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher oder Otto Graf Lambsdorff stehen mit ihren Namen für bedeutende Abschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Freien Demokraten gehörten 64 Jahre lang ununterbrochen dem Bundestag an und sind nun zurückgeworfen in die au-

ßerparlamentarische Opposition. Die Partei, die sich für Bürgerrechte und freie Märkte stark macht, der aber auch Lobbyismus und zu große Nähe zur Wirtschaft vorgehalten wurden, musste zuletzt erleben, wie die Wähler massenhaft auf Distanz gingen. Allein rund 430.000 ehemalige FDP-Wähler wanderten zu den Euro-Skeptikern der Alternative für Deutschland (AfD)/4,7 Prozent) ab, die nun für die Liberalen das Schreckgespenst schlechthin darstellt. Wie Wahlanalysen zeigen, verlor die FDP zudem mehr als zwei Millionen Wähler an die Union, 530.000 an die SPD, 170.000 an die Grünen und sogar 90.000 an Die Linke.

Fünf Prozent in Hessen Dem Debakel bei der Landtagswahl in Bayern mit nur 3,3 Prozent folgte eine Woche später das Aus im Bundestag. Immerhin gelang der FDP in Hessen, parallel zur Bundestagswahl, mit exakt 5,0 Prozent gerade so der Wiedereinzug in den Wiesbadener Landtag. Die von Rösler kurz vor der Bundestagswahl in Gang gesetzte Zweit- beziehungsweise Leihstimmenkampagne mit dem Slogan „Jetzt geht's ums Ganze“ blieb ohne den erhofften Erfolg, zumal CDU-Chefin Angela Merkel verkündete, ihre Partei habe keine Stimme an den Koalitionspartner zu verschenken. Dass FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle als



Christian Lindner (links) soll es nun richten. Der Wahlverlierer Philipp Rösler (rechts).

Die Wahlprogramme der Parteien: <http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html>

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das kann dauern: „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, hat Angela Merkel schon am Tag nach ihrem großen Wahlsieg vom 22. September als Devise für die erwarteten Gespräche über eine künftige Regierungskoalition ausgegeben. Da hatte die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende schon „einen ersten Kontakt“ mit SPD-Chef Sigmar Gabriel gehabt. Zugleich schloss die Wahlsiegerin, der mit der FDP ihr bisheriger Koalitionspartner abhandeln gekommen ist, Kontakte auch mit den Grünen nicht aus.

Weder Sozialdemokraten noch Grüne zeigten sich indes in der Woche nach der Wahl wirklich begeistert von der Aussicht, auf Merkmals Regierungsdampfer künftige den Heizer zu geben. Kleine Parteitage von SPD und Grünen sollten am vergangenen Freitag und Samstag etwas mehr Klarheit über die weitere Marschroute bringen.

Langzeitrekord für Merkel Das alles weckt Erinnerungen als 2005, als die zweite Große Koalition mit einem Rekord startete: Noch nie hatte es nach einer Bundestagswahl so lange gedauert, bis die anschließende Regierungsbildung abgeschlossen war. Rot-Grün war damals abgewählt, aber auch Union und FDP hatten zusammen keine Mehrheit, und mit der Linksfaktion etablierte sich eine fünfte Kraft im Parlament. Schon am Wahlabend hatte zwar der damalige FDP-Chef Guido Westerwelle einer rot-gelb-grünen „Ampel“-Koalition eine Absage erteilt, doch Spekulationen über ein schwarz-gelb-grünes „Jamaika“-Bündnis fanden erst nach entsprechenden Sondierungen ihr endgültiges Ende. Nach einer Nachwahl in Dresden schließlich nahmen CDU, CSU und SPD am 17. Oktober – rund einen Monat nach dem Wahltag – ihre Koalitionsverhandlungen auf. Insgesamt zogen nach dem Urnengang vom 18. September 65 Tage ins Land, bis mit Merkel am 22. November erstmals eine Frau zur Kanzlerin gewählt und anschließend ihr Kabinett vereidigt wurde.

Am längsten in der Geschichte der Bundesrepublik hatte die Regierungsbildung bis dahin 1961 mit 58 Tagen gedauert. Damals mussten sich Union und FDP nach vier Jahren absoluter CDU/CSU-Mehrheit wieder zu einer Regierung unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zusammenfinden – wobei die Liberalen die Koalition von einem Rücktritt des Regierungschefs während der neuen Legislaturperiode abhängig machten. Am schnellsten ging es 1969 und 1983 mit jeweils 24 Tagen. Das mag im März 1983 weniger überrascht haben als 14 Jahre zuvor: Schließlich hatten Union und FDP erst ein halbes Jahr vorher, im September 1982, Koalitionsverhandlungen geführt, bevor sie Kanzler Helmut Schmidt (SPD) mit einem konstruktiven Misstrauensvotum stützten und den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl zu seinem Nachfolger wählten; jetzt war das neue Bündnis vom Wähler bestätigt und konnte Fahrt aufnehmen.

Ganz schnell 1969 Dagegen war es 1969 nach der ersten Großen Koalition um die erstmalige Bildung eines sozialliberalen Bündnisses gegangen. Auf dieses Bündnis hatten sich die Parteivorsitzenden von SPD und FDP, Willy Brandt und Walter Scheel, noch in der Wahlnacht verständigt, obgleich die Union stärkste Kraft geworden war. Freilich hatte sich die Koalitionsbereitschaft von Sozial- und Freidemokraten schon bei der Bundespräsidentenwahl im März 1969 gezeigt, bei der der SPD-Kandidat Gustav Heinemann mit den Stimmen der Liberalen ins höchste Staatsamt gewählt wurde. Auch



Kurze Verhandlungen: Willy Brandt (SPD, links) und Walter Scheel (FDP) brachten die erste sozialliberale Koalition in nur 24 Tagen zustande.

Zäh oder flott

REGIERUNGSBILDUNG Unter Merkel brauchte die Große Koalition 2005 mehr als zwei Monate bis zur Vereidigung

1972 benötigten SPD und FDP mit 26 Tagen eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne bis zum Abschluss der Regierungsbildung. Einen Sonderfall stellt das Jahr 1976 dar, in dem der Wahltermin mehr als zwei Monate vor dem Ablauf der Legislaturperiode lag. Damals wurde der neue Bundestag am 3. Oktober gewählt, doch endete die vorangegangene Wahlperiode erst am 13. Dezember. Drei Tage später wurde das neue Kabinett vereidigt – 74 Tage nach der Wahl. West gegen des frühen Wahltermins kann diese Frist aber nicht mit den Daten aus den anderen Legislaturperioden verglichen werden. 1980 dann nahm die Bildung der letzten sozialliberalen Bundesregierung 32 Tage in Anspruch. Ebenso lang brauchten Union und Liberale 1994 beim Start der letzten Regierung Kohl, nachdem sie es nach den Bundestagswahlen von 1987 und 1990 immer-

hin auf 46 beziehungsweise 47 Tage gebracht hatten. Deutlich schneller ging es bei Rot-Grün 1998 und 2002 mit jeweils 30 Tagen. Sozialdemokraten und Grüne blieben damit auch unter den Zeitspannen, die in den Anfangsjahren der Republik für die Regierungsbildung benötigt wurde: Waren es 1949 bei der ersten, von CDU, CSU, FDP und der Deutschen Partei (DP) getragenen Bundesregierung noch 37 Tage, dauerte es bei der folgenden Bundestagswahl 1953 schon 44 Tage – mit dem im Parlament vertretenen „Gesamtdeutschem Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ als fünftem Partner. Dass die Zahl der Koalitionäre indes nicht unbedingt die Dauer der Regierungsbildung bestimmt, zeigte sich vier Jahre später, als die Union 1957 die absolute Mehrheit ge-

holt hatte, aber gleichwohl die DP mit in die Regierung nahm. Auch jetzt dauerte es wiederum 44 Tage, bis das Kabinett Ende Oktober vereidigt war; die eigentlichen Koalitionsverhandlungen zogen sich mehr als einen Monat hin, vom 20. September bis zum 23. Oktober 1957. Nach der erwähnten 58-Tage-Spanne von 1961 brauchten CDU, CSU und FDP dann 1965 wieder 37 Tage für die Regierungsbildung. Zu den schnelleren Regierungsbildungen zwischen Union und Liberalen zählt schließlich die von 2009 mit 31 Tagen. Damals ließ Merkel schon einen Tag nach der Wahl vom 27. September wissen, dass sie ihre neue Regierung spätestens am 9. November im Amt sehen wollte, wenn sie die Staats- und Regierungschefs anderer Länder zum 20. Jahrestag des Mauerfalls begrüßen würde. Der Wunsch ging in Erfüllung: Am

28. Oktober wurde sie vom Bundestag erneut zur Kanzlerin gewählt und ihr neues Kabinett vereidigt.

Gemessen wird die Dauer der Regierungsbildungen übrigens vom Tag der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Bundeskabinetts – und nicht etwa bis zur Kanzlerwahl. Das liegt daran, dass der Regierungschef auch schon vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen (einschließlich der Verständigung über die personelle Zusammensetzung des neuen Bundeskabinetts) gewählt werden kann. Dazu ist es bislang in der Bundesrepublik drei Mal gekommen, nämlich bei den ersten drei Wahlen Adenauers zum Bundeskanzler 1949, 1953 und 1957. Beim ersten und beim dritten Mal kamen die Koalitionsverhandlungen einen Tag nach der Kanzlerwahl zum Abschluss; 1953 dagegen setzten sich die Verhandlungen noch zehn Tage nach der Wahl des Regierungschefs fort.

Die Dauer der Regierungsbildung ist auch nicht identisch mit der Dauer der Koalitionsverhandlungen, denn zwischen Wahltag und Verhandlungsbeginn lagen bislang sehr unterschiedliche Zeitspannen: Am längsten dauerte es bis zum Start der Verhandlungen 2005 mit 29 Tagen, am schnellsten ging es dagegen bei Brandt und Scheel 1969 und 1972 mit jeweils nur zwei Tagen. Auch die Dauer der Koalitionsverhandlungen zeigt deutliche Schwankungen: Lagen zwischen ihrem Beginn und Abschluss 1983 und 1987 jeweils lediglich fünf Tage, waren es nach der Wahl von 1990 ganze 42 Tage. Im Ausnahmefall von 1976 nahmen sich die Koalitionäre sogar 49 Tage Zeit für ihre Verhandlungen.

Im Durchschnitt 37,9 Tage Koalitionsverhandlungen gingen auch den zwei Regierungswechseln von 1966 und 1982 voraus, die während einer laufenden Legislaturperiode ohne ein erneutes Wählerurteil stattfanden. 1966 vergingen vom Bruch der Koalition aus Unionsparteien und FDP am 27. Oktober bis zur Etablierung des Kabinetts der ersten Großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) am 1. Dezember 35 Tage. Und 1982 dauerte es nach dem Auseinanderbrechen des sozialliberalen Bündnisses am 17. September bis zur Vereidigung des ersten Ministerrats unter dem neuen Kanzler Kohl am 4. Oktober 17 Tage.

Betrachtet man jedoch nur die Regierungsbildungen nach Bundestagswahlen – ohne den Sonderfall des Jahres 1976 –, wurden dafür in den zurückliegenden 64 Jahren im Durchschnitt 37,9 Tage in Anspruch genommen. Sollte die neue Regierung einen in diesem Sinne durchschnittlichen Start erwischen, könnte sie Ende Oktober vereidigt werden. Der neu gewählte Bundestag jedenfalls soll nach einem Vorschlag von Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) am 22. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen, also am letztmöglichen Termin – laut Grundgesetz muss dies spätestens am 30. Tag nach der Wahl geschehen.

Die Regierungsbildung muss dann aber noch nicht abgeschlossen sein (siehe Spalte rechts). Sieben Mal wurde das Kabinett einen oder zwei Tage nach der Konstituierung des Parlaments vereidigt; in je drei weiteren Fällen geschah dies binnen einer oder zweier Wochen nach der konstituierenden Sitzung. 1961, 1987 und 1990 dauerte es etwa drei bis vier Wochen, und 2005 verfloßen nach der Konstituierung des Bundestages gar 35 Tage, bis die Regierung stand. Wollen die aktuellen Akteure diese Spanne nicht noch überbieten, muss Merkmals nächste Ministerräte spätestens am 26. November vereidigt werden. Helmut Stoltenberg

CHRONIK

Kanzlerwahl

Mit der Konstituierung des Bundestages endet die Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Auf Ersuchen von Bundespräsident Joachim Gauck muss sie laut Grundgesetz (Artikel 69) die Amtsgeschäfte jedoch solange weiterführen, bis der Bundestag sie durch Wahl im Amt bestätigt oder einen anderen Kanzler wählt. Eine Zeitvorgabe gibt es für die Wahl nicht. In der Praxis wählt der Bundestag den Kanzler erst, wenn gesichert ist, dass er die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinen kann. Nach dem Grundgesetz (Artikel 63) kann der Kanzler aber auch eine sogenannte Minderheitenregierung führen, wenn er in einem dritten Wahlgang nur mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird. Bundespräsident Gauck hätte dann die Möglichkeit, den Gewählten zum Kanzler zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen, um Neuwahlen herbeizuführen.

Ausschuss-Konstituierung

Zwei bis drei Wochen nach Beginn der neuen Legislaturperiode konstituieren sich die Ausschüsse des Bundestages. Anzahl, inhaltlicher Zuschnitt und Größe werden durch einen Beschluss des Plenums festgelegt. Durch das Grundgesetz ist allerdings die Einsetzung von vier Ausschüssen vorgeschrieben: des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Artikel 45), des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses (Artikel 45a) sowie des Petitionsausschusses (Artikel 45c). Die meisten Ausschüsse entsprechen den Zuschnitten der Bundesministerien.

Ausschussbesetzung

Die Sitzverteilung in den Ausschüssen entspricht dem Kräfteverhältnis der Fraktionen im Bundestag. Auch die Anzahl der Ausschussvorsitzenden, die jeder Fraktion zusteht, errechnet sich aus ihrer Stärke. Im Ältestenrat verständigen sich die Fraktionen darüber, welche Fraktion welchen Ausschussvorsitz bekommt. Wenn keine einvernehmliche Einigung darüber erzielt werden kann, kommt das sogenannte „Zugriffsverfahren“ zum Tragen, das heißt die Fraktionen suchen sich nach ihrer Größe nacheinander aus, in welchen Ausschüssen sie den Vorsitz übernehmen wollen. Der Vorsitz des Haushaltsausschusses fällt nach parlamentarischer Tradition der Opposition zu.

Wahlprüfung

Am 22. November endet die zweimonatige Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl. Jeder wahlberechtigte Bürger, die Landes- und der Bundeswahlleiter sowie der Bundestagspräsident können schriftlich beantragen, die Wahlvorbereitung und Durchführung sowie die Stimmenausszählung überprüfen zu lassen. Über die Einsprüche entscheidet gemäß des Grundgesetzes (Artikel 41) der Deutsche Bundestag. Konkret werden sie durch den Wahlprüfungsausschuss geprüft und dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt. Gegen die Entscheidung kann nur noch vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt werden. aw

Die Sieben-Millionen-Lücke

DIE SONSTIGEN Durch die Fünf-Prozent-Hürde fallen diesmal so viele Wählerstimmen wie noch nie unter den Tisch. Die AfD als neuer Großer unter den Kleinen

Wahlen gehen: Das war in den Tagen vor dem 22. September in den meisten Medien ein gebetsmühlenartiges Mantra. Sich der Abstimmung über den 18. Deutschen Bundestag zu verweigern, beschädige die Demokratie, hieß es da, und dass Wahlen die elementarste Form der politischen Einflussnahme sei. Jede Stimme zähle.

Doch nach der Auszählung der Stimmen gibt es einen Befund, der so noch nie da war: Mehr Stimmen denn je sind bei dieser Bundestagswahl unter den Tisch gefallen – und zählen eben nicht. Nie zuvor war der Stimmenanteil der Parteien, die es nicht in den Bundestag geschafft haben, so groß: 15,7 Prozent. Mehr als 6,8 Millionen Stimmen, die abgegeben wurden, bleiben unberücksichtigt. Der Grund für den neuen Rekord ist, dass diesmal zwei Parteien ganz knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind. Während bei der FDP ihr Zweitstimmenergebnis von 4,8 Prozent zu tiefer Verzweiflung führte, sorgt fast derselbe Wert – 4,7 Prozent – bei der Alternative für Deutschland (AfD) für Euphorie. Die erst im Februar 2013 gegründete Eurokritische Partei wurde aus dem Stand die größte unter den Kleinparteien. Angetrieben mit der Forderung nach einer „geordneten Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ konnte sie vor allem Wähler von der FDP abziehen, aber auch viele Protestwähler erreichen. Einen solchen Erfolg hätten sich auch die Piraten gewünscht. Mit nur 2,2 Prozent der

Stimmen blieb die Partei, die in vier Landtagen vertreten ist und im Frühjahr 2012 bei Umfragen noch als drittstärkste Partei gehandelt wurde, meilenweit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Dabei bot die NSA-Ausspähaffäre der internetaffinen Partei eigentlich ein griffiges Wahlkampfthema. Doch die Personalquerelen des vergangenen Jahres und ein eher vages Programm in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen hatten bei den Wählern offenbar Zweifel geweckt, ob die Piraten ihr Motto „Themen statt Köpfe“ wirklich umsetzen und ihre Ziele – mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen – erreichen würden.

Wenig Stimmen Kam das mäßige Resultat der Piraten für manche vielleicht überraschend, so schnitten die übrigen Kleinparteien erwartungsgemäß schlecht ab: Nur 1,3 Prozent der Zweitstimmen verbuchte die rechtsextreme NPD, die in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sitzt. Deutliche Gewinne gab es für die Partei in Berlin-Hellersdorf: Hier hatte sie gegen ein Asylbewerberwohnheim protestiert und für ihre ausländerfeindliche Propaganda in einigen Wahllokalen mehr als zehn Prozent kassiert. Mit nur einem Prozent der Stimmen mussten sich auch die Freien Wähler zufriedengeben, die erstmals bundesweit angetreten waren. Mit ihren Forderungen nach einer stabilen Währung, einem vereinfachten



AfD-Spitzenkandidat Bernd Lucke (Mitte) bejubelt am Wahltag die erste Hochrechnung.

Steuersystem und einer Stärkung des Mittelstands konnten sie nicht einmal in ihrem Ursprungsland Bayern punkten. Bundesweit gab es dafür nur ein Prozent der Stimmen – aber dafür die markige Aussage des bayerischen Landtagsfraktionschefs Hubert Aiwanger, mit diesem Prozent habe man „wohl die Alternative für Deutschland und die FDP beerdigt“, weil beiden Parteien eben diese Stimmen gefehlt hätten. Restlos unter „ferner liefen“ gingen die Exoten der deutschen Parteienlandschaft aus dieser Wahl heraus: Jeweils 0,3 Prozent der Stimmen gab es für die Ökologisch-Demokratische Partei und die Tierschutzpartei, je

0,2 Prozent verbuchten pro Deutschland, die Republikaner und Die Partei. Mit 0,1 Prozent mussten sich die Partei der Vernunft, die Bayernpartei, die Rentner, die Volksabstimmung und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands zufriedengeben. Alle anderen „Kleinen“ – unter ihnen die Familien-Parteien, die Partei Bibel-treuer Christen, oder Die Frauen – lagen noch darunter. Dass bei dieser Wahl insgesamt so viele Stimmen als verloren gewertet werden müssen, läßt Politikwissenschaftler und Staatsrechtslehrer über eine neuerliche Wahlrechtsreform diskutierten. Viele Wähler hät-

ten feststellen müssen, dass sie mit ihrem Kreuz nicht der gewünschten kleinen Partei in den Bundestag verholfen hätten, sagt der Speyerer Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, „und sie darüber hinaus sogar Parteien zu Mandaten verholfen haben, die sie vielleicht auf keinen Fall gewählt hätten“. Damit sei es für die Union fast möglich geworden, mit knapp 42 Prozent der Zweitstimmen eine absolute Mehrheit zu erringen. Arnim plädiert deshalb für eine Wahlrechtsreform, die dem Wähler eine Eventual-Stimme geben solle, die dann gezählt würde, wenn seine bevorzugte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern solle. Die Fünf-Prozent-Klausel, argumentiert er, sei ein „schwerer Eingriff“ in die Gleichheit der Wahl, der durch die Eventualstimme gemildert werden könne.

Alte Forderung Damit greift er eine alte Forderung auf: Seit fast 30 Jahren wirbt der Chemnitzer Parteienforscher Eckhard Jesse für ein solches Konstrukt: „Durch die Existenz einer Nebenstimme schließe sich das Votum des Wählers exakt nieder. Der positive Effekt der Fünf-Prozent-Klausel, das Parlament vor Zersplitterung zu schützen, bliebe gewährleistet. Ihr negativer Effekt, nämlich die fehlende Berücksichtigung von Stimmen, würde verschwinden.“ Arnim sieht als weiteren Vorteil, dass eine Nebenstimme die „psychologische Sperre“ vieler Wähler bei der Entscheidung für kleine Parteien verhindern würde, die den Ef-

fekt der Sperrklausel noch verschärfen: „Sie müssten dann nicht befürchten, dass ihre Stimme verfällt.“ Über die Umsetzung dieses Vorschlags macht Arnim sich allerdings keine Illusionen: „Das hat politisch keine Chance – denn genau die Parteien, die aufgrund der bisherigen Konstruktion in den Bundestag gelangt sind und am meisten davon profitieren, müssten über eine Änderung entscheiden. Daran haben sie natürlich keinerlei Interesse.“

Rüsten zur Europawahl Derweil bringt der Bundesverband Mehr Demokratie eine Senkung der Fünf-Prozent-Hürde ins Spiel. Wenn Stimmen verloren gingen, werde der Grundsatz der Gleichheit der Stimmen unterhöht, heißt es zur Begründung des Vorstoßes. Für die kleinen Parteien haben diese Überlegungen vorerst nur theoretischen Charakter. Vor allem zwei von ihnen werden heftig daran arbeiten, (wieder) groß zu werden: Sowohl FDP als auch AfD konzentrieren sich jetzt auf die Europawahl im Mai 2014. Mit besseren Chancen: Für diese Wahl hat der Bundestag unlängst eine Drei-Prozent-Hürde beschlossen. Susanne Kailitz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Farbenspiele um die Macht

BUNDES RAT Die Stimmenverteilung in der Länderkammer spielt auch für die Koalitionsmöglichkeiten im Bund eine Rolle

Nicht nur der Bundestag ist am 22. September neu gewählt worden, sondern auch der hessische und – eine Woche zuvor – der bayerische Landtag. Während die Auswirkungen des weiß-blauen Ergebnisses auf den Bundesrat und damit auf die Bundesebene mit der Rückübertragung der CSU-Alleinregierung klar sind, lässt sich das im Falle Hessens nicht sagen (Siehe Beiträge unten).

Dabei dürfen die künftigen Kräfteverhältnisse in der Länderkammer auch für die Regierungsbildung auf Bundesebene eine wesentliche Rolle spielen. Denn „durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit“, wie es in Artikel 50 des Grundgesetzes heißt. Für die künftige Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit im Bundestag ist daher die Machtverteilung in der Länderkammer ein ganz wesentlicher Faktor, den es zu berücksichtigen gilt – schließlich muss jeder Gesetzesbeschluss des Bundestages noch den Bundesrat passieren.

Zu unterscheiden ist dabei zwischen zwei Arten von Bundesgesetzen, den „Zustimmungsgesetzen“ und den „Einspruchsgesetzen“. Gegen letztere kann die Länderkammer zwar Einspruch einlegen, aber der Bundestag kann diesen zurückweisen. Dazu allerdings ist im Bundestag die absolute Mehrheit erforderlich, also eine Stimme mehr als die Hälfte der künftig 630 Abgeordneten – was auch bei den Überlegungen über eine etwaige Minderheitsregierung zu beachten ist. Legt der Bundesrat gar mit Zweidrittelmehrheit gegen ein Bundesgesetz Einspruch ein, kann der Bundestag diesen auch nur mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen.

Zustimmungsgesetze Kann der Bundesrat das Inkrafttreten von Einspruchsgesetzen also mindestens verzögern, kommt ihm bei den Zustimmungsgesetzen noch weit mehr Bedeutung zu: Diese Gesetze nämlich – der Name besagt es – benötigen die ausdrückliche Zustimmung der Länderkammer, um zustande zu kommen; ohne diese Zustimmung sind sie – Bundesregierung hin, Bundestag her – gescheitert.

Zu diesen Zustimmungsgesetzen zählen neben Verfassungsänderungen, für die im Bundestag wie im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, unter anderem Vorlagen, die in bestimmter Weise Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben. Das sind beispielsweise alle Gesetze über Steuern, an deren Aufkommen die Länder oder Kommunen beteiligt sind, wie etwa die Lohn- und Einkommensteuer, die Mehrwertsteuer und die Gewerbesteuer. Insgesamt bewertete der Bundesrat 218 von 553



Blick in den Plenarsaal des Bundesrates. Durch ihn sprechen die Länder bei der Gesetzgebung des Bundes ein gewichtiges Wort mit.

Gesetzesbeschlüssen des Bundestages in der jetzt ablaufenden 17. Legislaturperiode als zustimmungsbedürftig.

Der Bundesrat könnte also nicht nur einer Minderheitsregierung im Bund das Leben schwer machen, sondern je nach seiner Zusammensetzung auch einer Koalition, die über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Stellt die Bundestagsopposition die Mehrheit im Bundesrat, droht der Bundesregierung eine Blockadepolitik in der Länderkammer, wie sie in der Vergangenheit schon mehrfach zu beobachten war. Daher wird Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei ihrer Suche nach einer Parlamentsmehrheit auch auf die Stimmenverhältnisse im Bun-

desrat blicken, in dem jedes Bundesland je nach Bevölkerungsgröße über drei bis sechs Stimmen verfügt.

Absolute Mehrheit erforderlich Für Beschlüsse der Länderkammer ist mindestens die absolute Mehrheit erforderlich, egal, ob es nun darum geht, einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zuzustimmen, den Vermittlungsausschuss anzurufen oder Einspruch einzulegen. Bei insgesamt 69 Bundesratsstimmen liegt diese Mehrheit bei 35, wobei zu beachten ist, dass sich bei Abstimmungen Länder mit Regierungskoalitionen, in denen ein Gesetzesvorhaben umstritten ist, in der Regel enthalten und damit fak-

tisch mit Nein stimmen. Das ist zumeist bei Landeskoalitionen zwischen zwei (oder mehr) Parteien der Fall, von denen eine im Bund regiert und die andere dort auf den Oppositionsbänken sitzt.

Der SPD-Alleinregierung in Hamburg mit ihren drei Bundesratsstimmen stellt sich diese Frage freilich so wenig wie dem künftig wieder allein von der CSU geführten Bundesland Bayern mit seinen sechs Stimmen. Von den derzeit 14 Koalitionsregierungen bilden die vier rot-grünen in Bremen (drei Stimmen), Niedersachsen (sechs Stimmen), Nordrhein-Westfalen (sechs Stimmen) und Rheinland-Pfalz (vier Stimmen) zusammen mit Schleswig-Hol-

stein (vier Stimmen), in dem Rot-Grün mit dem Südschleswigschen Wählerverband koalitiert, und dem grün-rot regierten Baden-Württemberg (sechs Stimmen) den größten Block mit insgesamt 29 Stimmen. Weitere vier Stimmen entfallen auf Brandenburg mit seiner rot-roten Regierungskoalition. Auf zusammen 18 Stimmen kommen die drei schwarz-roten Landesregierungen im Saarland (drei Stimmen), in Sachsen-Anhalt (vier Stimmen) und Thüringen (vier Stimmen) sowie die zwei rot-schwarz regierten Länder Berlin (vier Stimmen) und Mecklenburg-Vorpommern (drei Stimmen). Von einer schwarz-gelben Koalition wird Sachsen (vier Stimmen) regiert; über

die fünf Bundesratsstimmen Hessens verfügt bis zu einem Regierungswechsel in Wiesbaden die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung, auch wenn CDU und FDP am 22. September keine Mehrheit für eine Fortsetzung ihrer Koalition im neuen Landtag bekommen haben.

Eine etwaige schwarz-grüne Bundesregierung könnte sich im Bundesrat also im Zweifelsfall derzeit nur auf Bayern stützen. Selbst wenn auch Hessen künftig von einer Koalition aus CDU und Grünen regiert würde, wären das in der Länderkammer zusammen lediglich elf Stimmen.

Unter der Schwelle Einer künftig von Union und SPD getragenen Bundesregierung winkten demgegenüber neben den 18 Stimmen der CDU/SPD- beziehungsweise SPD/CDU-regierten Länder auch die zusammen neun Stimmen der beiden Alleinregierungen von Bayern und Hamburg. Doch selbst mit den fünf hessischen Stimmen bliebe dieses Lager mit 32 Stimmen noch unterhalb der Schwelle zur absoluten Mehrheit, die es nur mit den vier Sachsen-Stimmen überspringen könnte.

Eine rechnerisch ebenfalls mögliche rot-rot-grüne Bundesregierung dürfte derzeit auch ohne Hessen eine Bundesratsmehrheit von 36 Stimmen hinter sich wissen. Daran wird sich auch so schnell nichts ändern, sofern es nicht überraschend in einem Land zu einem Koalitionswechsel oder einer vorzeitigen Neuwahl kommt. Regulär könnte das rot-rot-grüne Stimmenpolster im Bundesrat erst im Herbst nächsten Jahres schmelzen, wenn sich die Brandenburger Koalition aus SPD und Linkspartei dem Wähler stellen muss. Würde danach etwa die CDU in Potsdam (mit-)regieren, wäre die absolute Mehrheit im Bundesrat für Rot-Rot-Grün dahin, sofern es sich nicht bei den vorherigen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen weiter auffüllt.

Die stehen im Sommer 2014 an. Dabei geht es in Dresden für die FDP um ihre letzte Regierungsbeteiligung in einem Land. Würde Schwarz-Gelb dort von einer CDU- oder SPD-Alleinregierung oder einer Koalition beider Parteien abgelöst und in Thüringen Schwarz-Rot bestätigt, käme diese Farbkombination – die fünf hessischen Stimmen mitgerechnet – im Bundesrat auch über die 35-Stimmen-Marke.

Für Schwarz-Grün läge diese Hürde dagegen auch dann noch deutlich zu hoch, wenn CDU und Grüne sowohl in Wiesbaden als auch in Dresden und in Erfurt regieren würden: Selbst in diesem Fall käme der entsprechende Länderblock im Bundesrat auf lediglich 19 Stimmen – beziehungsweise 23, wenn man auch noch die vier Stimmen Brandenburgs dazu zählen will. Helmut Stoltenberg

Christsozialer Freudentaumel

LANDTAGSWAHL BAYERN Parteichef Seehofer führt CSU wieder zur absoluten Mehrheit

Es ist das zweitschlechteste CSU-Resultat bei einer Landtagswahl seit einem halben Jahrhundert – und doch wollte aus dem Gesicht des Parteivorsitzenden das zufriedenste aller Horst-Seehofer-Lächeln den ganzen Abend über nicht weichen. Mit 47,7 Prozent lag der Stimmanteil der CSU ein Stück unter der magischen Formel von 50 Prozent plus x, die drei Jahrzehnte lang die Basis des christsozialen Selbstverständnisses gebildet hatte. Doch die CSU-Anhänger feierten am 15. September das Wahlergebnis so ausgelassen, wie die FC-Bayern-Fans ein paar Wochen zuvor den Triple-Gewinn. „Die CSU lebt als Volkspartei“, verkündete Seehofer und fügte an: „Damit ist das Jahr 2008 Geschichte. Wir sind wieder da.“

Veränderte Maßstäbe Es war die Ausgangssituation vor der Wahl, die das auf dem Papier unterdurchschnittliche CSU-Ergebnis zu einem Triumph für Seehofer machte. Durch die Landtagswahl 2008 hatten sich die Maßstäbe verändert: Die CSU war von mehr als 60 auf 43,4 Prozent abgestürzt und brauchte fortan einen Koalitionspartner. Das Spitzenduo Günther Beckstein (Ministerpräsident) und Erwin Huber (Partei- und Landesvorsitzender) musste das Feld räumen, als Retter wurde aus Berlin Seehofer geholt. Schon sagten Experten voraus, dass auch in Bayern die Zeiten absoluter Mehrheiten vorbei seien. Und als sich dann vor zwei Jahren überraschend der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude – der prominenteste und erfolgreichste bayerische Genosse – zum SPD-Spitzenkandidaten ausrief, schien erstmals seit Jahrzehnten ein Machtwechsel im Freistaat möglich zu sein. Dass es Seehofer vor



Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU)

diesem Hintergrund gelungen ist, seine Partei wieder zur absoluten Mehrheit zu führen, sichert ihm einen Platz in den CSU-Annalen.

Enttäuschendes SPD-Ergebnis Ude qualte sich am Wahlabend zu einem Lächeln und suchte nach positiven Seiten der Niederlage. „Gerade jene, die mit großer Lust einen Niedergang der Bayern-SPD wochen- und monatelang vorhergesagt haben, müssen jetzt zugeben, dass wir eine Trendwende geschafft haben“, gab der 65-Jährige als Lösung aus. Nunmehr gehe es wieder aufwärts mit der SPD in Bayern. Neben der CSU war die SPD die einzige große Partei, die sich gegenüber 2008 verbessern konnte: Die Sozialdemokraten legten um zwei Punkte auf 20,6 Prozent zu. Allzu viel Zuversicht können die Genossen daraus aber nicht schöpfen, hatten sie sich doch von Udes Kandidatur größere Zugewinne versprochen. Vor allem mit Blick auf künftige Wahlen ist das Resultat ernüchternd. Wenn

es das politische Schwergewicht Ude nicht geschafft hat, der CSU gefährlich zu werden, wie sollen Sozialdemokraten noch an einen Machtwechsel im Freistaat glauben? Die Grünen räumten ihre Wahlschlappe ein: Weder erreichten sie eine Regierungs-beteiligung, noch gelang ihnen ein zweistelliges Resultat. Mit 8,6 Prozent landeten sie sogar hinter Hubert Aiwangers Freien Wählern (9,0 Prozent) und stellen künftig die kleinste Fraktion im bayerischen Landtag. Die FDP kam mit 3,3 Prozent erst gar nicht ins Parlament. Landeschefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zog Konsequenzen und kündigte ihren Rücktritt an.

Seehofers Kronprinzen Die absolute Mehrheit heißt für Horst Seehofer, dass er mehr Posten als bisher zu vergeben hat – schließlich stellen die Liberalen bislang zwei Minister und eine Staatssekretärin. Bis zum 10. Oktober soll das neue Kabinett stehen. Mit Spannung erwartet wird, welche Ämter der Parteichef seinen möglichen Thronfolgern anbietet. Die bisherige Bundesagrarinministerin Ilse Aigner galt lange als Favoritin für den wichtigen Fraktionsvorsitz – für den sich auch Finanzminister Markus Söder sehr interessierte. Zuletzt zeichnete sich ab, dass sich beide gemeinsam am Kabinettschiff wiederfinden – „auf Augenhöhe“. Wer neuer Fraktionschef wird, ist noch unklar. So sehr das neue CSU-Personaltableau als Fingerzeig für die Zeit nach Seehofer analysiert werden wird – der bayerische Ministerpräsident denkt überhaupt nicht daran, sich schon auf einen Nachfolger festzulegen. Seit Monaten wiederholt er, dass er die volle fünf Jahre im Amt bleiben werde und stelle schon jetzt klar: „Der Generationswechsel in der CSU muss am Ende dieser Legislaturperiode vollzogen werden, nicht am Anfang.“ Petr Jerabek

Der Autor ist freier Journalist in München.

Ratlos in Wiesbaden

LANDTAGSWAHL HESSEN Schwarz-Rot, Schwarz-Grün, Rot-Rot-Grün – alles erscheint möglich

Die Wähler in Hessen haben den Politikern wieder einmal unklare Verhältnisse beschert. Bei der Landtagswahl am 22. September wurde Schwarz-Gelb abgewählt, Rot-Grün aber mit keiner Mehrheit ausgestattet. Nun ist guter Rat teuer, denn wieder einmal sind nur Koalitionen möglich, die von den Parteien vor der Wahl eigentlich ausgeschlossen wurden. Ob Schwarz-Rot, Schwarz-Grün oder gar Rot-Rot-Grün – die Entscheidung, wer in Zukunft regiert, wird sich womöglich monatelang hinziehen.

Ein Gutes habe die Situation ja, hieß es am Tag nach der Hessenwahl auf den Landtagsfluren: Es gebe immerhin genug Zeit. Die schwarz-gelbe Regierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hatte die Hessenwahl weit über das übliche Maß vorgezogen. Die Legislaturperiode endet erst am 17. Januar 2014, genau fünf Jahre nach der Wahl am 18. Januar 2009.

Mit Merkel segeln Parallel zur Bundestagswahl rechnete sich vor allem die CDU die besten Chancen auf eine Wiederwahl aus: Im Windschatten von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wollte auch Bouffier erneut in die hessische Staatskanzlei segeln. Der Ministerpräsident führte einen Wohlgefühl-Wahlkampf ohne Inhalte und profitierte sich allenfalls mit Angriffen gegen SPD und Grüne. Die Rechnung ging auf. Am Wahlabend jubelte zunächst vor allem die CDU: 38,3 Prozent, 1,1 Prozent mehr als 2009 und vor allem mit großem Abstand stärkste Kraft vor den Sozialdemokraten, da sprang manch einer vor Freude gleich auf den Tisch. Doch auch die SPD hatte Grund zum feiern: Nach dem Absturz in der Wählergunst 2009, ausgelöst durch die damalige SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti und ihren Versuch, mit der Linken zusammenzuarbeiten, feierte die SPD in diesem Jahr eine fulminante Rückkehr: 30,7 Prozent, ein Plus von sieben



Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU)

Prozent. „Es ist ein richtig geiler Abend, weil wir wieder da sind“, rief SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel seinen Anhängern zu. Der 43 Jahre alte Politologe aus Gießen hat das Kunststück vollbracht, die völlig zerstrittene SPD zu einen, ja, sie sogar auf Sieg zu trimmen. Mit einem dezidiert linken Programm und den Themen „gute Arbeit“, „soziale Gerechtigkeit“ und Kampf gegen Steuerbetrug brachte Schäfer-Gümbel die SPD zurück auf die politische Bühne.

Verhaltener Jubel Der Jubel der Großen blieb am Ende aber doch verhalten, weil in beiden Lagern die kleinen Partner schwächelten. Die Grünen blieben mit 11,1 Prozent zwar halbwegs stark, aber weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. Man habe sich nicht genug vom verpatzten Bundestagswahlkampf mit Steuern und „Veggie-day“ abkoppeln können, klagte Grünen-Landeschef Tarek Al-Wazir. Und dann zog auch noch die Linke mit 5,2 Prozent

wieder in den Landtag ein. Damit gibt es erneut eine rot-grün-rote Mehrheit, die zu nutzen die SPD vor der Wahl wieder einmal ausgeschlossen hat. Eine Kehrtwende würde die gerade wieder gewonnene Glaubwürdigkeit enorm beschädigen.

Krimi in der Wahlnacht Den höchsten Preis für die Doppelwahl aber bezahlte die FDP. Als um 18 Uhr die Prognose über die Bildschirme flimmerte, verfielen die Liberalen in eine Schockstarre: 4,8 Prozent! Landeschef Jörg-Uwe Hahn sprach von einem „sehr bitteren Abend“ und verabschiedete sich wie andere früh aus dem Landtag. So bekamen viele Liberale gar nicht mit, dass sich noch in der Nacht das Blatt wendete: Um 23 Uhr näherte sich die FDP wieder der Fünf-Prozent-Hürde. Nach einem stundenlangen Krimi stand um 2.30 Uhr fest: Die FDP rutscht um ganze 920 Stimmen doch noch über die Landtagschwelle. Nun wird bei den Liberalen das Unterste zuoberst gekehrt, am Montagabend trat der Parteivorstand zurück. Gleichzeitig begann eine heftige Debatte über die künftige Ausrichtung – und die schließt eine Abkehr von der CDU ein. Die FDP-Fraktion registrierte genau, dass die Union am Wahlabend kein Wort des Bedauerns für den Partner übrig hatte. Während die Liberalen nun ihre Zukunft in der Opposition sehen, hat bei den übrigen Parteien das Pokerspiel begonnen. Eine Große Koalition wäre denkbar, erscheint aber zwischen den Intimfeinden Bouffier und Schäfer-Gümbel fast unmöglich. Eine schwarz-grüne Zusammenarbeit stünde angesichts fundamentaler Unterschiede bei der Energiewende und dem Flughafenausbau vor enormen Hürden. „Der Weg ist ewig weit“, sagte Al-Wazir. Und doch muss jemand über seinen Schatten springen, soll es nicht erneut zu „hessischen Verhältnissen“ oder Neuwahlen kommen. Gisela Kirschstein





Das Ausland blickte mit Spannung auf den Ausgang der Bundestagswahl: „Triumph für die Königin des Sparens“ titelte Griechenlands größte Tageszeitung „Ta Nea“ am Tag nach dem Sieg von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Union.

Erwartungsvolle Gratulanten

INTERNATIONAL Reaktionen aus Griechenland, Frankreich, Polen und den USA auf den deutschen Wahlausgang

Allenfalls US-Präsidentenwahlen haben die Griechen bisher so stark in ihren Bann gezogen wie dieser deutsche Umnengang. Die Bundestagswahl war seit Monaten immer wieder Top-Thema in den Medien, sie beherrschte die Debatten im Kafeionem, dem Kaffeehaus, ebenso wie private Diskussionen. Zwar schien die Steigerin schon seit langem festzustehen. Umso interessanter war aus griechischer Sicht, in welcher Konstellation die Kanzlerin würde weiterregieren können. Jubel brach allerdings nicht aus, als die Fernsehsender die ersten Hochrechnungen aus Berlin verbreiteten. Eher glaubte man ein kollektives Stöhnen zu vernehmen: „alla téssera chrónia“, noch mal vier Jahre...

Auch die Zeitung „Ethnos“ glaubt, dass es sich bei den Spekulationen über eine Lockerung des Sparkurses um „leere Hoffnungen“ handelt: „Merkel und Schäuble werden auch in einer Großen Koalition machen, was sie wollen“, kommentiert das Blatt. Wobei der Kommentator der Zeitung allerdings übersah, dass der Finanzminister einer Großen Koalition möglicherweise nicht Schäuble heißen wird.
Gerold Höfler, Athen

Der Autor ist freier Korrespondent.

Paris hofft auf Große Koalition

Für Frankreich war diese Bundestagswahl etwas völlig Außergewöhnliches. Sie sprengte den nationalen Rahmen. Für einige französische Medien haben die Deutschen Angela Merkel nicht nur erneut zur Bundeskanzlerin gewählt: Die CDU-Vorsitzende sei auch „Chefin von Europa“, titelte Le Monde. Das erklärt ganz gut, warum man sich in Frankreich für diese Wahl so stark interessiert hat wie für keine andere des deutschen Nachbarn zuvor: In weiten Bevölkerungskreisen besteht der Eindruck, dass die deutsche Regierung auch die Geschichte Europas bestimmt. In schon erschreckendem Ausmaß glauben die Franzosen, Berlin sei die wirkliche Hauptstadt der Europäischen Union. Diese Überzeugung bestimmt auch das Erkenntnisinteresse nach der Wahl: Merksels Sieg hat nicht groß überrascht, man will aber wissen, mit welchem Partner und wie sie künftig agieren wird. Anders als in Südeuropa ist die Kanzlerin in Frankreich nicht unbeliebt oder gar verhasst – im Gegenteil. Sie genießt hohe Zustimmungswerte, die teils über 50 Prozent erreichen. Dem „Figaro“ zufolge hätte die CDU-Vorsitzende in Frankreich sogar die absolute Mehrheit geholt.

Viele Franzosen glauben, Berlin sei inzwischen die eigentliche Hauptstadt der EU.

Dennoch findet man es überwiegend gut, dass künftig möglicherweise wieder eine Große Koalition regiert. Ähnlich wie für die Deutschen ist dies auch für die meisten Franzosen eine Formation, an die sie eher gute Erinnerungen haben. Und heute, vier Jahre nach Ausbruch der akuten Euro-Krise, kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Selbst wenn Merkel beliebt ist und die Mehrzahl der Franzosen eine Politik der Haushaltssanierung begrüßt, denken doch viele, dass ein gewisses Korrektiv gut wäre. In allen Medien, ob eher links oder eher rechts angesiedelt, besteht der Eindruck, die Deutschen

wären es mit den Auflagen für die Krisenländer übertrieben. Durch das Beharren auf einer sehr schnellen Verringerung der Haushaltsdefizite sei die Krise eher noch verschärft worden. Auf Seiten der französischen Regierung kommt eine große Portion Eigeninteresse hinzu. Sie hofft, dass bei einer Beteiligung der SPD an der Regierung der Druck auf Frankreich innerhalb der EU nachlässt. Zwar hat sie sich von der Illusion verabschiedet, die SPD würde eine völlig andere Europapolitik verfolgen. Aber die Kritik Peer Steinbrücks an der angeblich unbesugten Haltung der Kanzlerin gegenüber den Südländern weckt die Erwartung, dass die Pariser Haushaltspolitik von einer Großen Koalition schonender behandelt würde als von der früheren schwarz-gelben Regierung. Erstaunlich ist, dass die Franzosen ihre wachsende Europa-Skepsis irgendwie vereinbaren können mit der Hoffung auf ein besser funktionierendes Europa, wenn die Deutschen sich intensiver einbringen und nicht nur auf Sparen beharren. Dass Deutschland aber auf verstärkte Integration dringen wird, die sie selber nicht unbedingt wollen, scheinen viele Franzosen dabei zu vergessen.
Thomas Hanke, Paris

Merkel-Bonus auch in Warschau

„Angela Merkel zerdrückt ihre Rivalen“ und „Kanzlerin ohne Konkurrenz“: So oder ähnlich lauteten nach der Bundestagswahl die Schlagzeilen in Polens Zeitungen. Von der linksliberalen „Gazeta Wyborcza“ bis hin zur konservativen „Rzeczpospolita“ waren sich die Kommentatoren einig, dass die Deutschen „in erster Linie für die Kandidatin gestimmt haben“. Merkel habe die Wahl im Alleingang für die CDU/CSU gewonnen. Die „Gazeta Wyborcza“ wählte sich bereits in einem Zeitalter des „Merkelismus“. Die „Rzeczpospolita“ nannte die Kanzlerin „die wichtigste Frau der Welt“. Politiker in Warschau beschränkten sich zunächst darauf, Merkel zu ihrem Erfolg zu gratulieren. Die deutsche Regierungschefin, deren Großvater Ludwig Kazmierczak polnischer Wurzeln war, ist jenseits der Oder äußerst populär. Die Beliebtheitsranglisten ausländischer Politiker führt sie seit Jahren unangefochten an. 76 Prozent der Polen finden Merkel sympathisch. Und auch zur Regierung in Warschau unter ihrem „Freund Donald“ Tusk pflegt sie ein hervorragendes Verhältnis. Beobachter wie die Deutschland-Expertin Agnieszka Lada vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau

Der Autor ist „Handelsblatt“-Korrespondent.

gehen deshalb davon aus, dass sich „im deutsch-polnischen Verhältnis nach dieser Wahl auf absehbare Zeit nichts ändern wird“. Welche Koalition Merkel führen wird, ist für die Kommentatoren in Warschau nachrangig. „So schnell werden wir das auch nicht erfahren“, konstatierte die „Gazeta Wyborcza“ gelassen. Mit Staunen reagierten Polens Medien dagegen auf die dramatische Niederlage der FDP und den Erfolg der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland, die nur knapp „eine Sensation verpasst“ habe, wie die „Rzeczpospolita“ vermerkte. Die konservative Zeitung geht von einer Neuaufgabe der Großen Koalition aus und verbindet damit die Erwartung einer weniger strikten Sparpolitik in Europa. Die Kanzlerin müsse, „das Vertrauen der jungen Generation in die EU wieder aufbauen“, verlangte die „Rzeczpospolita“ und schob weitere Forderungen nach, die in Polen weitgehend Konsens sind. Vor allem müsse Deutschland seiner starken Rolle in der Welt gerecht werden. Das Auftreten im syrischen Konflikt sei phasenweise gefährlich nah an der Haltung Russlands gewesen. Merkel müsse außerdem dafür sorgen, dass es keine Revision der Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs geben werde, mahnte die konservative Zeitung. Unterdessen zeigte sich der rechtsliberale „Dziennik“ beeindruckt von der „hohen Wahlbeteiligung“ in Deutschland, die in Wirklichkeit mit 71,5 für bundesrepublikanische Verhältnisse eher bescheiden ausgefallen war. Das Blatt vermerkte jedoch: „Eine solche hohe Beteiligung wäre in Polen undenkbar.“ In dem osteuropäischen Land gehen gewöhnlich kaum mehr als die Hälfte der Bürger zur Wahl.
Ulrich Krökel, Warschau

Der Autor ist freier Korrespondent in Polen.

Telefonnummer für Europa

„Merkel, die Große“, betitelte die „New York Times“ nach der Bundestagswahl die Kolumne von Roger Cohen. Der Autor zitierte die Frage des früheren US-Außenministers Henry Kissinger nach der Telefonnummer für Europa. Die Antwort sei nun klar: „Klingeln Sie bei Angela Merkel.“ Was daraus folgt, ist Beobachtern der deutschen Politik in Washington weniger klar. Auf die Frage, ob man sich in der US-Hauptstadt von einer dritten Merkel-Amtszeit neue Impulse für die transatlantischen Beziehungen

erwartet, fallen die internationalen Sicherheitspolitik erwartungsvoll. Die Resignation mit dem System Merkel bezieht sich vor allem auf die als passiv empfundene deutsche Außenpolitik. „Wir ziehen unseren Hut vor ihr, wenn es um Wirtschaft und Finanzfragen geht“, sagte die Deutschland-Expertin Julianne Smith, bis vor kurzem stellvertretende Sicherheitsberaterin von US-Vizepräsident Joe Biden, auf einem Podium der Bertelsmann-Stiftung in Washington. „Aber wenn es um die außenpolitische Agenda geht, wollen die Amerikaner mehr.“ Dabei möchte niemand alte Wunden aufreißen. Dazu gehört etwa die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Entscheidung über einen Militäreinsatz in Libyen. Doch Deutschland könnte seinen Einfluss in Russland und Osteuropa stärker geltend machen, lautet ein häufig gehörter Vorschlag. „Deutschland könnte uns helfen, mit Russlands Präsident Wladimir Putin umzugehen“, findet Janes. Es gibt sehr wohl Verständnis dafür, dass Merkel sich in ihrer zweiten Amtszeit auf die Euro-Krise konzentrieren musste. Dass sie „das europäische Schiff auf Kurs“ halte, sei auch im Interesse Washingtons, sagt Janes. Er erwartet jedoch nicht, dass sich die Regierung von Barack Obama so aktiv einmische wie etwa 2011, als sie Merkel zu Konjunkturausgaben in der Euro-Zone drängte. „Da es der US-Wirtschaft besser geht, gibt es weniger Druck.“ Merkel wird sich weiter für ihr transatlantisches Lieblingsprojekt einsetzen: den Freihandel zwischen der EU und den USA. Die Gespräche könnten aus US-Sicht mit einer neuen Bundesregierung schwieriger werden als mit der Koalition aus CDU und FDP. Merksels wahrscheinlicher Partner, die SPD, wird unter Druck der Gewerkschaften stehen, den Schutz von Arbeitnehmerrechten einzufordern. „Es wird mehr Köche und neue Einfallstore für Lobbygruppen geben“, erwartet Janes. Hinzu kommt, dass SPD-Kandidat Peer Steinbrück in der Aufregung über den Spionagekandal der NSA gedroht hatte, die Gespräche auszusetzen. „Aber das war Wahlkampfgetöse“, glaubt Janes. Am Ende sei allen klar, dass das geplante Abkommen im Interesse der deutschen Wirtschaft sei.
Sabine Muscat, Washington

Die Autorin ist freie Korrespondentin.

Pressestimmen

»La Repubblica« (Italien)

»Im Zentrum des desolaten europäischen Panoramas ist Deutschland eine Insel von Stabilität und Wohlstand, wie es das vielleicht nie zuvor gewesen ist. Und gestern hat das Land mit einer demokratischen Wahl dankbar ‚Angela die Große‘ an der Macht bestätigt.«

»Guardian« (Großbritannien)

»Dies ist das Zeitalter von Merkel.«

»De Morgen« (Belgien)

»Mag der Kurs des strengen Sparens und des Beschneidens des Wohlfahrtsstaates bei uns auch als ein umstrittenes Vorbild ‚struktureller Reformen‘ gesehen werden, im eigenen Land wird Merkel gepriesen für ihre Berechenbarkeit und Standhaftigkeit. Das ist langweilig, sicher, aber dies ist nicht die rechte Zeit für große Abenteuer. Eine Entscheidung für Merkel ist keine logische Entscheidung für ein Programm, sondern eine gefühlsmäßige Entscheidung für das Vertrauen. Das ist nachvollziehbar in diesen unruhigen Zeiten.«

»Diena« (Lettland)

»Der zentrale Begriff im Wahlkampf lautete Vertrauen, aber zu konkreten Plänen für die Zukunft Deutschlands und zu europäischen Fragen war nur wenig zu vernehmen. Auch Lösungen für unbehagliche Fragen wurden nicht diskutiert, ihre Beantwortung hat sich aufgrund der Bundestagswahl verzögert.«

»El Mundo« (Spanien)

»Merkel zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Einzige an der Spitze eines großen europäischen Landes ist, die ihr Mandat inmitten der Krise bestätigt.«

»Lidové Noviny« (Tschechien)

»Merkel hat zwar nichts gelöst, denn die Konstruktion der Eurozone bleibt ein Risiko für die Prosperität Europas, aber Deutschland genügt das. Der Kontrast zwischen der Lawine schlechter Nachrichten aus dem Süden Europas und dem Wohlstand zu Hause hat bei den Deutschen den Eindruck gefestigt, letzterer wäre das ganz persönliche Verdienst der Kanzlerin.«

»De Telegraaf« (Niederlande)

»Das ist eine gute Nachricht für die Deutschen und für ganz Europa.« *dpa*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



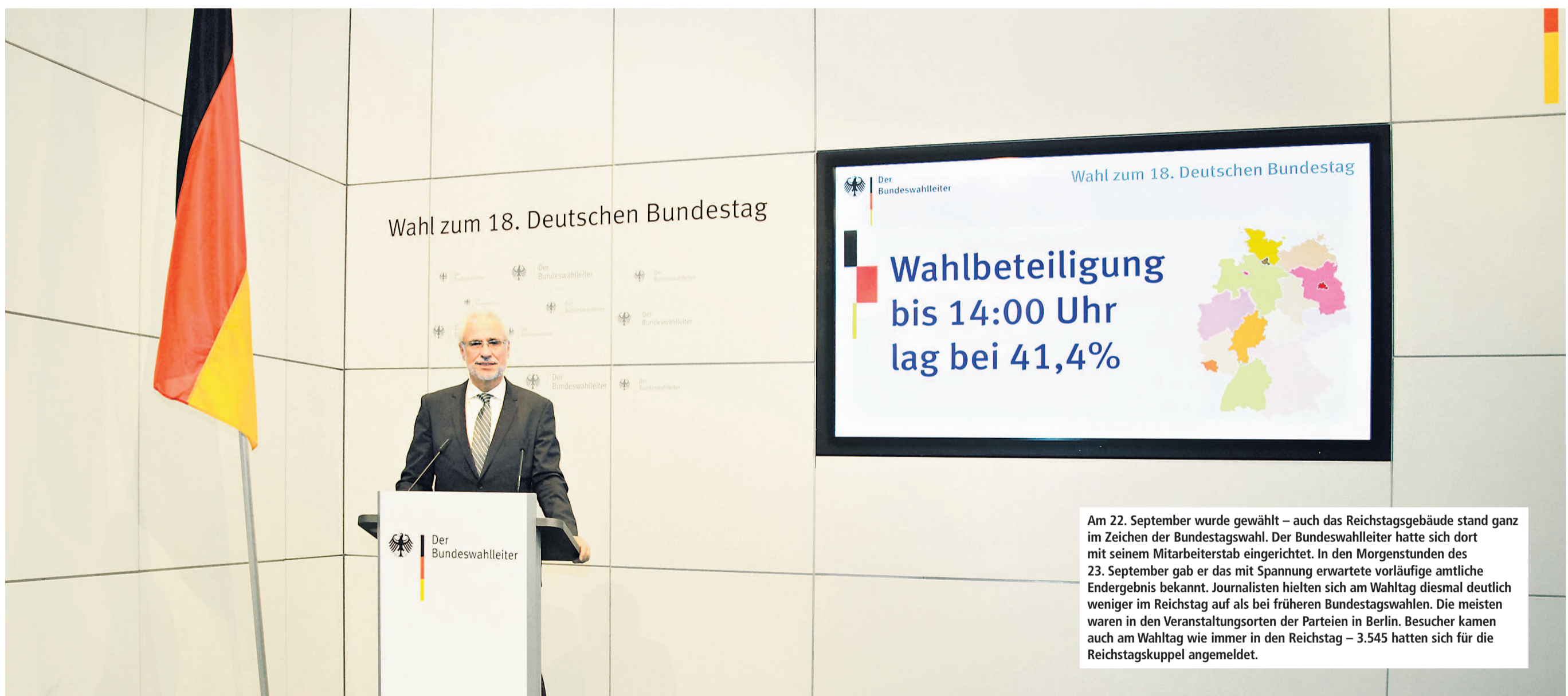
Wahltag am Reichstag



Der Fernsehsender N24 berichtet direkt aus dem Parlament.



Regie-Mitarbeiter von Fernsehkanälen sitzen im Fraktionstrakt vor den Bildschirmen.

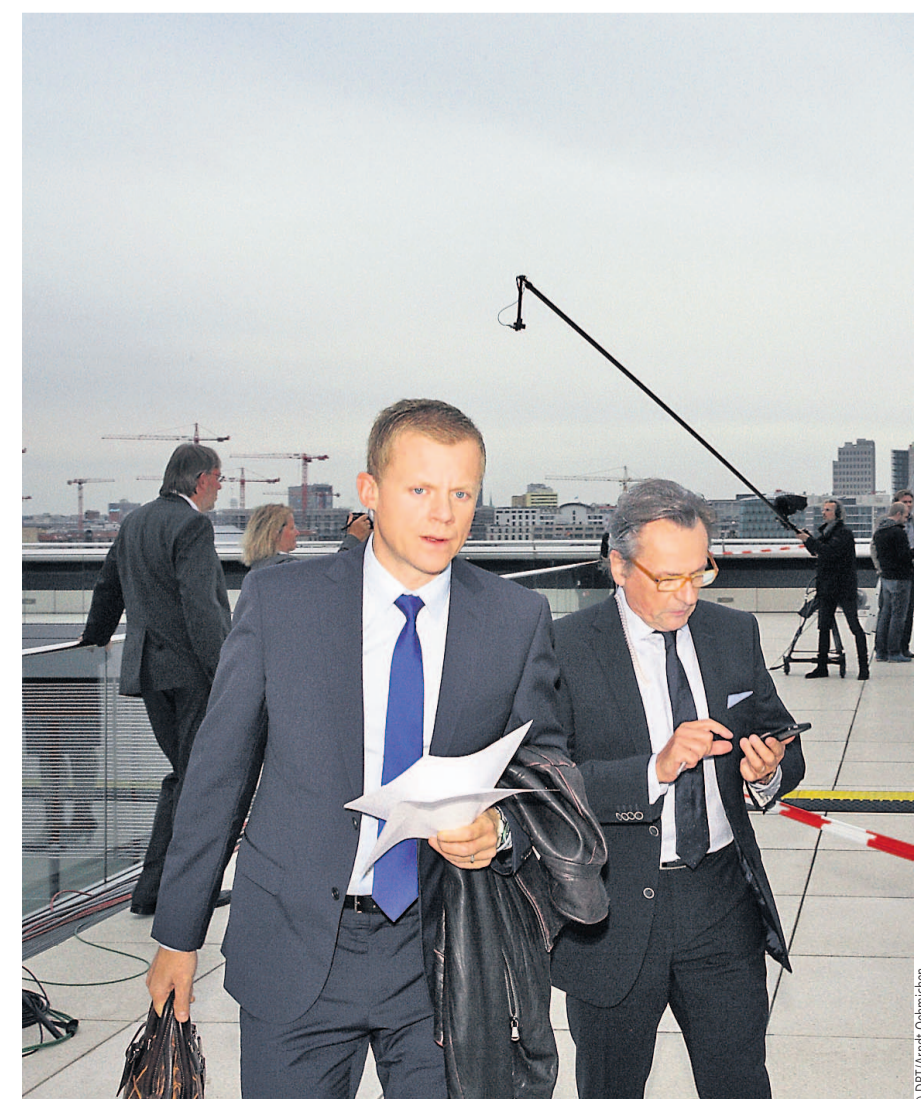


Am 22. September wurde gewählt – auch das Reichstagsgebäude stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Der Bundeswahlleiter hatte sich dort mit seinem Mitarbeiterstab eingerichtet. In den Morgenstunden des 23. September gab er das mit Spannung erwartete vorläufige amtliche Endergebnis bekannt. Journalisten hielten sich am Wahltag diesmal deutlich weniger im Reichstag auf als bei früheren Bundestagswahlen. Die meisten waren in den Veranstaltungsorten der Parteien in Berlin. Besucher kamen auch am Wahltag wie immer in den Reichstag – 3.545 hatten sich für die Reichstagskuppel angemeldet.

Bundeswahlleiter Roderich Egeler gibt am Sonntagnachmittag in der Abgeordnetenlobby die Wahlbeteiligung bis 14 Uhr bekannt.



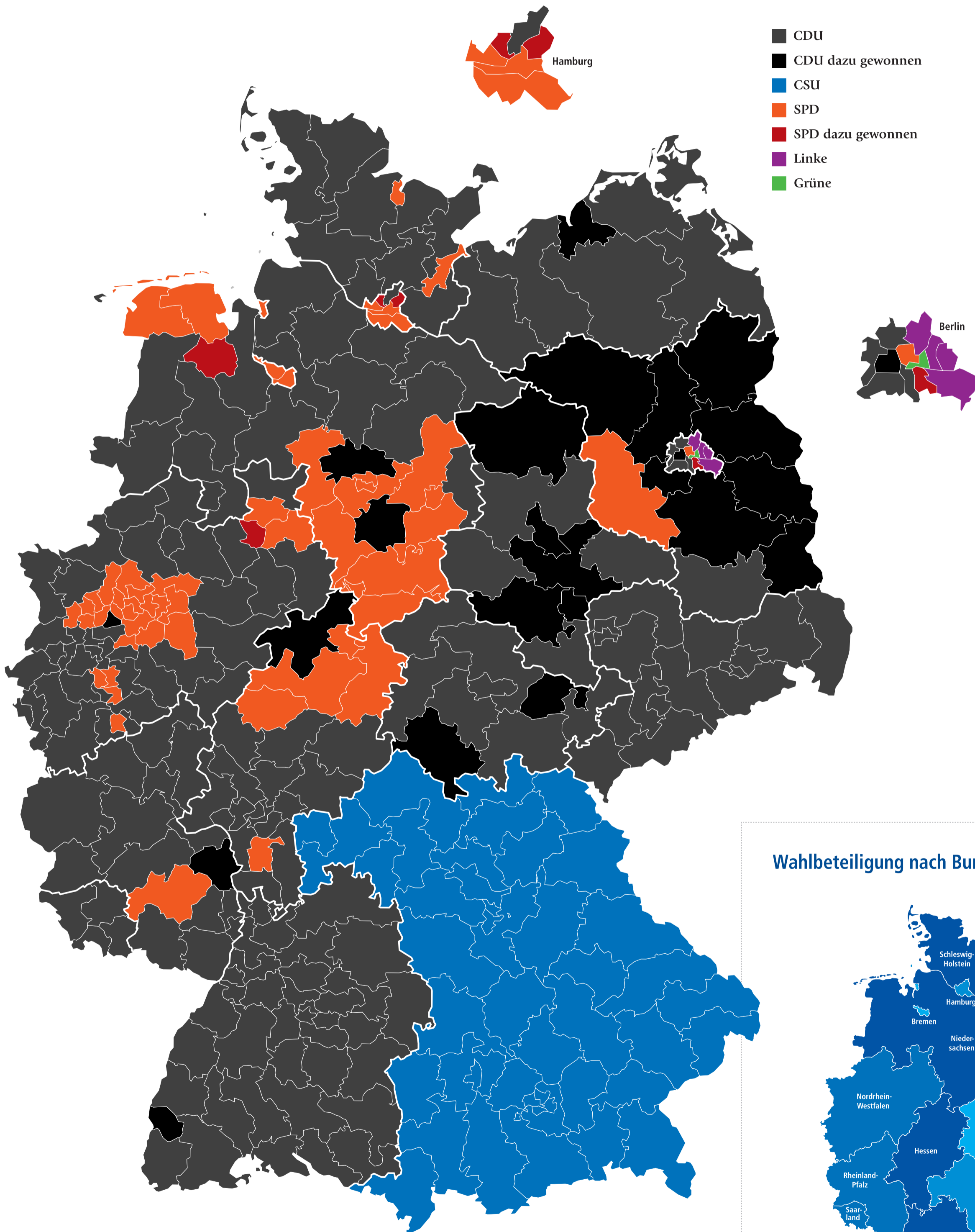
Fernsehkameras haben an diesem wichtigen Tag die Westfront des Reichstagsgebäudes im Visier.



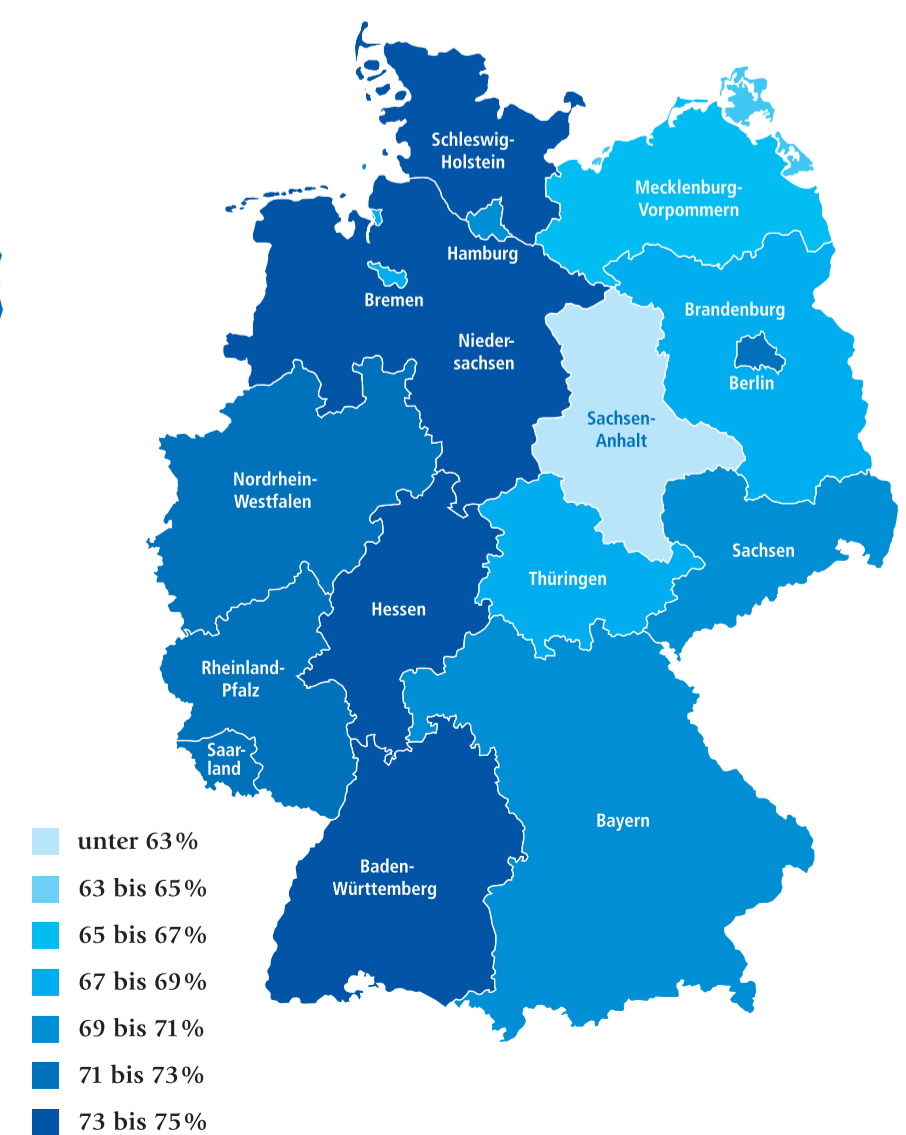
Journalisten auf dem Dach des Parlaments

Die Direktmandate 2013

Erststimmen-Mehrheiten in den Wahlkreisen



Wahlbeteiligung nach Bundesländern



Quelle: Der Bundeswahlleiter Grafik: Stephan Roters

630 Gesichter des Parlaments








ABGEORDNETE Die Mitglieder des 18. Deutschen Bundestages auf einen Blick

44.289.652 Wahlberechtigte haben am 22. September von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und über die Zusammensetzung des 18. Deutschen Bundestags entschieden. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis gehören dem Parlament in dieser Legislaturperiode 630 Abgeordnete von fünf Parteien an. Mit 311 Abgeordneten bilden CDU (255) und CSU (56) die größte Fraktion. Die SPD wird mit 192 Parlamentariern vertreten sein. Die Linke ist mit 64 Mandate drittstärkste Kraft, Bündnis 90/Die Grünen stellen 63 Abgeordnete.

Am knappsten war das Rennen im Essener Wahlkreis 120, in dem wegen Unstimmigkeiten nun neu ausgezählt wird (das Ergebnis stand bis Redaktionsschluss nicht fest). Der CDU-Kandidat Matthias Hauer hatte das Direktmandat gegen Petra Hinz (SPD) gewonnen. Bei einer Überprüfung waren in mehreren Bezirken Unstimmigkeiten aufgetaucht. Nachzählungen hatten 31 Stimmen Vorsprung für die SPD-Kandidatin ergeben. Hinz und Hauer bleiben unabhängig vom Ausgang der Neuzählung im Bundestag. Beide haben sichere Plätze auf den Landeslisten.



 Albani, Stephan Theodor Landesliste Niedersachsen	 Alsteiger, Katrin Landesliste Bayern	 Altmaier, Peter Wahlkreis 297 Saarlouis	 Auernhammer, Artur Friedrich Landesliste Bayern	 Bär, Dorothee Wahlkreis 248 Bad Kissingen	 Bareiß, Thomas Wahlkreis 295 Zollernalb - Sigmaringen	 Barthle, Norbert Wahlkreis 269 Backnang Schwäbisch-Gmünd	 Bartz, Julia Landesliste Bayern	 Baumann, Helmut Günter Wahlkreis 164 Erzgebirgskreis I	 Beermann, Maik Landesliste Niedersachsen		
 Behrens, Manfred Wahlkreis 67 Börde - Jerichower Land	 Bellmann, Veronika Maria Wahlkreis 161 Mittelsachsen	 Benning, Sibylle Maria Ursula Wahlkreis 129 Münster	 Berghegger, André Wahlkreis 38 Osnabrück-Land	 Berger, Christoph Georg Wahlkreis 72 Halle	 Bertram, Ute Wahlkreis 48 Hildesheim	 Beyel, Peter Wahlkreis 105 Mettmann II	 Bilger, Steffen Wahlkreis 265 Ludwigsburg	 Binninger, Clemens Wahlkreis 260 Böblingen	 Bleser, Peter Wahlkreis 201 Mosel/Rhein-Hunsrück	 Böhm, Maria Wahlkreis 208 Ludwigshafen/Frankenthal	 Bosbach, Wolfgang Wahlkreis 100 Rheinisch-Bergischer Kreis
 Brackmann, Norbert Wahlkreis 10; Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	 Brähmig, Klaus Peter Wahlkreis 158; Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	 Brand, Michael Wahlkreis 174 Fulda	 Brandl, Reinhard Wahlkreis 217 Ingolstadt	 Brandt, Helmut Wahlkreis 88 Aachen II	 Braukspie, Ralf Wolfgang Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Braun, Helge Reinhold Wahlkreis 173 Gießen	 Brehmer, Heike Wahlkreis 68 Harz	 Brinkhaus, Ralph Wahlkreis 131 Gütersloh I	 Caesar, Cajus Julius Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Connemann, Gitta Wahlkreis 25 Unterems	 Dings-Dierig, Alexandra Landesliste Schleswig-Holstein
 Dobrindt, Alexander Wahlkreis 226 Weilheim	 Dörflinger, Thomas Wahlkreis 288 Waldshut	 Dött, Marie-Luise Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Donth, Michael Wahlkreis 289 Reutlingen	 Durz, Hansjörg Wahlkreis 253 Augsburg-Land	 Eckenbach, Jutta Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Fabritius, Bernd-Bernhard Landesliste Bayern	 Färber, Hermann Wahlkreis 263 Göppingen	 Feiler, Uwe Wolfgang Werner Wahlkreis 58 Oberhavel - Havelland II	 Feist, Thomas Wolfgang Wahlkreis 153 Leipzig II	 Ferlemann, Enak Wahlkreis 29 Cuxhaven - Stade II	 Fischbach, Ingrid Marianne Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Fischer, Axel Eduard Wahlkreis 10; Karlsruhe-Land	 Fischer, Dirk Erik Wahlkreis 21 Hamburg-Nord	 Flachsbarth, Maria Landesliste Niedersachsen	 Flosbach, Klaus-Peter Wahlkreis 99 Oberbergischer Kreis	 Frei, Thorsten Wahlkreis 286 Schwarzwald-Baar	 Freudenstein, Astrid Landesliste Bayern	 Friedrich, Hans-Peter Wahlkreis 239 Hof	 Frieser, Michael Edwin Wahlkreis 245 Nürnberg-Süd	 Fuchs, Michael Wahlkreis 200 Koblenz	 Fuchtel, Hans-Joachim Wahlkreis 280 Calw	 Funk, Alexander Wahlkreis 299 Homburg	 Gädechens, Ingo Wahlkreis 9 Ostholstein - Stormarn-Nord
 Gauweiler, Peter Wahlkreis 220 München-Süd	 Gebhart, Thomas Wahlkreis 212 Südpfalz	 Gerig, Alois Wahlkreis 276 Odenwald - Tauber	 Gienger, Eberhard Wahlkreis 266 Neckar-Zaber	 Giousouf, Cemile Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Göppel, Josef Wahlkreis 241 Ansbach	 Grindel, Hans-Dieter Wahlkreis 35 Rotenburg I - Heidekreis	 Groden-Kranich, Ursula Wahlkreis 206 Mainz	 Gröhe, Hermann Wahlkreis 108 Neuss I	 Gröhler, Klaus-Dieter Wahlkreis 80; Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf	 Grosse-Bromer, Michael Wahlkreis 36 Harburg	 Grotteluschen, Astrid Wahlkreis 28; Delmenhorst - Wesemarsch - Oldenburg Land
 Grübel, Markus Wahlkreis 261 Esslingen	 Grüters, Monika Landesliste Berlin	 Grund, Manfred Wahlkreis 189; Eichsfeld - Nordhausen - Unstrut I	 Grundmann, Oliver Wahlkreis 30 Stade I - Rotenburg II	 Güntzel, Fritz Landesliste Niedersachsen	 Gundelach, Herlind Magdalena Landesliste Hamburg	 Gutting, Olav Steffen Wahlkreis 278 Bruchsal - Schwetzingen	 Haase, Christian Wahlkreis 136 Höxter - Lippe II	 Hahn, Florian Wahlkreis 222 München-Land	 Harbarth, Stephan Wahlkreis 277 Rhein-Neckar	 Hardt, Jürgen Wahlkreis 103; Solingen - Remscheid - Wuppertal II	 Hasselfeldt, Gerda Wahlkreis 216 Fürstenfeldbruck
 Hauer, Matthias Wahlkreis 120 Essen III	 Hauptmann, Mark Lars Carsten Wahlkreis 197; Suhl - Meiningen - Hildburghausen	 Heck, Stefan Landesliste Hessen	 Heider, Matthias Wahlkreis 149 Olpe - Märkischer Kreis I	 Heiderich, Helmut Landesliste Hessen	 Heil, Mechthild Wahlkreis 199 Ahrweiler	 Heinrich, Frank Wahlkreis 162 Chemnitz	 Hellfrich, Marc André Wahlkreis 3 Steinburg - Dithmarschen Süd	 Heller, Uda Carmen Freia Wahlkreis 74 Mansfeld	 Hellmuth, Jörg Wahlkreis 66 Altmark	 Henke, Rudolf Wahlkreis 87 Aachen I	 Hennrich, Michael Wahlkreis 262 Nürtingen
 Heveling, Ansgar Wahlkreis 110 Krefeld I - Neuss II	 Hintze, Peter Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Kovac, Kordula; Landesliste Baden-Württemberg (rückwärts nach für Peter Hinz)	 Hirte, Christian Wahlkreis 190; Eisenach - Wartburg - Unstrut-Hainich II	 Hirte, Heribert Wahlkreis 94 Köln II	 Hochbaum, Robert Wahlkreis 166 Vogtlandkreis	 Hoffmann, Alexander Wahlkreis 249 Main-Spessart	 Holmeier, Karl Wahlkreis 234 Schwandorf	 Holzenkamp, Franz-Josef Wahlkreis 32 Cloppenburg - Vechna	 Hoppenstedt, Hendrik Wahlkreis 43 Hannover-Land I	 Horb, Margaret Landesliste Baden-Württemberg	 Hornhues, Else Katharina Landesliste Bremen
 Huber, Karl-Heinz (Charles M.) Landesliste Hessen	 Hübinger, Anette Wahlkreis 296 Saarbrücken	 Hüppe, Hubert Wilhelm Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Irstorfer, Erich Wahlkreis 215 Freising	 Jarzombek, Thomas Wahlkreis 106 Düsseldorf I	 Jörnßen, Sylvia Sabine Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Jüttner, Egon Wahlkreis 275 Mannheim	 Jung, Andreas Wahlkreis 287 Konstanz	 Jung, Franz Josef Friedrich Wahlkreis 184 Groß-Gerau	 Jung, Xaver Landesliste Rheinland-Pfalz	 Kall, Bartholomäus Wahlkreis 227 Deggendorf	 Kammer, Hans-Werner Landesliste Niedersachsen

 Seif, Detlef Wahlkreis 92; Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II	 Selle, Johannes Wahlkreis 191; Kyffhäuserkreis Sömmerda – Weimarer Land I	 Sendker, Reinhold Max Wahlkreis 130 Warendorf	 Sensburg, Patrick Ernst Hermann; Wahlkreis 147 Hochsauerlandkreis	 Siebert, Bernd Landesliste Hessen	 Silberhorn, Thomas Wahlkreis 236 Bamberg	 Singhammer, Johannes Wahlkreis 218 München-Nord	 Sorge, Tino Wahlkreis 69 Magdeburg	 Spahn, Jens Wahlkreis 124 Steinfurt I – Borken I	 Stauche, Carola Wahlkreis 196; Sonneberg – Saalfeld – Saale-Orla-Kreis	 Steffel, Frank Wahlkreis 77 Berlin-Reinickendorf	 Stefinger, Wolfgang Wahlkreis 219 München-Ost
 Stegemann, Albert Wahlkreis 31 Mittelems	 Stein, Peter Wahlkreis 14; Rostock – Landkreis Rostock II	 Steinbach, Erika Wahlkreis 183 Frankfurt am Main II	 Steineke, Sebastian Wahlkreis 56; Prignitz – Ostprignitz – Havelland I	 Steinger, Johannes Eberhard Landesliste Rheinland-Pfalz	 Stetten Freiherr von, Christian Schwäbisch Hall – Hohenlohe	 Stier, Dieter Wahlkreis 73 Burgenland – Saalekreis	 Stockhofe, Rita Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Storjohann, Gero Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Mitte	 Stracke, Stephan Wahlkreis 257 Ostalbkreis	 Straubinger, Max Wahlkreis 230 Rottal-Inn	 Strelb, Matthias Landesliste Bayern
 Strenz, Karin; Wahlkreis 13; Ludwigslust II – Nordwestmecklenburg II – LK Rostock I	 Stritzl, Thomas Landesliste Schleswig-Holstein	 Strobl, Thomas Wahlkreis 267 Heilbronn	 Strothmann, Lena Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Stübgen, Michael Wahlkreis 65; Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	 Sütterlin-Waack, Sabine Wahlkreis 1 Flensburg – Schleswig	 Tauber, Peter Michael Wahlkreis 175; Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten	 Tillmann, Antje Wahlkreis 193; Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	 Timmermann-Fechter, Astrid Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Uhl, Hans-Peter Wahlkreis 221 München-West/Mitte	 Ullrich, Volker Michael Wahlkreis 252 Augsburg-Stadt	 Vaatz, Arnold Eugen Hugo Wahlkreis 160 Dresden II – Bautzen II
 Veith, Oswin Wahlkreis 177 Wetterau I	 Viehohr, Thomas Wahlkreis 167 Waldeck	 Vietz, Michael Landesliste Niedersachsen	 Vogel, Volkmar Wahlkreis 195 Greiz – Altenburger Land	 Volmering, Sven Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Voßbeck-Kayser, Christel Hedwig Ernestine; Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Vries de, Kees Cornelis Petrus Jozef; Wahlkreis 71 Anhalt	 Wadepuhl, Johann David Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde	 Wandewitz, Marco Wahlkreis 163; Chemnitz Umland – Erzgebirgskreis II	 Warken, Nina Landesliste Baden-Württemberg	 Wegner, Kai Peter Wahlkreis 78; Berlin-Spandau Charlottenburg Nord	 Weier, Albert Helmut Wahlkreis 194; Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis
 Weinberg, Marcus Landesliste Hamburg	 Weisgerber, Anja Wahlkreis 250 Schweinfurt	 Weiß, Peter Wahlkreis 283 Emmendingen – Lahr	 Weiss, Sabine Katharina Wahlkreis 113 Wesel I	 Wellenreuther, Ingo Wahlkreis 271 Karlsruhe-Stadt	 Wellmann, Karl-Georg Ernst Gottlob; Wahlkreis 79; Berlin Steglitz-Zehlendorf	 Wendt, Marian Wahlkreis 151 Nordsachsen	 Whittaker, Kai Wahlkreis 273 Rastatt	 Wichtel, Heinz Peter Wahlkreis 185 Offenbach	 Widmann-Mauz, Annette Wahlkreis 290 Tübingen	 Wiese, Heinz Landesliste Baden-Württemberg	 Willisch, Klaus-Peter Wahlkreis 178 Rheingau-Taunus – Limburg
 Winkelmeier-Becker, Elisabeth Wahlkreis 97 Rhein-Sieg-Kreis I	 Wittke, Oliver Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Wöhl, Dagmar Gabriele Wahlkreis 244 Nürnberg-Nord	 Woltmann, Barbara Landesliste Niedersachsen	 Zech, Tobias Josef Landesliste Bayern	 Zerk, Heinrich Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Zeulner, Emmi Wahlkreis 240 Kulmbach	 Zimmer, Matthias Rainer Wahlkreis 182 Frankfurt am Main I	 Zollner, Gudrun Anna Therese Landesliste Bayern			
		 Amnen, Niels Wahlkreis 20 Hamburg-Eimsbüttel	 Arndt-Brauer, Ingrid Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Arnold, Rainer Landesliste Baden-Württemberg	 Baehrens, Heike Landesliste Baden-Württemberg	 Bätzing-Lichtenhäger, Sabine Landesliste Rheinland-Pfalz	 Bahr, Ulrike Renate Martina Landesliste Bayern	 Barchmann, Heinz-Joachim Landesliste Niedersachsen	 Barley, Katarina Landesliste Rheinland-Pfalz	 Barnett, Doris Landesliste Rheinland-Pfalz	 Bartels, Dr. Hans-Peter Wahlkreis 5 Kiel
 Barthel, Klaus Landesliste Bayern	 Bartke, Matthias Wahlkreis 19 Hamburg-Altona	 Bartol, Sören Wahlkreis 171 Marburg	 Bas, Bärbel Wahlkreis 115 Duisburg I	 Becker, Dirk Wahlkreis 135 Lippe I	 Beckmeyer, Uwe Karl Wahlkreis 55 Bremen II – Bremerhaven	 Binding, Lothar Landesliste Baden-Württemberg	 Bliener, Burkhard Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Brase, Willi Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Brunner, Karl Heinz Landesliste Bayern	 Bulow, Marco Wahlkreis 142 Dortmund I	 Bulmahn, Edelgard Wahlkreis 42 Stadt Hannover II
 Burkert, Martin Kurt Landesliste Bayern	 Castellucci, Lars Landesliste Baden-Württemberg	 Crone, Petra Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Daldrop, Bernhard Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Diaby, Karamba Landesliste Sachsen-Anhalt	 Dittmar, Sabine Landesliste Bayern	 Dörmann, Martin Wahlkreis 93 Köln I	 Drobinski-Weiß, Elvira Landesliste Baden-Württemberg	 Edathy, Sebastian Wahlkreis 40 Nienburg II – Schaumburg	 Ehrmann, Siegmund Wahlkreis 114 Krefeld II – Wesel II	 Engelmeier-Heite, Michaela Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Erler, Gernot Landesliste Baden-Württemberg
 Ernstberger, Petra Landesliste Bayern	 Esken, Saskia Landesliste Baden-Württemberg	 Evers-Meyer, Karin Wahlkreis 26; Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund	 Fechner, Johannes Landesliste Baden-Württemberg	 Felgentreu, Fritz Wahlkreis 82 Berlin-Neukölln	 Ferner, Elke Landesliste Saarland	 Finckh-Krämer, Ute Elisabeth Landesliste Berlin	 Flisek, Christian Landesliste Bayern	 Fograscher, Gabriele Landesliste Bayern	 Franke, Edgar Konrad Wahlkreis 170 Schwalm-Eder	 Freese, Ulrich Ronald Landesliste Brandenburg	 Freitag, Dagmar Wahlkreis 150 Märkischer Kreis II
 Gabriel, Sigmar Wahlkreis 49 Salzgitter – Wolfenbüttel	 Gerdes, Michael Wahlkreis 125 Bottrop – Recklinghausen III	 Gerster, Martin Landesliste Baden-Württemberg	 Gleicke, Iris Landesliste Thüringen	 Gottschalk, Ulrike Wahlkreis 168 Kassel	 Griese, Kerstin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Grötsch, Uli Landesliste Bayern	 Groß, Michael Peter Wahlkreis 122 Recklinghausen II	 Gunkel, Wolfgang Michael Landesliste Sachsen	 Hagedorn, Bettina Landesliste Schleswig-Holstein	 Hagl-Kehl, Rita Landesliste Bayern	 Hakverdi, Metin Wahlkreis 23; Hamburg-Bergedorf – Hamburg
 Hampel, Ulrich Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hartmann, Michael Landesliste Rheinland-Pfalz	 Hartmann, Sebastian Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Heidenblut, Dirk Wahlkreis 119 Essen II	 Heil, Hubertus Wahlkreis 45 Githorn – Peine	 Heinrich, Gabriela Landesliste Bayern	 Held, Marcus Landesliste Rheinland-Pfalz	 Hellmich, Wolfgang Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hendricks, Barbara Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Henn, Heidtrud Landesliste Saarland	 Herzog, Gustav Wahlkreis 210 Kaiserslautern	 Hiller-Ohm, Gabriele Therese Wahlkreis 11 Lübeck



Hinze, Petra Landesliste Nordrhein-Westfalen; Hintscher, Thomas Landesliste Rheinland-Pfalz; Högl, Eva Alexandra Ingrid Landesliste Berlin-Mitte; Ilgen, Matthias Landesliste Schleswig-Holstein; Jantz, Christina Landesliste Niedersachsen; Jost, Reinhold Landesliste Saarland; Junge, Frank Michael Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Juratovic, Josip Landesliste Baden-Württemberg; Jurk, Thomas Edmund Landesliste Sachsen; Kaczmarek, Oliver Wahlkreis 144 Unna I; Kahrs, Johannes Wahlkreis 18 Hamburg-Mitte; Kampmann, Christina Wahlkreis 132 Bielefeld – Gütersloh II



Kapschack, Ralf Wahlkreis 139 Ennepe-Ruhr-Kreis II; Katzmarek, Gabriele Landesliste Baden-Württemberg; Kelber, Ulrich Wolfgang Wahlkreis 96 Bonn; Kermer, Marina Angela Landesliste Sachsen-Anhalt; Kiziltepe, Cansel Landesliste Berlin; Klare, Arno Wahlkreis 118 Mülheim – Essen I; Klingbeil, Lars Landesliste Niedersachsen; Kömpel, Birgit Landesliste Hessen; Köfler, Bärbel Landesliste Bayern; Kolbe, Daniela Landesliste Sachsen; Kramme, Anette Landesliste Bayern; Krüger, Hans-Ulrich Landesliste Nordrhein-Westfalen



Kühn-Mengel, Helga Landesliste Nordrhein-Westfalen; Lambrecht, Christine Landesliste Hessen; Lange, Christian Landesliste Baden-Württemberg; Lauterbach, Karl Wilhelm Wahlkreis 101 Leverkusen – Köln IV; Lemme, Steffen-Claudio Landesliste Thüringen; Lischka, Burkhard Landesliste Sachsen-Anhalt; Lösekrug-Möller, Gabriele Wahlkreis 46; Hameln-Pyrmont – Holzminde; Lotze, Hiltrud Landesliste Niedersachsen; Lümann, Kirsten Landesliste Niedersachsen; Malecha-Nissen, Birgit Landesliste Schleswig-Holstein; Marks, Caren Landesliste Niedersachsen; Mast, Katja Landesliste Baden-Württemberg



Matthes, Hildegard Landesliste Baden-Württemberg; Miersch, Matthias Wahlkreis 47 Hannover-Land II; Mindrup, Klaus Landesliste Berlin; Mittag, Susanne Landesliste Niedersachsen; Müller, Bettina Landesliste Hessen; Müntefering, Michelle Wahlkreis 141 Herne – Bochum II; Mützenich, Rolf Wahlkreis 95 Köln III; Nahles, Andrea Landesliste Rheinland-Pfalz; Nietan, Dietmar Heinrich Landesliste Nordrhein-Westfalen; Nissen, Ulrike Landesliste Hessen; Özdemir, Mahmut Wahlkreis 116 Duisburg II; Özoguz, Aydan Wahlkreis 22 Hamburg-Wandsbek



Oppermann, Thomas Wahlkreis 53 Göttingen; Paschke, Markus Landesliste Niedersachsen; Pflugradt, Jeannine Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Pilger, Detlev Landesliste Rheinland-Pfalz; Poschmann, Sabine Wahlkreis 143 Dortmund II; Poß, Joachim Wahlkreis 123 Gelsenkirchen; Post, Achim Landesliste Nordrhein-Westfalen; Post, Florian Landesliste Bayern; Priesmeier, Wilhelm Wahlkreis 52; Goslar – Northem – Osterode; Pronold, Florian Landesliste Bayern; Raabe, Sascha Landesliste Hessen; Raatz, Simone Landesliste Sachsen



Rabanus, Martin Hermann Landesliste Hessen; Rawert, Mechthild Landesliste Berlin; Rebmann, Stefan Landesliste Baden-Württemberg; Reichenbach, Gerold Rudolf Landesliste Hessen; Reimann, Carola Wahlkreis 50 Braunschweig; Ridder De, Daniela Landesliste Niedersachsen; Rimkus, Andreas Landesliste Nordrhein-Westfalen; Rix, Sönke Landesliste Schleswig-Holstein; Rösper, Peter René Wahlkreis 138 Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I; Rohde, Dennis Wahlkreis 27 Oldenburg-Ammerland; Rosemann, Martin Landesliste Baden-Württemberg; Rossmann, Ernst Dieter Landesliste Schleswig-Holstein



Roth, Michael Helmut Wahlkreis 169; Werra-Meißner Hersfeld-Rotenburg; Rütch, Susann Landesliste Sachsen; Rützel, Bernd Landesliste Bayern; Saathoff, Johann Wahlkreis 24 Aurich – Emden; Sawade, Annette Landesliste Baden-Württemberg; Schabedoth, Hans-Joachim Landesliste Hessen; Schäfer, Avel Wahlkreis 140 Bochum I; Scheer, Nina Landesliste Schleswig-Holstein; Schieder, Mariame Landesliste Bayern; Schiefner, Udo Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schlegel, Dorothee Landesliste Baden-Württemberg; Schmidt, Dagmar Landesliste Hessen



Schmidt, Matthias Landesliste Berlin; Schmidt, Ulla Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schneider, Carsten Landesliste Thüringen; Schulte, Ursula Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schulz, Sven Landesliste Berlin; Schure, Ewald Landesliste Bayern; Schwabe, Frank Wahlkreis 121 Recklinghausen I; Schwartz, Stefan Wahlkreis 133; Herford – Minden-Lübbecke II; Schwarz, Andreas Landesliste Bayern; Schwarzlühr-Sutter, Rita Landesliste Baden-Württemberg; Sieling, Carsten Günter Erich Wahlkreis 54 Bremen I; Spiering, Rainer Landesliste Niedersachsen



Spinrath, Norbert Landesliste Nordrhein-Westfalen; Stadler, Svenja Landesliste Niedersachsen; Stamm-Fibich, Martina Landesliste Bayern; Steffen, Sonja Amalie Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Steinbrück, Peer Landesliste Nordrhein-Westfalen; Steinmeier, Frank-Walter Wahlkreis 60; Brandenburg – Mittelmark I – Havelland III; Strässer, Christoph Landesliste Nordrhein-Westfalen; Tack, Kerstin Wahlkreis 41 Stadt Hannover I; Tausend, Claudia Rosina Landesliste Bayern; Thews, Michael Wahlkreis 145 Hamm – Unna II; Thönnies, Franz Landesliste Schleswig-Holstein; Tiefensee, Wolfgang Erwin Landesliste Sachsen




Träger, Carsten Dietmar Landesliste Bayern; Veit, Rüdiger Landesliste Hessen; Vöpel, Dirk Wahlkreis 117 Oberhausen – Wesel III; Vogt, Ute Landesliste Baden-Württemberg; Weber, Gabi Landesliste Rheinland-Pfalz; Westphal, Bernd Landesliste Niedersachsen; Wicklein, Andrea Meta Landesliste Brandenburg; Wiese, Dirk Landesliste Nordrhein-Westfalen; Wolff, Waltraud Katharina Landesliste Sachsen-Anhalt; Yüksel, Gülistan Landesliste Nordrhein-Westfalen; Ziegler, Dagmar Landesliste Brandenburg; Zierke, Stefan Landesliste Brandenburg



Zöllmer, Manfred Wahlkreis 102 Wuppertal I; Zypries, Brigitte Wahlkreis 186 Darmstadt



Aken van, Jan Paul Landesliste Hamburg; Alpers, Agnes Landesliste Bremen; Bartsch, Dietmar Gerhard Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Behrens, Herbert Landesliste Niedersachsen; Binder, Karin Landesliste Baden-Württemberg; Birkwald, Matthias W. Landesliste Nordrhein-Westfalen; Blum, Heidrun Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Buchholz, Christine Landesliste Hessen; Bulling-Schröter, Eva Landesliste Bayern; Claus, Roland Landesliste Sachsen-Anhalt

 Dagdelen, Sevim Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Dehm-Desoi, Diether Landesliste Niedersachsen	 Ernst, Klaus Landesliste Bayern	 Gehrcke-Reymann, Wolfgang Landesliste Hessen	 Gohke, Nicole Landesliste Bayern	 Golze, Diana Hertha Landesliste Brandenburg	 Groth, Annette Landesliste Baden-Württemberg	 Gysi, Gregor Wahlkreis 84; Berlin Treptow-Köpenick	 Hänsel, Heike Landesliste Baden-Württemberg	 Hahn, André Peter Frank Landesliste Sachsen	 Hein, Rosemarie Anna Gertrud; Landesliste Sachsen-Anhalt	 Höger, Inge Dora Minna Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Hunke, Andrej Konstantin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hupach, Sigrid Landesliste Thüringen	 Jelpe, Ursula Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Karawanskij, Susanna Landesliste Sachsen	 Kassner, Karin Kerstin Landesliste Mecklenburg-Vorpommern	 Kipping, Katja Landesliste Sachsen	 Korte, Jan Landesliste Sachsen-Anhalt	 Krellmann, Jutta Landesliste Niedersachsen	 Kunert, Katrin Landesliste Sachsen-Anhalt	 Lay, Caren Nicole Landesliste Sachsen	 Leidig, Sabine Ingeborg Landesliste Hessen	 Lenkert, Ralph Landesliste Thüringen
 Leuter, Michael Gerhard Landesliste Sachsen	 Liebich, Stefan Wahlkreis 76 Berlin-Pankow	 Löttsch, Gesine Wahlkreis 86 Berlin-Lichtenberg	 Lutze, Thomas Landesliste Saarland	 Möhring, Cornelia Ilse Landesliste Schleswig-Holstein	 Movassat, Niema Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Neu, Alexander Soranto Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Nord, Thomas Hans Landesliste Brandenburg	 Pau, Petra Angelika Wahlkreis 85 Berlin-Marzahn-Hellersdorf	 Petzold, Harald Alfred Landesliste Brandenburg	 Pitterle, Richard Landesliste Baden-Württemberg	 Renner, Martina Erika Landesliste Thüringen
 Schlecht, Michael Landesliste Baden-Württemberg	 Sitte, Petra Landesliste Sachsen-Anhalt	 Steinke, Kersten Landesliste Thüringen	 Tackmann, Kirsten Landesliste Brandenburg	 Tank, Azize Landesliste Berlin	 Tempel, Frank Landesliste Thüringen	 Troost, Axel Landesliste Sachsen	 Ulrich, Alexander Landesliste Rheinland-Pfalz	 Vogler, Kathrin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Wagenknecht, Sahra Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Wawzyniak, Halina Landesliste Berlin	 Weinberg, Harald Landesliste Bayern
 Werner, Katrin Landesliste Rheinland-Pfalz	 Wöllert, Birgit Ottlie Landesliste Brandenburg	 Wunderlich, Jörn Heinz Adolf Landesliste Sachsen	 Zdebel, Hubertus Josef Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Zimmermann, Pia-Beate Landesliste Niedersachsen	 Zimmermann, Sabine Landesliste Sachsen						
		 Amtsberg, Luise Landesliste Schleswig-Holstein	 Andree, Kerstin Landesliste Baden-Württemberg	 Baerbock, Annalena Charlotte Alma Landesliste Brandenburg	 Beck, Marieluise Landesliste Bremen	 Beck, Volker Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Brantner, Franziska Landesliste Baden-Württemberg	 Brügger, Agnes Landesliste Baden-Württemberg	 Delligöz, Ekin Landesliste Bayern	 Dörner, Katja Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Dröge, Katharina Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Ebner, Harald Landesliste Baden-Württemberg	 Gambke, Thomas Landesliste Bayern	 Gastel, Matthias Landesliste Baden-Württemberg	 Gehring, Kai Boris Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Göring-Eckardt, Katrin Dagmar Landesliste Thüringen	 Hajduk, Anja Margarete Helene Landesliste Hamburg	 Habermann, Britta Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hinz, Priska Margarete Landesliste Hessen	 Höhn, Bärbel Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hofreiter, Anton Landesliste Bayern	 Janecek, Dieter Landesliste Bayern	 Kekeritz, Uwe Landesliste Bayern
 Keul, Katja Landesliste Niedersachsen	 Kindler, Sven-Christian Landesliste Niedersachsen	 Klein-Schmeink, Maria Anna Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Koenigs, Thomas Landesliste Hessen	 Kotting-Uhl, Sylvia Landesliste Baden-Württemberg	 Krischer, Oliver Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Kühn, Christian Landesliste Baden-Württemberg	 Kühn, Stephan Landesliste Sachsen	 Künast, Renate Ely Landesliste Berlin	 Kurth, Markus Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Lazar, Monika Landesliste Sachsen	 Lemke, Steffi Landesliste Sachsen-Anhalt
 Lindner, Tobias Landesliste Rheinland-Pfalz	 Maisch, Nicole Christa Landesliste Hessen	 Meiwald, Peter Landesliste Niedersachsen	 Mihalic, Irene Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Müller-Gemmeke, Beate Landesliste Baden-Württemberg	 Mutlu, Özcan Landesliste Berlin	 Notz von, Konstantin Landesliste Schleswig-Holstein	 Nouripour, Omid Landesliste Hessen	 Özdemir, Cem Landesliste Baden-Württemberg	 Ostendorf, Friedrich Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Paus, Lisa Landesliste Berlin	 Pothmer, Brigitte Landesliste Niedersachsen
 Rößner, Tabea Landesliste Rheinland-Pfalz	 Roth, Claudia Benedikta Landesliste Bayern	 Ruffer, Corinna Landesliste Rheinland-Pfalz	 Sarrazin, Manuel Landesliste Hamburg	 Scharfenberg, Elisabeth Landesliste Bayern	 Schauws, Ursula Landesliste Nordrhein-Westfalen						
 Schick, Gerhard Landesliste Baden-Württemberg	 Schmidt, Frithjof Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Schulz-Asche, Kordula Anna Paula Landesliste Hessen	 Ströbele, Hans-Christian Wahlkreis 83; Berlin-Friedrichs- hain-Kreuzberg-Prenzl. Berg/ O.	 Terpe, Frank Harald Landesliste Mecklenburg-Vorpommern	 Tressel, Markus Landesliste Saarland						
 Trittin, Jürgen Landesliste Niedersachsen	 Verlinden, Julia Landesliste Niedersachsen	 Wagner, Doris Landesliste Bayern	 Walter-Rosenheimer, Beate Landesliste Bayern	 Wilms, Valerie Landesliste Schleswig-Holstein							



Dem 18. Deutschen Bundestag werden 630 Abgeordnete angehören.

FDP 2,3 (8,6), 6,2 (17,5)
AfD 2,7 (-), 4,1 (-)
Gewählt: Hermann Gröhe (CDU)

Wahlkreis 109: Mönchengladbach

Wahlbeteiligung: 66,2
CDU 50,8 (45,6), 43,7 (35,0)
SPD 29,2 (27,7), 28,1 (24,5)
Linke 6,2 (7,5), 6,4 (8,3)
Grüne 6,1 (8,3), 6,2 (8,9)
FDP 2,3 (9,5), 5,9 (18,0)
AfD 3,4 (-), 4,2 (-)
Gewählt: Dr. Günter Krings (CDU)

Wahlkreis 110: Krefeld I - Neuss II

Wahlbeteiligung: 74,5
CDU 49,1 (42,3), 44,7 (35,9)
SPD 30,9 (29,1), 27,4 (24,0)
Linke 4,1 (5,8), 5,2 (6,8)
Grüne 5,8 (8,1), 6,9 (9,4)
FDP 3,7 (12,3), 7,3 (19,3)
AfD 2,4 (-), 3,8 (-)
Gewählt: Ansgar Heveling (CDU)

Wahlkreis 111: Viersen

Wahlbeteiligung: 73,6
CDU 53,0 (48,9), 46,3 (37,9)
SPD 28,5 (25,7), 26,6 (22,6)
Linke 4,8 (6,8), 5,4 (7,3)
Grüne 5,4 (7,8), 6,7 (8,9)
FDP 2,3 (9,7), 6,3 (18,5)
AfD 2,5 (-), 4,1 (-)
Gewählt: Uwe Schummer (CDU)

Wahlkreis 112: Kleve

Wahlbeteiligung: 71,7
CDU 50,9 (48,9), 48,6 (42,2)
SPD 33,1 (29,6), 27,0 (23,5)
Linke - (5,6), 4,6 (6,1)
Grüne 5,8 (6,5), 6,2 (7,9)
FDP 3,1 (9,4), 5,7 (16,1)
AfD 3,3 (-), 3,9 (-)
Gewählt: Ronald Pofalla (CDU)

Wahlkreis 113: Wesel I

Wahlbeteiligung: 74,2
CDU 43,5 (38,5), 39,3 (33,1)
SPD 39,2 (38,3), 34,9 (32,2)
Linke 4,9 (7,4), 6,0 (8,5)
Grüne 4,9 (6,6), 6,4 (8,6)
FDP 1,8 (7,1), 4,7 (13,0)
AfD 3,0 (-), 3,7 (-)
Gewählt: Sabine Weiss (CDU)

Wahlkreis 114: Krefeld II - Wesel II

Wahlbeteiligung: 71,8
CDU 40,1 (35,1), 36,9 (30,3)
SPD 41,5 (39,6), 34,6 (32,0)
Linke 5,4 (7,9), 6,6 (8,9)
Grüne 5,3 (7,4), 3,7 (9,9)
FDP 2,5 (8,7), 5,6 (14,2)
AfD - -, 3,9 (-)
Gewählt: Siegmund Ehrmann (SPD)

Wahlkreis 115: Duisburg I

Wahlbeteiligung:71,1
CDU 32,2 (31,4), 30,0 (26,4)
SPD 46,6 (42,5), 39,2 (36,7)
Linke 7,3 (10,6), 7,9 (11,6)
Grüne 5,1 (7,6), 6,9 (9,4)
FDP 1,6 (5,9), 3,4 (9,9)
AfD - -, 5,2 (-)
Gewählt:Bärbel Bas (SPD)

Wahlkreis 116: Duisburg II

Wahlbeteiligung: 63,6
CDU 29,6 (27,1), 26,5 (23,6)
SPD 43,2 (46,6), 43,0 (39,9)
Linke 8,6 (11,0), 8,8 (13,6)
Grüne 5,2 (6,2), 5,2 (7,4)
FDP 1,6 (5,6), 2,8 (8,6)
AfD 4,1 (-), 5,1 (-)
Gewählt: Mahmut Özdemir (SPD)

Wahlkreis 117: Oberhausen - Wesel III

Wahlbeteiligung:70,7
CDU 32,3 (27,4), 30,1 (24,4)
SPD 45,1 (44,6), 41,3 (39,4)
Linke 7,3 (9,6), 8,0 (11,1)
Grüne 7,8 (10,1), 6,6 (9,1)
FDP 1,7 (6,3), 3,3 (10,3)
AfD - -, 4,2 (-)
Gewählt: Dirk Vöpel (SPD)

Wahlkreis 118: Mülheim - Essen I

Wahlbeteiligung: 73,6
CDU 35,6 (32,1), 33,9 (27,1)
SPD 42,2 (41,4), 38,2 (35,5)
Linke 5,5 (8,7), 6,4 (9,5)
Grüne 6,4 (7,8), 7,1 (9,5)
FDP 2,5 (8,5), 4,6 (13,2)
AfD 3,9 (-), 4,6 (-)
Gewählt: Arno Klare (SPD)

Wahlkreis 119: Essen II

Wahlbeteiligung:64,6
CDU 31,1 (27,2), 28,5 (23,5)
SPD 48,3 (46,1), 41,7 (39,0)
Linke 7,2 (10,4), 8,1 (11,7)
Grüne 5,0 (6,9), 7,1 (8,9)
FDP 1,6 (6,5), 3,4 (10,3)
AfD - -, 4,2 (-)
Gewählt: Dirk Heidenblut (SPD)

Wahlkreis 120: Essen III

Wahlbeteiligung:77,1
CDU 39,5 (36,1), 36,3 (30,0)
SPD 39,5 (38,6), 33,1 (31,0)
Linke 4,9 (6,9), 6,6 (8,3)
Grüne 7,7 (9,5), 9,7 (12,0)
FDP 2,0 (7,5), 5,7 (14,1)
AfD 2,7 (-), 3,9 (-)
Gewählt: Matthias Hauer (CDU)

Wahlkreis 121: Recklinghausen I

Wahlbeteiligung: 70,9
CDU 34,3 (30,7), 33,8 (28,3)
SPD 45,2 (43,1), 39,7 (35,5)
Linke 6,2 (10,5), 6,8 (11,6)
Grüne 5,1 (6,4), 6,4 (8,1)

FDP 2,0 (7,4), 3,4 (11,0)
AfD 3,3 (-), 4,5 (-)
Gewählt: Frank Schwabe (SPD)

Wahlkreis 122: Recklinghausen II

Wahlbeteiligung: 71,8
CDU 36,5 (31,8), 34,7 (29,1)
SPD 45,7 (42,6), 40,1 (36,8)
Linke 5,6 (10,0), 6,3 (10,5)
Grüne 5,0 (6,2), 5,8 (7,4)
FDP 1,6 (7,7), 3,5 (11,0)
AfD (-), 4,0 (-)
Gewählt: Michael Peter Groß (SPD)

Wahlkreis 123: Gelsenkirchen

Wahlbeteiligung: 65,3
CDU 28,6 (26,1), 27,7 (23,2)
SPD 50,5 (54,3), 44,0 (42,0)
Linke 6,1 7,6 (12,1)
Grüne 3,7 (7,6), 5,5 (6,9)
FDP 1,7 (7,0), 3,0 (9,0)
AfD 3,8 (-),4,7 (-)
Gewählt: Joachim Poß (SPD)

Wahlkreis 124: Steinfurt I - Borken I

Wahlbeteiligung: 73,3
CDU 52,0 (44,5), 49,8 (41,6)
SPD 31,9 (30,2), 28,1 (24,5)
Linke 3,8 (5,9), 4,4 (6,5)
Grüne 5,1 (6,2), 6,1 (7,7)
FDP 2,8 (12,4), 5,1 (15,7)
AfD 2,2 (-), 2,8 (-)
Gewählt: Jens Spahn (CDU)

Wahlkreis 125: Bottrop - Recklinghausen III

Wahlbeteiligung: 71,9
CDU 36,5 (32,9), 34,8 (28,7)
SPD 45,8 (42,8), 40,1 (37,1)
Linke 5,4 (9,4), 6,2 (10,6)
Grüne 3,6 (5,7), 5,5 (7,0)
FDP 1,6 (6,6), 3,5 (11,0)
AfD 3,8 (-), 4,1 (-)
Gewählt: Michael Gerdes (SPD)

Wahlkreis 126: Borken II

Wahlbeteiligung: 76,2
CDU 57,4 (54,2), 53,5 (45,8)
SPD 27,1 (25,5), 25,5 (22,1)
Linke 3,0 (4,4), 3,6 (4,9)
Grüne 6,4 (6,6), 6,1 (7,4)
FDP 2,3 (8,6), 5,3 (16,5)
AfD 1,9 (-), 2,7 (-)
Gewählt: Johannes Röring (CDU)

Wahlkreis 127: Coesfeld - Steinfurt II

Wahlbeteiligung: 71,8
CDU 40,1 (35,1), 36,9 (30,3)
SPD 41,5 (39,6), 34,6 (32,0)
Linke 5,4 (7,9), 6,6 (8,9)
Grüne 5,3 (7,4), 4,2 (5,9)
FDP 2,5 (8,7), 5,6 (14,2)
AfD - -, 3,9 (-)
Gewählt: Siegmund Ehrmann (SPD)

Wahlkreis 128: Steinfurt III

Wahlbeteiligung: 75,3
CDU 47,9 (43,3), 43,3 (35,9)
SPD 36,5 (41,3), 33,4 (30,6)
Linke 3,8 (6,4), 4,7 (6,5)
Grüne 5,8 7,6 (9,4)
FDP 1,8 (8,2), 4,7 (14,0)
AfD 1,8 (-), 2,8 (-)
Gewählt: Anja Karliczek (CDU)

Wahlkreis 129: Münster

Wahlbeteiligung: 79,1
CDU 38,8 (39,3), 37,8 (33,7)
SPD 35,4 (32,6), 27,2 (23,7)
Linke 4,3 (4,8), 6,3 (6,7)
Grüne 11,1 (12,8), 15,2 (17,2)
FDP 5,7 (9,9), 6,8 (14,7)
AfD 2,0 (-), 2,9 (-)
Gewählt: Sybille Benning (CDU)

Wahlkreis 130: Warendorf

Wahlbeteiligung: 75,2
CDU 51,3 (49,0), 47,1 (40,6)
SPD 32,0 (32,6), 29,1 (24,4)
Linke 3,5 (7,8), 4,4 (6,4)
Grüne 5,9 7,2, (9,5)
FDP 2,3 (10,6), 5,4 (15,3)
AfD 2,2 (-), 2,9 (-)
Gewählt: Reinhold Sendker

Wahlkreis 131: Gütersloh I

Wahlbeteiligung: 72,3
CDU 50,2 (44,7), 46,3 (39,0)
SPD 33,6 (32,3), 28,7 (25,6)
Linke 4,3 (6,0), 5,0 (6,5)
Grüne 5,4 (7,2), 7,9 (9,6)
FDP 1,9 (9,1), 4,9 (14,8)
AfD 2,5 (-), 3,2 (-)
Gewählt: Ralph Brinkhaus (CDU)

Wahlkreis 132: Bielefeld - Gütersloh II

Wahlbeteiligung: 72,7
CDU 37,3 (36,3), 35,3 (30,4)
SPD 38,1 (34,5), 32,6 (30,0)
Linke 6,9 (7,9), 8,4 (9,6)
Grüne 10,7 (14,0), 11,7 (14,0)
FDP 2,0 (6,1), 3,9 (11,1)
AfD 2,5 (-), 3,4 (-)
Gewählt: Christina Kampmann (SPD)

Wahlkreis 133: Herford - Minden-Lübbecke II

Wahlbeteiligung: 70,9
CDU 40,8 (37,7), 39,4 (32,5)
SPD 41,3 (38,5), 34,9 (32,9)
Linke 5,4 (7,4) 5,8 (7,9)
Grüne 5,1 (6,8), 7,6 (8,7)
FDP 3,5 (9,6), 4,2 (13,5)
AfD - -, 3,6 (-)
Gewählt: Stefan Schwartze (SPD)

Wahlkreis 134: Minden - Lübbecke I

Wahlbeteiligung: 70,5
CDU 46,3 (42,5), 41,1 (35,6)
SPD 40,5 (39,6), 34,4 (32,5)

Linke 4,1 (6,1), 4,9 (7,1)
Grüne 4,1 (5,3), 7,3 (7,9)
FDP 1,9 (6,6), 4,6 (12,4)
AfD - -, 3,6 (-)
Gewählt: Steffen Kampeter (CDU)

Wahlkreis 135: Lippe I

Wahlbeteiligung:73,0
CDU 40,2 (36,9), 39,3 (32,1)
SPD 41,1 (40,2), 35,1 (34,5)
Linke 4,2 (6,7), 5,1 (7,2)
Grüne 5,7 (6,7), 7,3 (8,1)
FDP 2,3 (9,4), 4,6 (13,2)
AfD 2,5 (-), 3,8 (-)
Gewählt: Dirk Becker (SPD)

Wahlkreis 136: Höxter - Lippe II

Wahlbeteiligung: 73,1
CDU 50,0 (46,1), 45,8 (37,7)
SPD 47,1 (43,0), 29,7 (29,0)
Linke 4,1 (5,8), 5,1 (6,6)
Grüne 5,7 (6,4), 6,7 (7,5)
FDP 1,9 (7,8), 4,6 (14,8)
AfD 2,6 (-), 3,6 (-)
Gewählt: Christian Haase (CDU)

Wahlkreis 137: Paderborn-Gütersloh III

Wahlbeteiligung: 71,3
CDU 59,1 (52,1), 51,3 (43,0)
SPD 23,2 (25,3), 23,3 (20,5)
Linke 4,0 (5,5), 5,2 (6,1)
Grüne 6,5 (7,0), 7,2 (8,6)
FDP 1,9 (9,0), 5,0 (16,9)
AfD 2,0, (-), 3,6 (-)
Gewählt: Christian Linnemann (CDU)

Wahlkreis 138: Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I

Wahlbeteiligung: 69,1
CDU 34,1 (33,5), 35,3 (30,3)
SPD 47,1 (43,0), 36,8 (32,9)
Linke 5,7 (8,2), 6,7 (9,7)
Grüne 4,5 (5,9), 6,7 (9,1)
FDP 3,4 (7,6), 4,5 (12,2)
AfD 4,4 (-)
Gewählt: Peter René Röspel (SPD)

Wahlkreis 139: Ennepe-Ruhrkreis II

Wahlbeteiligung: 74,3
CDU 35,8 (30,4), 33,1 (26,7)
SPD 42,3 (40,9), 38,3 (34,8)
Linke 5,1 (8,3), 6,4 (9,4)
Grüne 8,3 (8,7), 9,1 (11,3)
FDP 2,0 (10,0), 4,5 (12,5)
AfD 3,0 (-), 3,9 (-)
Gewählt: Ralf Kapschack (SPD)

Wahlkreis 140: Bochum I

Wahlbeteiligung: 72,8
CDU 35,7 (31,0), 30,6 (24,8)
SPD 44,2 (43,3), 38,6 (36,3)
Linke 5,1 (8,3), 6,4 (9,4)
Grüne 6,8 (8,4), 9,6 (11,9)
FDP 1,4 (5,6), 3,9 (10,8)
AfD - -, 3,8 (-)
Gewählt: Axel Schäfer (SPD)

Wahlkreis 141: Herne - Bochum II

Wahlbeteiligung: 69,3
CDU 30,5 (26,9), 28,2 (22,7)
SPD 48,6 (51,3), 43,8 (40,2)
Linke 7,6 (-) 8,0 (12,8)
Grüne 5,8 (9,9), 6,6 (8,7)
FDP 1,5 (6,8), 2,8 (9,2)
AfD - -, 4,0 (-)
Gewählt: Michelle Münterfering (SPD)

Wahlkreis 142: Dortmund I

Wahlbeteiligung: 69,3
CDU 30,7 (27,5), 29,0 (24,5)
SPD 45,4 (41,2), 38,1 (33,0)
Linke 6,0 (9,7), 7,9 (11,0)
Grüne 7,5 (10,9), 10,7 (13,6)
FDP 2,0 (8,7), 4,1 (12,0)
AfD 3,5 (-), 4,1 (-)
Gewählt: Marco Bülow (SPD)

Wahlkreis 143: Dortmund II

Wahlbeteiligung:66,5
CDU 32,2 (29,1), 29,1 (24,3)
SPD 46,7 (42,4), 40,9 (35,6)
Linke 6,9 (10,6), 7,8 (11,5)
Grüne 6,8 (8,8), 8,3 (11,1)
FDP 1,5 (6,7), 3,8 (11,4)
AfD 4,1 (-)
Gewählt: Sabine Poschmann (SPD)

Wahlkreis 144: Unna I

Wahlbeteiligung: 74,0
CDU 35,8 (32,4), 31,9 (26,2)
SPD 46,7 (42,6), 40,9 (37,6)
Linke 5,3 (8,5), 6,2 (9,4)
Grüne 5,6 (8,7), 7,9 (9,3)
FDP 1,7 (6,4), 4,0 (12,1)
AfD 3,8 (-)
Gewählt: Oliver Kaczmarek (SPD)

Wahlkreis 145: Hamm - Unna II

Wahlbeteiligung: 70,3
CDU 39,3 (32,8), 36,9 (31,8)
SPD 43,2 (43,9), 38,5 (33,4)
Linke 5,6 (7,0), 6,3 (9,6)
Grüne 5,0 (5,4), 6,1 (7,7)
FDP 2,1 (9,1), 3,7 (12,1)
AfD - -, 3,3 (-)
Gewählt: Michael Thews (SPD)

Wahlkreis 146: Soest

Wahlbeteiligung: 72,3
CDU 49,8 (45,8), 44,8 (36,6)
SPD 33,3 (29,2), 30,4 (25,4)
Linke 5,4 (7,0), 5,2 (7,6)
Grüne 6,0 (7,3), 7,0 (8,6)
FDP 2,3 (9,6), 4,9 (16,9)
AfD - -, 3,4 (-)
Gewählt: Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU)

Wahlkreis 147: Hochsauerlandkreis

Wahlbeteiligung: 73,7
CDU 56,1 (51,7), 49,7 (41,9)
SPD 29,9 (26,6), 28,0 (24,4)

Linke 4,1 (6,2), 4,7 (6,7)
Grüne 4,2 (5,3), 4,8 (6,3)
FDP 1,9 (9,1), 5,1 (16,3)
AfD - -, 3,4 (-)
Gewählt: Prof. Dr. Patrick Sensburg (CDU)

Wahlkreis 148: Siegen-Wittgenstein

Wahlbeteiligung: 72,6
CDU 45,8 (41,5), 41,5 (34,8)
SPD 36,5 (39,1), 32,0 (28,9)
Linke 4,5 (7,8), 5,8 (8,0)
Grüne 5,0 6,4 (8,6)
FDP 2,2 (10,0), 4,7 (14,9)
AfD 3,1 (-), 4,9 (-)
Gewählt: Volkmar Klein (CDU)

Wahlkreis 149: Olpe - Märkischer Kreis I

Wahlbeteiligung: 71,4
CDU 51,7 (47,4), 48,0 (39,7)
SPD 32,7 (28,3), 28,2 (24,4)
Grüne 3,4 (5,7), 5,2 (6,9)
FDP 2,4 (10,4), 5,2 (16,7)
Linke 3,8 (6,8), 4,8 (7,2)
AfD 2,6 (-), 4,1 (-)
Gewählt: Dr. Matthias Heider (CDU)

Wahlkreis 150: Märkischer Kreis II

Wahlbeteiligung: 70,4
CDU 41,6 (36,3), 41,5 (35,4)
SPD 41,7 (41,0), 28,3 (28,4)
Grüne 3,1 (4,3), 5,6 (7,3)
FDP 1,9 (8,1), 4,5 (14,2)
Linke 4,8 (7,2), 5,9 (8,6)
AfD 3,3 (-), 5,0 (-)
Gewählt: Dagmar Freitag (SPD)

Gewählte Landeslistenbewerber

CDU
Prof. Dr. Norbert Lammert, ; Ingrid Mari-
anne Fischbach; Peter Hintze; Marie-Luise
Dött; Oliver Wütke; Dr. Ralf Wolfgang
Brauksiepe; Philipp Mißfelder; Cajus Julius
Caesar; Lena Strothmann; Hubert Wilhelm
Hüppe; Steffen Kanitz; Gisela Mandlera;
Cemile Giousouf; Sven Volmering; Dr.
Claudia Maria Lücking-Michel; Christel
Hedwig Ernestine Voßbeck-Kayser; Dr. Tim
Ostermann; Astrid Timmermann-Fechter;
Thomas Mahlberg; Kerstin Radomski; Syl-
via Sabine Jörrißen; Helmut Fedor Nowak;
Karsten Möring; Jutta Eckenbach; Heinrich
Zertik; Rita Stockhofe

SPD

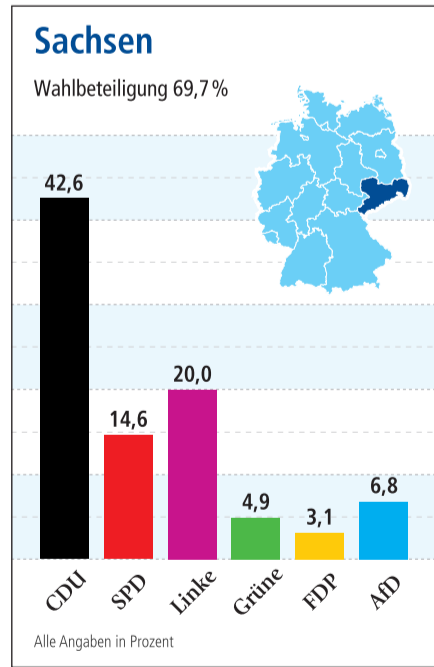
Peer Steinbrück; Dr. Barbara Hendricks; Willi
Brase; Petra Crone; Dietmar Heinrich Nietan;
Ingrid Arndt-Brauer; Udo Schiefner; Kerstin
Griese; Achim Post; Ulla Schmidt; Christoph
Strässer; Gülüstan Yüksel; Wolfgang Hellmich;
Ursula Schulte; Sebastian Hartmann; Bern-
hard Daldrup; Michaela Barbara Engelmeier-
Heite; Andreas Rimkus; Dr. Hans-Ulrich
Krüger; Norbert Spinrath; Dirk Wiese; Petra
Hinz; Ulrich Hampel; Helga Kühn-Mengel;
Burkhard Bliener

Grüne

Bärbel Höhn; Volker Beck; Britta Häfel-
mann; Dr. Frithjof Schmidt; Katja Dörner;
Oliver Krischer; Irene Mihalic; Markus Kurth;
Katharina Dröge; Kai Boris Gehring; Maria
Anna Klein-Schmeink; Friedrich Ostendorff;
Ursula Schauws

Die Linke

Dr. Sahra Wagenknecht; Matthias W.
Birkwald; Ursula Jelpke; Andrej Konstantin
Hunko; Sevim Dagdelen; Niema Movassat;
Kathrin Vogler; Hubertus Josef Zdebel; Inge
Dora Minna Höger; Alexander Soranto Neu



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (Ergebnis von 2009), Zweitstimmen (Ergebnis von 2009), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 151: Nordsachsen

Wahlbeteiligung: 66,5
CDU 45,6 (40,9), 44,9 (35,6)
SPD 20,4 (14,7), 15,4 (15,7)
Linke 21,8 (25,7), 20,6 (25,7)
Grüne 3,1 (4,0), 2,9 (4,4)
FDP 2,1 (9,8), 2,6 (12,7)
AfD - -, 6,1 (-)
Gewählt: Marian Wendt (CDU)

Wahlkreis 152: Leipzig I

Wahlbeteiligung: 65,8
CDU 40,0 (33,3), 36,9 (30,0)
SPD 21,6 (19,4), 18,5 (18,0)
Linke 23,4 (26,6), 21,3 (25,5)
Grüne 5,6 (6,9), 6,9 (8,9)
FDP 1,7 (9,2), 2,9

CDU 44,4 (36,7), 38,7 (31,1)
 SPD 35,5 (34,3), 29,7 (27,3)
 Grüne 7,3 (8,8), 9,7 (11,8)
 FDP 3,0 (11,0), 4,9 (15,7)
 Linke 5,1 (7,0), 6,5 (9,0)
 AfD - -, 4,9 (-)
 Gewählt: Dr. Helge Reinhold Braun (CDU)

Wahlkreis 174: Fulda
 Wahlbeteiligung: 73,4
 CDU 58,3 (50,7), 51,1 (41,7)
 SPD 25,0 (23,3), 22,1 (19,6)
 Linke 4,6 (6,7), 4,6 (7,6)
 Grüne 5,4 (7,4), 6,7 (8,6)
 FDP 2,4 (10,0), 4,9 (17,7)
 AfD - -, 5,8 (-)
 Gewählt: Michael Brand (CDU)

Wahlkreis 175: Main-Kinzig - Wetterau II - Schotten
 Wahlbeteiligung: 72,6
 CDU 48,8 (40,9), 41,2 (33,8)
 SPD 32,4 (32,3), 27,8 (24,7)
 Linke 5,3 (7,1), 5,5 (8,4)
 Grüne 5,4 (6,2), 7,7 (9,5)
 FDP 2,3 (9,5), 5,1 (17,1)
 AfD - -, 6,4 (-)
 Gewählt: Dr. Peter Michael Tauber (CDU)

Wahlkreis 176: Hochtaunus
 Wahlbeteiligung: 76,8
 CDU 48,8 (45,2), 43,0 (35,9)
 SPD 28,1 (25,4), 24,7 (21,4)
 Linke 4,0 (5,4), 4,6 (6,6)
 Grüne 7,3 (9,4), 9,3 (11,4)
 FDP 3,6 (11,7), 7,6 (20,1)
 AfD 5,7 (-), 6,9 (-)
 Gewählt: Markus Benjamin Koob (CDU)

Wahlkreis 177: Wetterau I
 Wahlbeteiligung: 75,1
 CDU 47,1 (41,4), 40,9 (33,6)
 SPD 31,9 (32,9), 27,3 (24,6)
 Linke 4,8 (5,8), 5,2 (7,2)
 Grüne 7,4 (7,3), 9,4 (11,4)
 FDP 2,8 (9,1), 5,9 (17,9)
 AfD - -, 5,9 (-)
 Gewählt: Oswin Veith (CDU)

Wahlkreis 178: Rheingau-Taunus - Limburg
 Wahlbeteiligung: 75,1
 CDU 52,1 (46,1), 45,5 (37,2)
 SPD 29,1 (27,7), 25,1 (22,2)
 Linke 3,9 (5,6), 4,5 (6,6)
 Grüne 5,6 (8,1), 8,6 (10,5)
 FDP 2,3 (10,7), 6,3 (18,7)
 AfD 4,3 (-), 5,8 (-)
 Gewählt: Klaus-Peter Willisch (CDU)

Wahlkreis 179: Wiesbaden
 Wahlbeteiligung: 69,8
 CDU 43,6 (40,8), 38,7 (31,1)
 SPD 35,0 (32,6), 27,8 (23,5)
 Linke 4,7 (6,9), 5,9 (8,6)
 Grüne 7,5 (8,4), 11,7 (14,1)
 FDP 2,5 (9,4), 6,8 (17,7)
 AfD 4,0 (-), 5,0 (-)
 Gewählt: Dr. Kristina Schröder (CDU)

Wahlkreis 180: Hanau
 Wahlbeteiligung: 72,7
 CDU 44,3 (38,4), 39,2 (31,6)
 SPD 36,4 (34,7), 28,6 (24,7)
 Linke 5,7 (7,1), 6,1 (9,0)
 Grüne 5,8 (6,8), 9,0 (11,1)
 FDP 2,5 (8,7), 5,3 (17,4)
 AfD - -, 5,9, (-)
 Gewählt: Dr. Katja Isabel Leikert (CDU)

Wahlkreis 181: Main-Taunus
 Wahlbeteiligung: 78,9
 CDU 44,3 (38,4), 39,2 (31,6)
 SPD 36,4 (34,7), 28,6 (24,7)
 Linke 5,7 (7,1), 6,1 (9,0)
 Grüne 5,8 (6,8), 9,0 (11,1)
 FDP 2,5 (8,7), 5,3 (17,4)
 AfD - -, 5,9 (-)
 Gewählt: Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (CDU)

Wahlkreis 182: Frankfurt am Main I
 Wahlbeteiligung: 68,3
 CDU 40,2 (35,2), 33,5 (27,6)
 SPD 33,0 (30,1), 26,8 (22,3)
 Linke 7,9 (9,2), 8,9 (11,2)
 Grüne 9,9 (12,1), 13,3 (15,8)
 FDP 3,2 (9,9), 7,0 (17,5)
 AfD - -, 5,3 (-)
 Gewählt: Prof. Dr. Matthias Rainer Zimmer (CDU)

Wahlkreis 183: Frankfurt am Main II
 Wahlbeteiligung: 72,9
 CDU 36,3 (35,8), 33,9 (27,9)
 SPD 30,4 (29,3), 26,3 (21,5)
 Linke 6,1 (7,8), 8,1 (10,0)
 Grüne 13,5 (15,2), 15,4 (18,3)
 FDP 3,5 (9,3), 7,0 (17,5)
 AfD 3,3 (-), 4,9 (-)
 Gewählt: Erika Steinbach (CDU)

Wahlkreis 184: Groß-Gerau
 Wahlbeteiligung: 73,2
 CDU 42,2 (36,3), 36,7 (29,9)
 SPD 38,1 (36,0), 30,5 (28,0)
 Linke 6,2 (7,6), 6,2 (8,9)
 Grüne 7,7 (9,7), 10,6 (12,5)
 FDP 2,0 (8,1), 4,7 (14,9)
 AfD - -, 5,8 (-)
 Gewählt: Dr. Franz Josef Friedrich Jung (CDU)

Wahlkreis 185: Offenbach
 Wahlbeteiligung: 73,4
 CDU 45,5 (40,2), 38,9 (31,9)
 SPD 31,3 (28,8), 26,1 (22,2)
 Linke 6,2 (7,5), 6,6 (8,9)
 Grüne 8,2 (9,8), 10,7 (12,8)
 FDP 2,8 (10,2), 6,4 (18,4)
 AfD - -, 5,8 (-)
 Gewählt: Heinz Peter Wichtel (CDU)

Wahlkreis 186: Darmstadt
 Wahlbeteiligung: 75,3
 CDU 35,9 (35,0), 34,9 (28,8)
 SPD 37,3 (35,0), 28,5 (25,1)
 Linke 5,2 (6,5), 6,7 (8,6)
 Grüne 11,7 (12,1), 14,2 (17,1)
 FDP 2,4 (7,8), 5,1 (15,3)
 AfD 3,8 (-), 5,2 (-)
 Gewählt: Brigitte Zypries (SPD)

Wahlkreis 187: Odenwald
 Wahlbeteiligung: 75,6
 CDU 46,9 (40,4), 40,6 (33,0)
 SPD 33,6 (29,6), 28,3 (24,9)
 Linke 5,0 (6,8), 5,5 (7,8)
 Grüne 6,9 (9,5), 9,1 (11,3)
 FDP 2,7 (10,7), 5,2 (17,3)
 AfD - -, 5,7 (-)
 Gewählt: Patricia Lips (CDU)

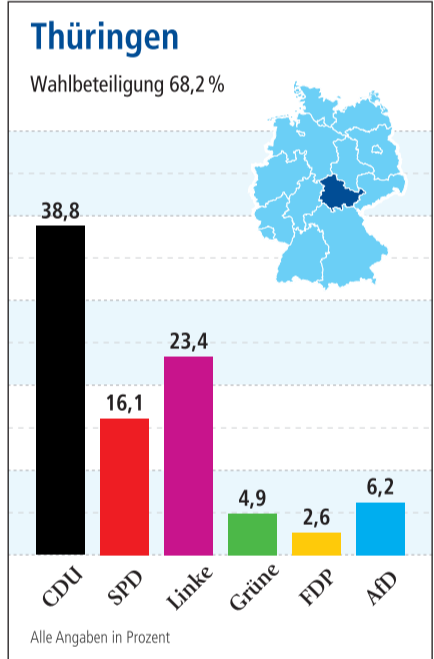
Wahlkreis 188: Bergstraße
 Wahlbeteiligung: 74,2
 CDU 48,3 (44,4), 42,4 (34,5)
 SPD 31,8 (30,9), 27,6 (24,6)
 Linke 3,9 (6,3), 4,9 (7,5)
 Grüne 5,7 (7,8), 8,7 (10,8)
 FDP 1,9 (8,9), 5,5 (17,3)
 AfD 4,2 (-), 5,6 (-)
 Gewählt: Dr. Michael Günther Meister (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber
 CDU:
 Bernd Siebert; Dr. Stefan Heck; Helmut Heiderich; Karl-Heinz (Charles M.) Huber;

SPD:
 Christine Lambrecht; Rüdiger Veit; Gerold Rudolf Reichenbach; Dagmar Schmidt; Ulrike Nissen; Dr. Sascha Raabe; Martin Hermann Rabanus; Bettina Müller;

Grüne:
 Priska Margarete Hinz; Omid Nouripour; Nicole Christa Maisch; Thomas Koenigs; Kordula Anna Paula Schulz-Asche;

Linke:
 Sabine Ingeborg Leidig; Wolfgang Gehrcke-Reymann; Christine Buchholz



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (Ergebnis von 2009), Zweitstimmen (Ergebnis von 2009), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 189: Eichsfeld - Nordhausen - Unstrut-Hainich-Kreis I
 Wahlbeteiligung: 68,2
 CDU 49,8 (43,0), 44,8 (38,5)
 SPD 16,5 (17,0), 5,3 (16,6)
 Linke 19,8 (24,5), 19,9 (24,0)
 Grüne 3,1 (4,1), 4,0 (4,8)
 FDP 1,4 (7,4), 2,8 (10,7)
 AfD - -, 5,3 (-)
 Gewählt: Manfred Grund (CDU)

Wahlkreis 190: Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II
 Wahlbeteiligung: 67,4
 CDU 43,3 (34,8), 40,2 (32,6)
 SPD 18,5 (22,6), 17,0 (18,5)
 Linke 23,7 (27,6), 22,5 (28,3)
 Grüne 3,2 (3,8), 4,0 (5,0)
 FDP 1,5 (6,4), 2,4 (9,2)
 AfD - -, 4,9 (-)
 Gewählt: Christian Hirte (CDU)

Wahlkreis 191: Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Weimarer Land
 Wahlbeteiligung: 66,9
 CDU 43,3 (33,8), 39,1 (31,5)
 SPD 17,1 (18,1), 15,4 (17,2)
 Linke 26,5 (31,4), 24,5 (30,1)
 Grüne 3,1 (4,6), 3,8 (4,8)
 FDP 1,8 (7,8), 2,9 (10,0)
 AfD - -, 5,7 (-)
 Gewählt: Johannes Selle (CDU)

Wahlkreis 192: Gotha - Ilm-Kreis
 Wahlbeteiligung: 68,7
 CDU 37,3 (29,1), 38,2 (30,8)
 SPD 25,0 (26,9), 17,1 (19,6)
 Linke 20,1 (26,1), 22,1 (27,7)
 Grüne 3,0 (5,4), 4,6 (5,5)
 FDP 1,4 (7,3), 2,4 (9,0)
 AfD 5,8 (-), 7,4 (-)
 Gewählt: Tankred Schipanski (CDU)

Wahlkreis 193: Erfurt - Weimar - Weimarer Land II
 Wahlbeteiligung: 69,8
 CDU 37,1 (30,8), 34,5 (27,9)

SPD 23,9 (22,4), 17,6 (18,0)
 Linke 23,4 (28,8), 23,0 (27,9)
 Grüne 6,0 (8,1), 8,5 (10,4)
 FDP 1,2 (6,0), 2,6 (9,0)
 AfD - -, 6,1 (-)
 Gewählt: Antje Tillmann (CDU)

Wahlkreis 194: Gera - Jena - Sale-Holzland-Kreis
 Wahlbeteiligung: 70,5
 CDU 36,1 (28,7), 34,8 (27,6)
 SPD 18,3 (21,3), 15,9 (17,2)
 Linke 27,0 (30,4), 25,6 (29,9)
 Grüne 4,7 (7,1), 6,9 (8,1)
 FDP 1,7 (9,7), 2,8 (10,3)
 AfD 5,5 (-), 6,6 (-)
 Gewählt: Albert Hemut Weiler (CDU)

Wahlkreis 195: Greiz - Altenburger Land
 Wahlbeteiligung: 68,0
 CDU 44,9 (37,4), 41,8 (32,8)
 SPD 14,0 (17,6), 14,3 (16,5)
 Linke 24,3 (29,3), 23,0 (28,6)
 Grüne 2,8 (3,6), 3,4 (4,3)
 FDP 1,6 (8,0), 2,7 (10,9)
 AfD 6,0 (-), 7,5 (-)
 Gewählt: Volkmar Vogel (CDU)

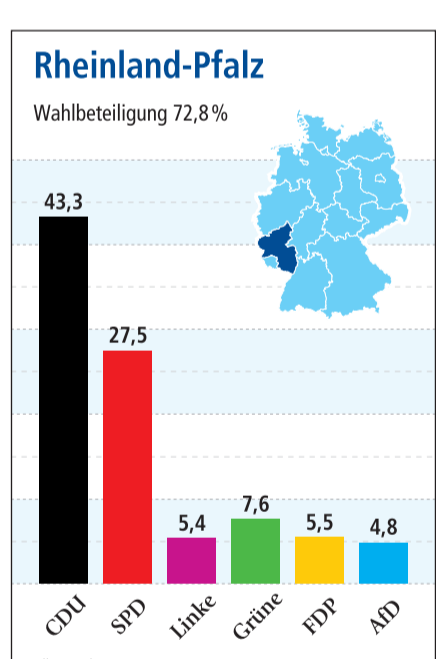
Wahlkreis 196: Sonneberg - Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Orla-Kreis
 Wahlbeteiligung: 67,3
 CDU 41,1 (31,9), 37,9 (30,4)
 SPD 19,8 (19,0), 15,9 (17,0)
 Linke 26,4 (31,2), 24,8 (30,9)
 Grünen 3,9 (3,9), 3,8 (4,5)
 FDP 2,3 (8,5), 2,5 (9,8)
 AfD - -, 6,8 (-)
 Gewählt: Carola Stauche (CDU)

Wahlkreis 197: Suhl - Schmalkalden-Meiningen-Hildburghausen
 Wahlbeteiligung: 66,7
 CDU 42,0 (30,8), 39,7 (29,7)
 SPD 18,3 (21,0), 16,3 (17,6)
 Linke 27,3 (32,2), 25,0 (31,7)
 Grüne 2,9 (4,6), 4,0 (5,2)
 FDP 1,4 (8,0), 2,4 (9,4)
 AfD - -, 5,1 (-)
 Gewählt: Mark Hauptmann (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber
 Linke:
 Kersten Steinke; Ralph Lenkert; Martina Erika Renner; Frank Tempel; Sigrid Hupach

SPD:
 Carsten Schneider; Iris Gleicke; Steffen-Claudi Lemme

Grüne:
 Katrin Dagmar Göring-Eckardt



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (Ergebnis von 2009), Zweitstimmen (Ergebnis von 2009), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 198: Neuwied
 Wahlbeteiligung: 72,2
 CDU 46,9 (39,2), 45,6 (36,0)
 SPD 37,3 (36,4), 28,6 (24,9)
 SPD 18,5 (22,6), 17,0 (18,5)
 Linke 23,7 (27,6), 22,5 (28,3)
 Grüne 3,2 (3,8), 4,0 (5,0)
 FDP 1,5 (6,4), 2,4 (9,2)
 AfD - -, 4,9 (-)
 Gewählt: Erwin Rüdell (CDU)

Wahlkreis 199: Ahrweiler
 Wahlbeteiligung: 73,1
 CDU 55,5 (45,5), 48,8 (39,9)
 SPD 28,0 (24,9), 24,6 (21,1)
 Linke 4,5 (6,1), 4,7 (7,4)
 Grüne 5,6 (7,4), 6,6 (8,5)
 FDP 2,4 (15,0), 5,6 (18,9)
 AfD - -, 5,2 (-)
 Gewählt: Mechthild Heil (CDU)

Wahlkreis 200: Koblenz
 Wahlbeteiligung: 72,1
 CDU 48,0 (44,1), 45,0 (36,0)
 SPD 30,8 (28,1), 27,1 (23,8)
 Linke 4,9 (7,3), 5,2 (8,2)
 Grüne 8,0 (9,7), 7,7 (10,1)
 FDP 2,7 (9,6), 5,4 (17,4)
 AfD - -, 4,7 (-)
 Gewählt: Dr. Michael Fuchs (CDU)

Wahlkreis 201: Mosel/Rhein-Hunsrück
 Wahlbeteiligung: 73,7
 CDU 53,6 (47,7), 49,4 (39,4)
 SPD 27,9 (23,8), 24,6 (20,8)
 Linke 4,5 (7,2), 4,8 (8,3)
 Grüne 4,0 (7,7), 5,7 (8,1)

FDP 3,2 (12,5), 6,3 (19,0)
 AfD - -, 4,2 (-)
 Gewählt: Peter Bleser (CDU)

Wahlkreis 202: Kreuznach
 Wahlbeteiligung: 70,6
 CDU 41,4 (47,0), 41,1 (33,1)
 SPD 37,6 (28,7), 31,4 (26,8)
 Linke 5,2 (8,9), 5,8 (10,9)
 Grüne 4,4 (6,7), 6,3 (8,5)
 FDP 2,9 (6,7), 5,6 (16,2)
 AfD - -, 4,7 (-)
 Gewählt: Antje Lezius (CDU)

Wahlkreis 203: Bitburg
 Wahlbeteiligung: 71,7
 CDU 56,0 (46,1), 52,2 (41,0)
 SPD 26,3 (24,1), 22,3 (19,1)
 Linke 3,3 (6,9), 4,4 (8,2)
 SPD 4,9 (8,0), 6,1 (8,4)
 FDP 3,2 (13,9), 6,1 (19,1)
 AfD - -, 3,6 (-)
 Gewählt: Patrick Schnieder (CDU)

Wahlkreis 204: Trier
 Wahlbeteiligung: 72,8
 CDU 48,8 (45,8), 44,0 (37,0)
 SPD 31,1 (25,9), 26,3 (22,3)
 Linke 5,5 (8,6), 6,3 (9,6)
 Grüne 6,9 (10,4), 9,5 (12,1)
 FDP 1,9 (8,4), 4,9 (15,0)
 AfD - -, 4,1 (-)
 Gewählt: Bernhard Kastner (CDU)

Wahlkreis 205: Montabaur
 Wahlbeteiligung: 73,5
 CDU 49,4 (43,2), 45,2 (35,0)
 SPD 31,0 (29,4), 27,8 (23,8)
 Linke 4,8 (7,9), 5,1 (8,7)
 Grüne 5,9 (7,1), 6,3 (8,6)
 FDP 2,4 (10,9), 5,2 (18,5)
 AfD - -, 5,1 (-)
 Gewählt: Dr. Andreas Nick (CDU)

Wahlkreis 206: Mainz
 Wahlbeteiligung: 76,5
 CDU 40,1 (36,3), 38,4 (32,8)
 SPD 34,9 (30,6), 26,7 (23,0)
 Linke 4,3 (5,7), 5,5 (7,7)
 Grüne 10,0 (12,6), 13,1 (15,8)
 FDP 5,0 (11,8), 6,6 (15,4)
 AfD - -, 4,6 (-)
 Gewählt: Ursula Groiden-Kranich (CDU)

Wahlkreis 207: Worms
 Wahlbeteiligung: 73,7
 CDU 42,0 (36,0), 39,4 (32,4)
 SPD 37,0 (37,6), 29,8 (27,1)
 Linke 3,7 (7,1), 5,1 (8,4)
 Grüne 5,6 (7,3), 8,4 (10,1)
 FDP 2,5 (9,7), 5,9 (15,7)
 AfD 4,3 (-), 5,6 (-)
 Gewählt: Jan Metzler (CDU)

Wahlkreis 208: Ludwigshafen/Frankenthal
 Wahlbeteiligung: 71,4
 CDU 43,3 (38,4), 39,0 (32,4)
 SPD 35,6 (32,4), 29,5 (26,8)
 Linke 4,9 (8,6), 5,6 (10,3)
 Grüne 4,8 (6,2), 7,2 (8,6)
 FDP 2,5 (8,6), 5,2 (14,9)
 AfD - -, 6,0 (-)
 Gewählt: Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU)

Wahlkreis 209: Neustadt - Speyer
 Wahlbeteiligung: 75,0
 CDU 47,9 (44,6), 43,7 (36,0)
 SPD 28,6 (25,2), 25,8 (22,4)
 Linke 4,5 (7,8), 4,8 (8,4)
 Grüne 8,1 (8,6), 8,5 (10,2)
 FDP 2,7 (9,3), 5,7 (16,7)
 AfD - -, 4,9 (-)
 Gewählt: Norbert Schindler (CDU)

Wahlkreis 210: Kaiserslautern
 Wahlbeteiligung: 70,2
 CDU 37,2 (32,8), 35,9 (28,2)
 SPD 38,5 (34,6), 32,7 (27,7)
 Linke 7,4 (13,9), 7,6 (14,2)
 Grüne 5,3 (6,8), 7,1 (8,7)
 FDP 2,3 (9,2), 4,6 (14,3)
 AfD - -, 4,4 (-)
 Gewählt: Gustav Herzog (SPD)

Wahlkreis 211: Pirmasens
 Wahlbeteiligung: 71,3
 CDU 45,9 (39,4), 42,7 (34,5)
 SPD 32,2 (27,1), 28,0 (22,7)
 Linke 6,0 (12,6), 6,5 (13,3)
 Grüne 4,1 (7,0), 4,7 (6,7)
 FDP 2,8 (11,1), 5,1 (15,3)
 AfD - -, 4,3 (-)
 Gewählt: Anita Schäfer (CDU)

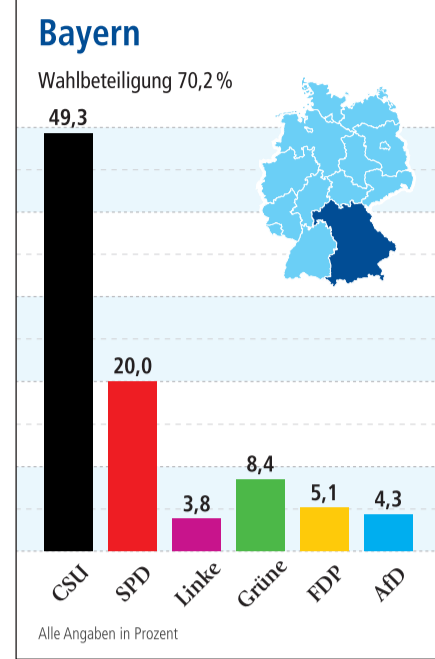
Wahlkreis 212: Südpfalz
 Wahlbeteiligung: 73,4
 CDU 48,8 (40,7), 42,7 (34,3)
 SPD 28,0 (27,7), 26,0 (22,7)
 Linke 4,1 (7,2), 4,8 (8,6)
 Grüne 7,1 (8,3), 8,5 (10,2)
 FDP 4,0 (12,7), 6,2 (17,1)
 AfD - -, 4,9 (-)
 Gewählt: Dr. Thomas Gebhardt (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber
 CDU:
 Xaver Jung; Johannes Eberhard Steiniger

SPD:
 Andrea Nahles; Sabine Bätzing-Lichtenthaler; Michael Hartmann; Doris Barnett; Thomas Hitschler; Dr. Katarina Barley; Detlev Pilger; Gabi Weber; Marcus Held

Grüne:
 Tabea Rößner; Dr. Tobias Lindner; Corinna Ruffer

Linke:
 Alexander Ulrich; Katrin Werner



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (Ergebnis von 2009), Zweitstimmen (Ergebnis von 2009), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 213: Altötting
 Wahlbeteiligung: 67,0
 CDU 65,8 (60,7), 58,6 (51,9)
 SPD 14,4 (15,1), 15,1 (13,3)
 Linke 2,6 (4,8), 2,9 (5,1)
 Grüne 5,4 (7,7), 5,8 (8,0)
 FDP 2,1 (8,6), 3,9 (12,6)
 AfD 3,3 (-), 4,1 (-)
 Gewählt: Stephan Ernst Johann Mayer (CSU)

Wahlkreis 214: Erding - Ebersberg
 Wahlbeteiligung: 75,3
 CDU 55,4 (48,9), 51,1 (43,9)
 SPD 19,1 (17,7), 16,6 (13,7)
 Linke 2,6 (4,4), 2,9 (4,5)
 Grüne 8,0 (12,7), 8,8 (12,5)
 FDP 2,2 (11,9), 5,1 (15,9)
 AfD 4,5 (-), 5,1 (-)
 Gewählt: Dr. Andreas Lenz (CSU)

Wahlkreis 215: Freising
 Wahlbeteiligung: 72,00
 CDU 52,9 (47,0), 51,0 (44,7)
 SPD 17,6 (14,2), 16,3 (13,4)
 Linke 2,9 (5,6), 3,3 (5,5)
 Grüne 11,8 (17,0), 9,3 (12,4)
 FDP 2,2 (11,9), 4,7 (14,7)
 AfD 3,8 (-), 4,8 (-)
 Gewählt: Erich Irlstorfer (CSU)

Wahlkreis 216: Fürstenfeldbruck
 Wahlbeteiligung: 75,0
 CDU 55,6 (48,9), 50,5 (42,7)
 SPD 20,1 (19,0), 18,5 (15,7)
 Linke 2,7 (3,9), 3,0 (4,7)
 Grüne 7,8 (10,8), 8,9 (12,5)
 FDP 2,2 (11,2), 5,0 (16,1)
 AfD 4,6 (-), 5,2 (-)
 Gewählt: Gerda Hasselfeldt (CSU)

Wahlkreis 217: Ingolstadt
 Wahlbeteiligung: 68,6
 CDU 61,5 (57,2), 55,9 (49,6)
 SPD 16,5 (15,5), 17,3 (15,4)
 Linke 3,9 (6,3), 3,6 (6,1)
 Grüne 6,5 (8,2), 6,2 (8,2)
 FDP 2,0 (8,1), 4,3 (12,3)
 AfD 2,8 (-), 3,5 (-)
 Gewählt: Dr. Rein

Grüne 3,9 (4,9), 4,3 (6,6)
 FDP 1,5 (7,1), 3,4 (11,7)
 AfD 2,4 (-), 3,6 (-)
 Gewählt: Albert Rupprecht (CSU)

Wahlkreis 236: Bamberg
 Wahlbeteiligung: 70,6
 CSU 52,2 (49,1), 48,9 (44,9)
 SPD 22,9 (20,4), 19,8 (15,3)
 Linke 3,5 (6,0), 4,1 (6,5)
 Grüne 8,2 (9,2), 8,9 (10,6)
 FDP 3,4 (10,7), 4,8 (13,7)
 AfD 3,4 (-), 4,1 (-)
 Gewählt: Thomas Silberhorn (CSU)

Wahlkreis 237: Bayreuth
 Wahlbeteiligung: 70,6
 CSU 55,9 (50,9), 49,5 (44,0)
 SPD 25,6 (20,7), 23,2 (18,9)
 Linke 2,8 (5,5), 3,3 (5,9)
 Grüne 6,3 (11,3), 6,8 (9,4)
 FDP 2,7 (8,6), 4,8 (13,8)
 AfD 3,1 (-), 3,8 (-)
 Gewählt: Hartmut Koschyk (CSU)

Wahlkreis 238: Coburg
 Wahlbeteiligung: 70,0
 CSU 50,1 (48,4), 46,7 (43,0)
 SPD 32,4 (25,3), 27,8 (23,5)
 Linke 3,3 (6,6), 4,0 %(7,1)
 Grüne 3,9 (8,2), 5,7 (7,6)
 FDP 1,7 (7,7), 4,1 (11,7)
 AfD 2,8 (-), 4,3 (-)
 Gewählt: Dr. h.c. Hans Michelbach

Wahlkreis 239: Hof
 Wahlbeteiligung: 68,1
 CSU 55,1 (46,5), 46,9 (41,5)
 SPD 28,6 (27,2), 26,7 (23,5)
 Linke 4,5 (8,1), 4,8 (8,5)
 Grüne 5,5 (7,5), 5,4 (7,0)
 FDP 1,3 (7,7), 3,8 (11,3)
 AfD 3,5 (-), 4,3 (-)
 Gewählt: Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU)

Wahlkreis 240: Kulmbach
 Wahlbeteiligung: 70,9
 CSU 56,9 (68,1), 52,3 (49,5)
 SPD 22,8 (14,7), 21,5 (17,2)
 Linke 3,0 (5,2), 3,6 (6,3)
 Grüne 4,0 (4,7), 5,3 (6,9)
 FDP 1,6 (3,8), 3,7 (11,4)
 AfD 3,2 (-), 4,0 (-)
 Gewählt: Emmi Zeulner (CSU)

Wahlkreis 241: Ansbach
 Wahlbeteiligung: 68,6
 CSU 53,3 (47,4), 47,6 (40,1)
 SPD 23,3 (21,9), 22,2 (19,3)
 Linke 3,8 (5,4), 3,9 (7,2)
 Grüne 5,9 (8,3), 8,3 (10,2)
 FDP 4,5 (10,2), 4,6 (13,7)
 AfD - -, 3,6 (-)
 Gewählt: Josef Göppel (CSU)

Wahlkreis 242: Erlangen
 Wahlbeteiligung: 75,3
 CSU 48,5 (45,1), 41,7 (36,0)
 SPD 26,3 (24,0), 24,3 (21,0)
 Linke 4,2 (6,2), 4,4 (6,5)
 Grüne 8,9 (11,2), 11,5 (13,4)
 FDP 2,2 (9,5), 5,5 (14,9)
 AfD 3,3 (-), 4,2 (-)
 Gewählt: Stefan Müller (CSU)

Wahlkreis 243: Fürth
 Wahlbeteiligung: 70,5
 CSU 49,2 (43,3), 42,8 (35,6)
 SPD 27,1 (25,1), 25,2 (21,3)
 Linke 4,3 (7,8), 5,0 (8,2)
 Grüne 8,2 (9,6), 9,1 (11,4)
 FDP 1,8 (8,7), 4,7 (14,0)
 AfD 3,2 (-), 4,4 (-)
 Gewählt: Christian Schmidt (CSU)

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord
 Wahlbeteiligung: 68,7
 CSU 39,4 (36,6), 34,8 (29,9)
 SPD 31,7 (30,9), 26,8 (22,2)
 Linke 6,2 (8,2), 7,1 (9,4)
 Grüne 10,1 (11,3), 13,2 (15,6)
 FDP 2,7 (8,0), 5,4 (13,8)
 AfD 3,4 (-), 4,5 (-)
 Gewählt: Dagmar Gabriele Wöhrl (CSU)

Wahlkreis 245: Nürnberg-Süd
 Wahlbeteiligung: 65,5
 CSU 44,3 (38,6), 40,5 (34,6)
 SPD 32,3 (30,2), 28,5 (24,9)
 Linke 5,0 (8,8), 5,8 (9,5)
 Grüne 6,8 (8,2), 8,1 (9,9)
 FDP 1,8 (8,5), 4,2 (11,8)
 AfD 3,7 (-), 4,8 (-)
 Gewählt: Michael Edwin Frieser (CSU)

Wahlkreis 246: Roth
 Wahlbeteiligung: 74,8
 CSU 50,6 (44,6), 45,5 (38,2)
 SPD 27,6 (24,0), 24,5 21,4
 Linke 3,6 (5,7), 3,8 (6,6)
 Grüne 6,7 (9,8), 8,5 (11,5)
 FDP 3,2 (11,1), 4,5 (13,7)
 AfD - -, 3,9 (-)
 Gewählt: Marlene Mortler (CSU)

Wahlkreis 247: Aschaffenburg
 Wahlbeteiligung: 71,6
 CSU 52,4 (42,7), 47,7 (40,1)
 SPD 25,1 (19,0), 22,0 (17,5)
 Linke 2,8 (6,1), 3,6 (6,7)
 Grüne 8,0 (17,2), 8,6 (11,4)
 FDP 3,3 (11,5), 5,4 (15,7)
 AfD - -, 4,1 (-)
 Gewählt: Andrea Lindholz (CSU)

Wahlkreis 248: Bad Kissingen
 Wahlbeteiligung: 71,4
 CSU 57,9 (53,7), 53,9 (47,3)

SPD 19,9 (17,9), 18,2 (14,8)
 Linke 4,5 (8,2), 4,5 (8,6)
 Grüne 7,9 (9,2), 6,4 (7,8)
 FDP 2,9 (8,5), 4,8 (13,9)
 AfD - -, 3,2 (-)
 Gewählt: Dorothee Bär (CSU)

Wahlkreis 249: Main-Spessart
 Wahlbeteiligung: 72,7
 CSU 51,7 (52,4), 49,5 (43,7)
 SPD 23,3 (19,9), 21,6 (17,8)
 Linke 3,1 (6,1), 3,4 (6,4)
 Grüne 6,2 (9,5), 7,1 (9,8)
 FDP 2,6 (8,9), 4,5 (14,0)
 AfD 3,3 (-), 3,9 (-)
 Gewählt: Alexander Hoffmann (CSU)

Wahlkreis 250: Schweinfurt
 Wahlbeteiligung: 71,0
 CSU 54,8 (46,4), 51,0 (43,2)
 SPD 23,1 (19,4), 20,6 (17,2)
 Linke 5,4 (10,4), 5,0 (9,2)
 Grüne 5,8 (10,2), 7,1 (9,1)
 FDP 2,1 (9,6), 4,2 % (13,0)
 AfD - -, 3,3 (-)
 Gewählt: Anja Weisgerber (CSU)

Wahlkreis 251: Würzburg
 Wahlbeteiligung: 73,9
 CSU 48,9 (44,0), 44,9 (38,8)
 SPD 25,5 (23,3), 22,5 (18,7)
 Linke 3,3 (5,6), 4,0 (6,3)
 Grünen 10,0 (13,1), 11,7 (14,4)
 FDP 3,2 (10,1), 5,1 (13,8)
 AfD 2,9 (-), 3,9 (-)
 Gewählt: Paul Lehrieder (CSU)

Wahlkreis 252: Augsburg-Stadt
 Wahlbeteiligung: 64,2
 CSU 44,4 (42,2), 43,6 (38,5)
 SPD 25,1 (19,6), 22,2 (18,6)
 Linke 4,9 (6,9), 5,6 (7,9)
 Grüne 11,0 (14,7), 10,5 (12,6)
 FDP 3,4 (10,9), 4,7 (13,1)
 AfD 4,8 (-), 5,4 (-)
 Gewählt: Dr. Volker Ullrich (CSU)

Wahlkreis 253: Augsburg-Land
 Wahlbeteiligung: 72,5
 CSU 60,6 (53,0), 53,7 (45,8)
 SPD 17,7 (15,7), 17,2 (14,5)
 Linke 3,0 (4,7), 3,2 (5,4)
 Grüne 6,9 (8,6), 7,3 (9,4)
 FDP 2,3 (11,5), 4,6 (15,7)
 AfD 4,5 (-), 5,1 (-)
 Gewählt: Hansjörg Durz (CSU)

Wahlkreis 254: Donau-Ries
 Wahlbeteiligung: 69,0
 CSU 60,6 (52,6), 55,5 (48,9)
 SPD 17,7 (15,9), 16,7 (13,8)
 Linke 4,5 (6,1), 3,3 (5,8)
 Grüne 6,3 (7,6), 6,0 (7,7)
 FDP 2,4 (11,7), 4,5 (14,6)
 AfD - -, 4,2 (-)
 Gewählt: Ulrich Lange (CSU)

Wahlkreis 255: Neu-Ulm
 Wahlbeteiligung: 68,0
 CSU 57,5 (50,7), 52,8 (44,2)
 SPD 18,4 (15,4), 18,1 (14,7)
 Linke 3,5 (6,3), 3,7 (6,3)
 Grüne 7,8 (10,7), 6,5 (8,8)
 FDP 2,7 (11,4), 4,7 (16,2)
 AfD 4,7 (-), 5,6 (-)
 Gewählt: Dr. Georg Nüßlein (CSU)

Wahlkreis 256: Oberallgäu
 Wahlbeteiligung: 69,5
 CSU 60,7 (53,0), 52,4 (44,9)
 SPD 17,3 (12,2), 16,0 (13,0)
 Linke 3,6 (5,0), 3,6 (5,6)
 Grüne 8,5 (12,8), 9,3 (11,3)
 FDP 3,5 (11,1), 5,6 (16,5)
 AfD - -, 4,3 (-)
 Gewählt: Dr. Gerd Müller (CSU)

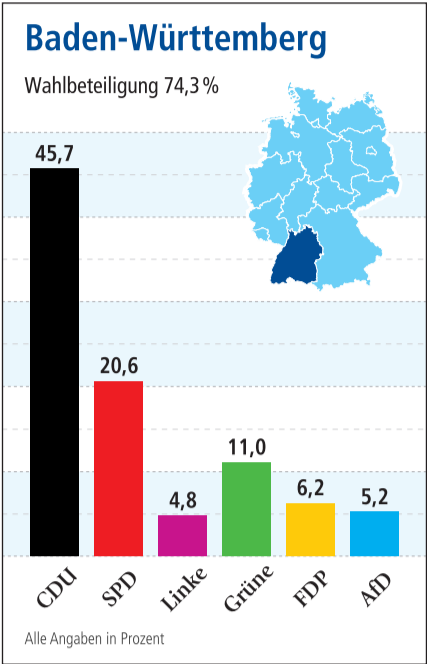
Wahlkreis 257: Ostallgäu
 Wahlbeteiligung: 68,8
 CSU 59,8 (51,1), 55,1 (46,4)
 SPD 15,0 (13,7), 15,0 (12,2)
 Linke 2,8 (5,3), 3,2 (5,6)
 Grüne 6,0 (9,0), 7,1 (9,3)
 FDP 1,7 (12,6), 4,6 (16,9)
 AfD 4,1 (-), 4,8 (-)
 Gewählt: Stephan Stracke (CSU)

Gewählte Landeslistenbewerber
 CSU:
 Katrin Albsteiger; Barbara Lanzinger;
 Silke Launert; Tobias Zech;
 Artur Friedrich Auernhammer; Matthäus Streb; Reiner Meier; Dr. Bernd-Bernhard Fabritius; Dr. Astrid Freudenstein; Julia Bartz; Gudrun Anna Therese Zollner

SPD:
 Florian Pronold; Anette Kramme; Martin Kurt Burkert; Gabriele Fograscher; Klaus Barthel; Marianne Schieder; Ewald Schurer; Dr. Bärbel Kofler; Bernd Rützel; Petra Ernstberger; Carsten Dietmar Träger;Sabine Dittmar; Christian Flisek; Claudia Rosina Tausend; Uli Grötsch; Ulrike Renate Martina Bahr; Florian Post; Martina Stamm-Fibich; Andreas Schwarz; Rita Hagl-Kehl; Dr. Karl Heinz Brunner; Gabriela Heinrich

Grüne:
 Claudia Benedikta Roth; Dr. Anton Hofreiter; Ekin Deligöz; Dieter Janacek; Elisabeth Scharfenberg; Uwe Kekeritz; Beate Walter-Rosenheimer; Dr. Thomas Gambke; Doris Wagner

Die Linke:
 Klaus Ernst; Eva Bulling-Schröter; Nicole Gohlke; Harald Weinberg



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (Ergebnis von 2009), Zweitstimmen (Ergebnis von 2009), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 258: Stuttgart I
 Wahlbeteiligung: 79,8
 CDU 42,0 (34,4), 37,5 (27,9)
 SPD 16,6 (18,0), 21,0 (18,9)
 Linke 3,9 (4,7), 6,2 (6,7)
 Grüne 27,5 (29,9), 22,7 (20,6)
 FDP 2,6 (10,3), 8,3 (19,5)
 AfD 2,7 (-), 4,1 (-)
 Gewählt: Dr. Stefan Kaufmann (CDU)

Wahlkreis 259: Stuttgart II
 Wahlbeteiligung: 73,4
 CDU 43,8 (34,5), 39,4 (29,1)
 SPD 26,1 (26,3), 22,9 (20,9)
 Linke 5,0 (8,6), 6,7 (9,0)
 Grüne 13,9 (16,8), 13,8 (17,9)
 FDP 2,7 (10,5), 6,6 (17,3)
 AfD 3,4 (-), 4,5 (-)
 Gewählt: Karin Maag (CDU)

Wahlkreis 260: Böblingen
 Wahlbeteiligung: 77,4
 CDU 54,3 (45,1), 46,9 (33,9)
 SPD 23,7 (20,0), 20,0 (19,1)
 Linke 4,0 (5,3), 4,4 (6,1)
 Grüne 9,4 (13,2), 10,4 (13,9)
 FDP 3,4 (13,0), 7,1 (20,9)
 AfD - -, 5,1 (-)
 Gewählt: Clemens Binnerger (CDU)

Wahlkreis 261: Esslingen
 Wahlbeteiligung: 77,7
 CDU 51,3 (43,5), 44,8 (33,6)
 SPD 25,2 (28,6), 21,9 (20,8)
 Linke 3,7 (5,0), 4,6 (6,2)
 Grüne 11,1 (12,5), 12,0 (15,6)
 FDP 1,9 (8,7), 6,1 (18,4)
 AfD 3,0 (-), 4,5 (-)
 Gewählt: Markus Grübel (CDU)

Wahlkreis 262: Nürtingen
 Wahlbeteiligung: 77,7
 CDU 51,0 (43,3), 46,0 (33,4)
 SPD 25,3 (24,2), 19,9 (18,9)
 Linke 3,3 (5,2), 4,1 (5,7)
 Grüne 9,9 (13,8), 11,6 (15,0)
 FDP 2,5 (11,6), 6,9 (20,7)
 AfD 3,2 (-), 4,8 (-)
 Gewählt: Michael Henrich (CDU)

Wahlkreis 263: Göppingen
 Wahlbeteiligung: 74,1
 CDU 49,0 (43,1), 45,8 (33,1)
 SPD 24,2 (26,6), 21,7 (20,7)
 Linke 3,6 (6,4), 4,2 (7,3)
 Grüne 10,7 (11,0), 10,1 (13,3)
 FDP 3,4 (10,3), 5,8 (19,1)
 AfD 5,3 (-), 6,3 (-)
 Gewählt: Hermann Färber (CDU)

Wahlkreis 264: Waiblingen
 Wahlbeteiligung: 76,2
 CDU 51,5 (43,0), 45,7 (33,2)
 SPD 22,9 (27,2), 20,1 (19,4)
 Linke 3,7 (5,3), 4,5 (6,5)
 Grüne 10,5 (9,5), 10,3 (14,1)
 FDP 3,7 (12,2), 7,8 (20,7)
 AfD 3,8 (-), 5,4 (-)
 Gewählt: Dr. Joachim Pfeiffer (CDU)

Wahlkreis 265: Ludwigsburg
 Wahlbeteiligung: 80,2
 CDU 50,4 (39,9), 44,0 (32,6)
 SPD 21,2 (22,6), 21,3 (20,2)
 Linke 4,8 (6,4), 4,7 (6,7)
 Grüne 13,5 (15,6), 11,7 (15,0)
 FDP 3,2 (12,6), 6,9 (19,6)
 AfD - -, 5,1 (-)
 Gewählt: Steffen Bilger (CDU)

Wahlkreis 266: Neckar-Zaber
 Wahlbeteiligung: 77,8
 CDU 53,2 (42,0), 45,3 (33,0)
 SPD 26,4 (23,5), 21,0 (20,0)
 Linke 4,4 (5,5), 4,1 (6,4)
 Grüne 9,5 (11,1), 10,6 (13,5)
 FDP 3,1 (14,7), 6,7 (20,6)
 AfD - -, 5,5 (-)
 Gewählt: Eberhard Gienger (CDU)

Wahlkreis 267: Heilbronn
 Wahlbeteiligung: 71,9
 CDU 51,4 (44,2), 45,8 (34,8)
 SPD 27,1 (25,0), 22,1 (21,3)
 Linke 4,4 (6,5), 4,7 (7,4)
 Grüne 7,5 (8,8), 8,5 (10,2)
 FDP 3,6 (12,0), 6,4 (19,2)
 AfD - -, 5,4 (-)
 Gewählt: Thomas Strobl (CDU)

Wahlkreis 268: Schwäbisch-Hall-Hohenlohe
 Wahlbeteiligung: 70,6
 CDU 52,3 (43,3), 46,6 (34,7)
 SPD 22,9 (21,5), 20,0 (18,4)
 Linke 4,3 (7,2), 4,8 (7,6)
 Grüne 10,0 (12,0), 10,0 (13,1)
 FDP 3,9 (13,1), 6,6 (18,9)
 AfD - -, 5,0 (-)
 Gewählt: Christian Freiherr von Stetten (CDU)

Wahlkreis 269: Backnang-Schwäbisch Gmünd
 Wahlbeteiligung: 74,3
 CDU 55,4 (44,7), 48,4 (35,4)
 SPD 24,8 (24,5), 20,4 (19,5)
 Linke 4,0 (6,6), 4,2 (7,1)
 Grüne 8,2 (10,3), 9,1 (12,5)
 FDP 2,8 (10,3), 5,8 (18,5)
 AfD - -, 5,7 (-)
 Gewählt: Norbert Barthle (CDU)

Wahlkreis 270: Aalen - Heidenheim
 Wahlbeteiligung: 73,6
 CDU 57,6 (45,0), 49,3 (36,8)
 SPD 24,6 (25,5), 22,3 (20,5)
 Linke 5,0 (7,5), 4,7 (7,9)
 Grüne 7,7 (9,1), 8,4 (11,3)
 FDP 1,8 (10,0), 6,0 (17,4)
 AfD - -, 4,5 (-)
 Gewählt: Roderich Kiesewetter (CDU)

Wahlkreis 271: Karlsruhe-Stadt
 Wahlbeteiligung: 72,9
 CDU 39,5 (38,1), 37,6 (28,6)
 SPD 29,6 (26,7), 22,7 (20,6)
 Linke 4,9 (7,1), 6,0 (8,3)
 Grüne 13,7 (15,2), 15,0 (18,4)
 FDP 3,2 (8,4), 6,0 (17,4)
 AfD 4,0 (-), 5,6 (-)
 Gewählt: Ingo Wellenreuther (CDU)

Wahlkreis 272: Karlsruhe-Land
 Wahlbeteiligung: 76,2
 CDU 53,3 (45,2), 46,7 (36,1)
 SPD 25,9 (25,6), 21,1 (20,3)
 Linke 3,7 (5,6), 4,1 (6,5)
 Grüne 7,8 (10,2), 9,6 (11,8)
 FDP 2,8 (11,6), 6,0 (19,1)
 AfD - -, 6,0 (-)
 Gewählt: Axel E. Fischer (CDU)

Wahlkreis 273: Rastatt
 Wahlbeteiligung: 71,4
 CDU 53,5 (48,0), 49,2 (38,9)
 SPD 23,0 (23,3), 20,6 (19,1)
 Linke 3,5 (6,3), 4,1 (7,0)
 Grüne 8,4 (10,8), 9,1 (11,6)
 FDP 3,1 (10,0), 5,8 (17,8)
 AfD 4,8 (-), 5,8 (-)
 Gewählt: Kai Whittaker (CDU)

Wahlkreis 274: Heidelberg
 Wahlbeteiligung: 77,9
 CDU 40,9 (36,1), 37,5 (30,6)
 SPD 30,6 (29,7), 23,4 (22,0)
 Linke 4,1 (5,6), 5,7 (7,3)
 Grüne 12,3 (15,6), 14,8 (17,6)
 FDP 3,1 (12,0), 7,0 (17,7)
 AfD 4,9 (-), 6,1 (-)
 Gewählt: Dr. Dr. h.c. Karl A. Lamers (CDU)

Wahlkreis 275: Mannheim
 Wahlbeteiligung: 69,4
 CDU 39,8 (36,5), 35,1 (29,0)
 SPD 32,4 (30,2), 27,5 (24,7)
 Linke 6,6 (9,5), 7,5 (11,3)
 Grüne 12,2 (12,6), 11,1 (13,6)
 FDP 2,8 (8,9), 5,5 (15,0)
 AfD - -, 6,0 (-)
 Gewählt: Dr. Egon Jüttner

Wahlkreis 276: Odenwald - Tauber
 Wahlbeteiligung: 72,9
 CDU 59,1 (50,3), 51,9 (42,0)
 SPD 21,3 (20,0), 19,8 (18,5)
 Linke 3,4 (6,6), 4,2 (6,9)
 Grüne 5,9 (8,8), 7,2 (9,2)
 FDP 1,8 (11,5), 5,2 (16,9)
 AfD 4,1 (-), 5,2 (-)
 Gewählt: Alois Gerig (CDU)

Wahlkreis 277: Rhein-Neckar
 Wahlbeteiligung: 74,9
 CDU 49,7 (42,3), 43,8 (35,2)
 SPD 25,9 (25,1), 22,3 (20,7)
 Linke 4,0 (7,5), 4,8 (7,8)
 Grüne 8,3 (10,6), 9,5 (11,8)
 FDP 2,5 (12,6), 6,5 (18,5)
 AfD 4,6 (-), 6,0 (-)
 Gewählt: Dr. Stephan Harbarth (CDU)

Wahlkreis 278: Bruchsal - Schwetzingen
 Wahlbeteiligung: 74,0
 CDU 51,8 (46,9), 46,6 (36,0)
 SPD 24,7 (23,6), 21,6 (20,1)
 Linke 3,7 (7,2), 4,4 (7,7)
 Grüne 6,8 (8,8), 8,2 (10,1)
 FDP 2,8 (11,4), 5,7 (19,2)
 AfD 4,4 (-), 6,1 (-)
 Gewählt: Olav Gutting (CDU)

Wahlkreis 279: Pforzheim
 Wahlbeteiligung: 72,5
 CDU 49,5 (40,7), 51,1 (34,5)
 SPD 22,9 (22,9), 20,2 (20,0)
 Linke 4,1 (6,8), 4,6 (7,4)
 Grüne 8,0 (10,0), 9,0 (11,5)
 FDP 5,8 (16,1), 7,1 (19,7)
 AfD 5,1 (-), 7,2 (-)
 Gewählt: Gunter Krichbaum (CDU)

Wahlkreis 280: Calw
 Wahlbeteiligung: 73,2
 CDU 58,5 (46,3), 51,1 (38,0)
 SPD 20,2 (20,2), 17,6 (17,4)
 Linke 4,3 (6,5), 4,2 (6,8)
 Grüne 7,0 (9,6), 7,6 (10,3)
 FDP 2,9 (12,5), 6,4 (20,1)
 AfD - -, 6,3 (-)
 Gewählt: Hans-Joachim Fuchtel (CDU)

Wahlkreis 281: Freiburg
 Wahlbeteiligung: 76,7
 CDU 34,9 (28,8), 35,4 (27,1)
 SPD 30,0 (33,0), 22,1 (21,0)
 Linke 4,9 (6,2), 7,9 (8,9)
 Grüne 20,9 (21,8), 19,8 (22,8)
 FDP 1,9 (8,2), 4,8 (14,1)
 AfD 2,5 (-), 3,8 (-)
 Gewählt: Matern Marschall von Bieberstein (CDU)

Wahlkreis 282: Lörrach - Müllheim
 Wahlbeteiligung: 71,7
 CDU 50,1 (37,9), 43,7 (32,3)
 SPD 24,6 (32,2), 21,8 (22,0)
 Linke 3,9 (6,0), 4,8 (7,0)
 Grüne 12,0 (10,5), 12,7 (15,5)
 FDP 2,4 (11,0), 5,6 (17,1)
 AfD 3,6 (-), 5,1 (-)
 Gewählt: Armin schuster (CDU)

Wahlkreis 283: Emmendingen - Lahr
 Wahlbeteiligung: 71,5
 CDU 52,3 (42,1), 45,8 (34,6)
 SPD 24,6 (32,2), 21,8 (22,0)
 Linke 4,6 (7,0), 4,6 (7,6)
 Grüne 11,5 (15,4), 12,1 (14,6)
 FDP 1,8 (9,9), 5,1 (16,5)
 AfD - -, 4,5 (-)
 Gewählt: Peter Weiß (CDU)

Wahlkreis 284: Offenburg
 Wahlbeteiligung: 70,8
 CDU 56,0 (47,2), 48,3 (37,6)
 SPD 20,2 (19,5), 19,2 (17,8)
 Linke 4,3 (7,3), 4,7 (7,7)
 Grüne 9,9 %(12,6), 10,7 (13,2)
 FDP 2,1 (11,2), 5,7 (17,9)
 AfD 3,9 (-), 5,4 (-)
 Gewählt: Dr. Wolfgang Schäuble (CDU)

Wahlkreis 285: Rottweil - Tuttlingen
 Wahlbeteiligung: 72,0
 CDU 57,8 (48,0), 51,7 (38,7)
 SPD 18,9 (16,3), 17,5 (16,3)
 Linke 3,8 (5,9), 4,0 (6,3)
 Grüne 7,5 (8,4), 7,4 (9,3)
 FDP 3,3 (17,7), 6,4 (21,9)
 AfD 5,0 (-), 5,8 (-)
 Gewählt: Volker Kauder (CDU)

AUFGEKEHRT

Die Stadt der Singles

Berlin ist die Hauptstadt der Singles. Statistisch gesehen leben rund 31 Prozent aller Einwohner der Spree-Metropole allein. Und wie überall in Deutschland ist der Anteil der Single-Frauen besonders hoch. Vor allem erfolgreiche Karrierefrauen tun sich schwer, einen Partner zu finden. Angie ist eine von ihnen. Und das ist ihre Geschichte:

Der Trennungsschmerz ist noch frisch. In den nächsten Wochen wird Angie mit ihrem Ex-Partner zwar noch unter einem Dach wohnen. Aber sie sind getrennt von Bett und Tisch. Und Pippi, wie sie ihn liebevoll nennt, leidet sichtbar stärker unter dem Beziehungs-Aus. Angie hingegen hat gelernt, mit solchen Situationen umzugehen. Sie blickt nach vorne. Es ist nicht ihre erste Trennung. Sie weiß, wo und wie man nette Männer kennenlernen kann. Vor acht Jahren hat sie sogar mal ein Speed-Dating absolviert. Vielleicht probiert sie das nochmal. Nur im Internet, da mag sie nicht suchen. „Neuland“, meint sie skeptisch.

Angie müsste sich also keine Sorgen machen. Doch diesmal ist es anders. Die Männer geben sich merkwürdig zugeknöpft, verhalten sich passiv, geradezu ängstlich. Sie sei zu dominant, zu erfolgreich, Männer schüchtere das ein, muss sie sich in ihrem Bekanntheitskreis anhören. Als wäre das ihre Schuld.

Am meisten nervt sie allerdings ihr Bruder Horst. Ständig mischt er sich in ihr Liebesleben ein. Als Jürgen sie kürzlich in einer geselligen Abendrunde so nett anlächelte, war Horst am nächsten Tag richtig grantelig. Der ginge nun gar nicht. Wenn, dann solle sie es mal bei dem Siggi versuchen. Aber Siggi scheint selbst nicht zu wissen, was er eigentlich will. Ein schwerer Brocken. Mal sehen. Angie lächelt wissend...

Alexander Weinlein |

VOR 60 JAHREN ...

Adenauer, die Zweite

9. Oktober 1953: Kanzler wiedergewählt Es ist eine Binsenweisheit: Wahlen sind immer auch Abstimmungen über den politischen Kurs. Vor allem bei den ersten Bundestagswahlen ging es darum zu entscheiden, in welche Richtung sich die junge Bundesrepublik entwickeln sollte. Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953 war eine Bestätigung für die Politik Konrad Adenauers (CDU). Am 9. Oktober wählte ihn der neue Bundestag dann erneut zum Kanzler.

Der Spitzenkandidat der SPD, Erich Ollenhauer, entpuppte sich dagegen als chancenlos. Als „farblos“ und „wenig charismatisch“ wird er heute beschrieben.



Konrad Adenauer (CDU) bei seiner Stimmabgabe zur Bundestagswahl 1953

ben. Und auch die Politik der Sozialdemokraten, die mit der UdSSR Verhandlungen über die Wiedervereinigung führen wollten, stieß auf wenig Gegenliebe. Darüber hinaus schürte der Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953 im Westen die Angst vor dem Kommunismus und ließ die Wiedervereinigungsangebote von SED und UdSSR als leere Versprechen erscheinen – ein Pluspunkt für Adenauer eingeschlagene Westintegration. Auch die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft schien angesichts des 1952 einsetzenden Aufschwungs richtig gewesen zu sein. Entsprechend deutlich fiel das Wahlergebnis aus: Die Union kam auf 45,2 Prozent, die SPD gerade einmal auf 28,8. Am Ende schmiedete Adenauer eine Koalition mit der FDP, der Deutschen Partei (DP) und der Vertriebenenpartei GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) (siehe Seite 5).

Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: ARABISCHE IPS-STIPENDIATEN ZU GAST



Salma Hamed, Mohamed Kharrat, Kaziwa Qadir und Brahim Oubaha (von links) sind Teilnehmer des Stipendiatenprogramms für arabische Länder des Bundestages.

»Vielleicht werde ich ja Botschafter in Deutschland«

Wird es zu einer Großen Koalition kommen? Was ist das Geheimnis des Wahlerfolgs der Union? Warum hat es für die FDP nicht gereicht? Nach der Bundestagswahl stellen sich viele Fragen. Fragen, für deren Beantwortung sich auch die 24 Teilnehmer am Programm des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) für arabische Länder interessieren. Vier Wochen lang haben die jungen Leute aus acht Staaten in den Büros ihrer „Patenschaftsgeordneten“ die Arbeit des Bundestages hautnah miterlebt, Wahlkampf inklusive. Am Dienstag vergangener Woche trafen sie nun mit dem Parteiforscher Gero Neugebauer und der Spiegel-Journalistin Christiane Hoffmann zur Wahlanalyse zusammen. Dabei vertrat Neugebauer die Ansicht, dass der Erfolg der Union vor allem der Personalisierung auf Angela Merkel zu verdanken sei. Das katastrophale Abschneiden der FDP habe sie nicht überrascht, sagte die Journalistin. Die Partei habe ein „desolates Bild“ geboten. Bei der Frage nach der Koalitionsbildung mussten die Experten passen. Wahrscheinlich sei die Große Koalition schon, hieß es. Wissen

könne man es aber nicht. In jedem Falle müssten Union und SPD Kompromisse eingehen. Dass Kompromisse zur Politik gehören, weiß auch die ägyptische Stipendiatin Salma Hamed und verweist auf die sehr brisante Situation in ihrer Heimat. Das Militär hat im Juli die von der Muslimbruderschaft gestellte Regierung um Präsident Mursi, „die zwar demokratisch gewählt wurde, aber nicht demokratisch gehandelt hat“, abgesetzt. Inzwischen wurde die Muslimbruderschaft gar verboten. „Wir brauchen einen Kompromiss“, sagt Salma Hamed. „Der Staat muss erkennen, dass ein Verbot der Muslimbruderschaft nichts bringt. Die Anhänger der Muslimbruderschaft wiederum müssen erkennen, dass ihre Anführer Fehler gemacht haben“, fordert sie. Der Tunesier Mohamed Kharrat wiederum kann es kaum erwarten, dass es in seinem Land überhaupt erstmals freie Wahlen gibt. Als Mitglied der gemäßigten islamistischen Ennahda-Partei hofft er auf den Sieg. Ebenso wie der marokkanische Stipendiat Brahim Oubaha setzt sich auch

Mohamed Kharrat hohe Ziele. „Vielleicht werde ich ja mal Botschafter Tunesiens in Deutschland“ sagt er. Brahim Oubaha legt die Latte noch ein bisschen höher. „Alles ist möglich“, findet er. Auch, dass er als Mitglied des Volksstammes der Berber marokkanischer Präsident wird. Die Erfahrungen aus dem IPS, da sind sich beide sicher, können ihnen auf ihrem Weg helfen. Kaziwa Qadir aus Erbil im Westirak ist in Sachen Zukunftsperspektive zurückhaltender. Die Kurdin sieht die historisch gewachsene Zerstrittenheit zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden als größtes Hemmnis für eine friedliche Entwicklung im gesamten Irak an. Mit verstärkten Bemühungen im Bereich der politischen Bildung könne man dagegen ansetzen, glaubt sie und ist auch bereit, sich dabei miteinzubringen. Den jungen Leuten hat die Zeit im Bundestag Mut gemacht, sich auch weiterhin zu engagieren. „Wir haben jetzt erstmals die Demokratie von innen erlebt“, freut sich nicht nur Brahim Oubaha.

Götz Hausding |

LESERPOST

Leserbrief zur Ausgabe 38-39 vom 16.9.2013, „Ein Netz für viele Fälle“ auf Seite 9: In Ihrer letzten Ausgabe wird unter anderem auch das Thema Rente aufgegriffen. Leider wurde dabei bislang nie über die Problematik der fehlenden Rentenversicherung für arbeitende Strafgefangene hingewiesen. Den Gefangenen war schon im Strafvollzugsgesetz von 1977 die Renteneinbeziehung versprochen worden, eine Selbstbindung des Gesetzgebers. Doch bis heute weigert sich die Regierung, dies durch Erlass des

entsprechenden Gesetzes umzusetzen. Die Gefangenen sollen weiter schwarz arbeiten und stehen nach der Entlassung vor dem Nichts. Wo bleiben da Sozialstaat, Gerechtigkeit und Menschenwürde? Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte diesbezüglich beim Deutschen Bundestag eine Petition zur Einbeziehung von Gefangenen in die Rentenversicherung eingereicht, die jedoch seit zwei Jahren nicht bearbeitet wird.

Martin Singe, Köln

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

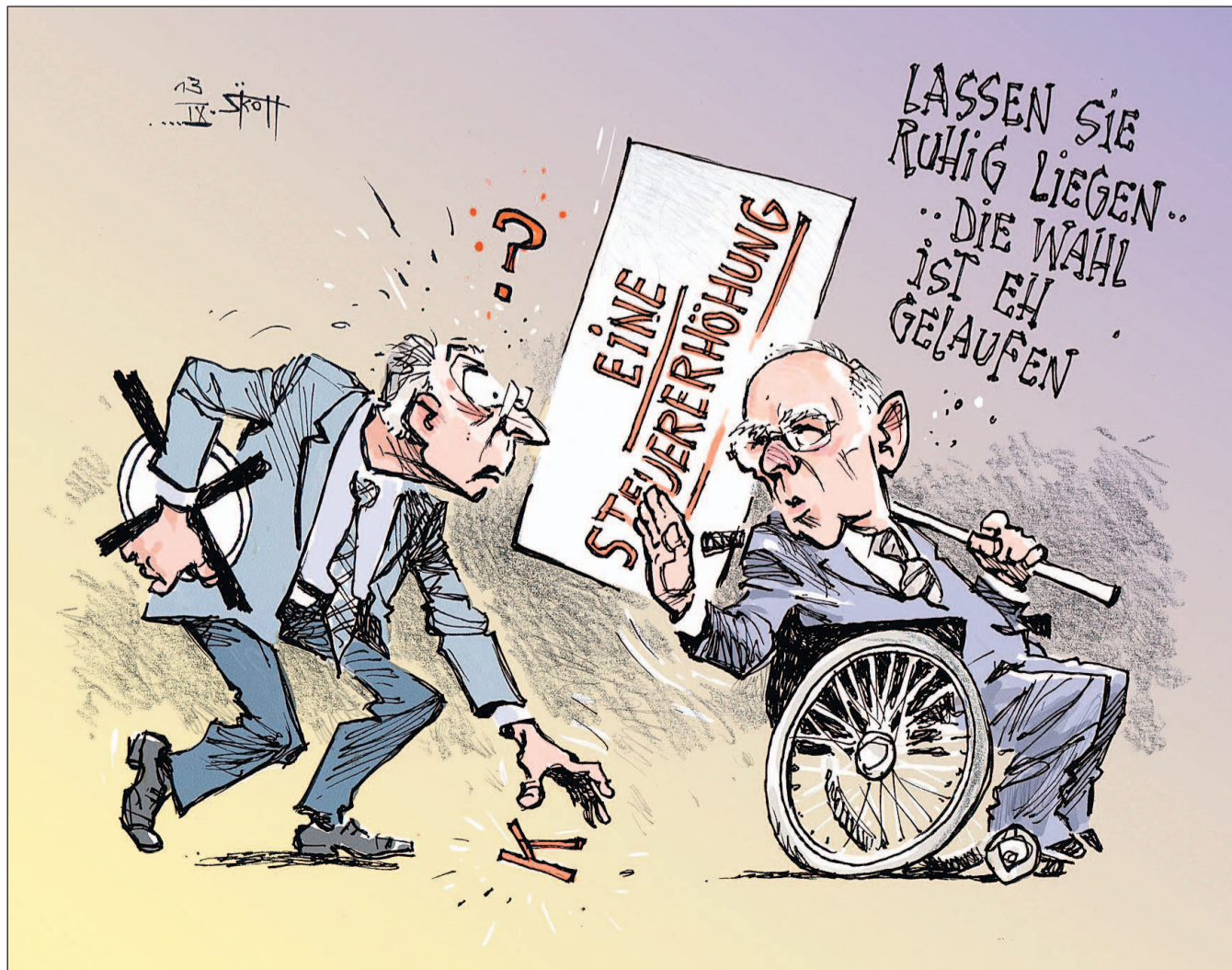
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. Oktober.

PANNENMELDER

In der Ausgabe vom 16.9.2013 sind uns auf Seite 8 in der Spalte „Abgeordnete hören auf“ zwei Fehler unterlaufen. Aus der SPD-Fraktion kandidierten insgesamt 33 Abgeordnete nicht wieder für den Bundestag, anstatt wie geschrieben 32. Aus der CDU/CSU-Fraktion stellten sich 38 Kandidaten nicht wieder zur Wahl und nicht 39. Ebenfalls auf Seite 8 ist im Gastbeitrag von Franz Müntefering ein Datum falsch. In seinem Text bezieht sich Franz Müntefering auf den 9.11.1989 und nicht auf den 9.11.2001.

SEITENBLICKE



NACHRUF

Trauer um Walter Wallmann

Der ehemalige Bundesumweltminister und hessische Ministerpräsident Walter Wallmann ist tot. Er starb am 21. September, wenige Tage vor Vollendung seines 81. Lebensjahrs.



Der promovierte Jurist, zeitweilige Richter und Rechtsanwalt aus Frankfurt am Main trat 1960 der CDU bei, war Mitglied des Deutschlandrats der Jungen Union und amtierte von 1966 bis 1974 als Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Marburg. 1967 übernahm er das Amt des Bezirksvorsitzenden der CDU Mittelhessen, stand von 1982 bis 1991 an der Spitze der Landespartei und war von 1985 bis 1992 stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender. Wallmann hatte sich darüber hinaus von 1968 bis 1977 als Stadtverordneter in der Marburger Kommunalpolitik engagiert. Der Sprung in die Landespolitik gelang Wallmann 1966. Bis 1972 gehörte er dem hessischen Landtag an. Wallmann wurde 1972 in den Bundestag gewählt und bereits im darauffolgenden Jahr wurde er Mitglied des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion. Als Vorsitzender des Guillaume-Untersuchungsausschusses 1974/75 verschaffte er sich Anerkennung über alle Parteigrenzen hinweg. 1976/77 amtierte er als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 1977, nach dem überraschenden Sieg seiner Partei bei der Kommunalwahl in Frankfurt, trat er das Amt des Oberbürgermeisters an. Im Juni 1986, nach der Katastrophe von Tschernobyl, berief Bundeskanzler Helmut Kohl Walter Wallmann zum ersten Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In seine knapp einjährige Amtszeit fiel die gesetzliche Regelung zur Einführung schadstoffarmer Autos. Nach seinem überraschenden Sieg bei der hessischen Landtagswahl übernahm im April 1987 das Amt des Ministerpräsidenten, erreichte aber vier Jahre später nicht mehr die erforderliche Mehrheit. Danach gab er schrittweise seine Ämter ab und zog sich 1997 endgültig aus der Politik zurück.

bmh |

PERSONALIA

>Halo Saibold Bundestagsabgeordnete 1987-1990, 1994-1998, Die Grünen

Halo Saibold wird am 1. Oktober 70 Jahre alt. Die Gesundheitsberaterin aus Aldersbach im Kreis Passau zählte zu den Mitbegründerinnen ihrer Partei in Bayern und auf Bundesebene. Von 1979 bis 1982 gehörte sie dem Landesvorstand Bayern und 1980/81 dem Bundesvorstand an. Von 1983 bis 1987 war sie Politische Beraterin der Bundestagsfraktion der Grünen. Im Bundestag arbeitete Saibold im Wirtschaftsausschuss mit und stand von 1994 bis 1998 an der Spitze des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus. Aus Protest gegen die Zustimmung zum Kriegseinsatz im vormaligen Jugoslawien trat sie aus ihrer Partei aus.

>Sissy Geiger Bundestagsabgeordnete 1992-1994, CDU

Sissy Geiger wird am 7. Oktober 75 Jahre alt. Die promovierte Kunsthistorikerin aus Darmstadt trat 1970 der CDU bei, engagierte sich seit 1977 in der dortigen Kommunalpolitik, war Stadtverordnete und stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende. Im August 1992 war Geiger, die dem Ausschuss für Frauen, Familie, Jugend und Senioren angehörte, in den Bundestag nachgerückt.

>Wilhelm Knabe Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Die Grünen

Am 8. Oktober vollendet Wilhelm Knabe sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Forstwirt, der 1959 aus der DDR floh und sich dort wie später im Westen vorübergehend der CDU angeschlossen hatte, war 1978 Mitbegründer der „Grünen Liste Umweltschutz“ in NRW. 1979 wurde er Landessprecher der Partei „Die Grünen“ und zählte 1980 zu den Mitbegründern der Bundespartei. Im Bundestag engagierte sich Knabe im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

>Elisabeth Altmann Bundestagsabgeordnete 1994-1998, Die Grünen

Am 12. Oktober begeht Elisabeth Altmann ihren 70. Geburtstag. Die promovierte Pädagogin und psychotherapeutische Heilpraktikerin schloss sich 1982 der Partei Die Grünen an und gehörte von 1987 bis 1995 dem Vorstand der Grünen und Alternativen in den Räten Bayerns an. Von 1992 bis 1994 war sie mittelfränkische Bezirksvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und von 1984 bis 1990 Kreisrätin im Landkreis Nürnberg. Im Bundestag arbeitete Altmann im Bildungsausschuss mit.

bmh |

NACHRUF

Reich-Ranicki gestorben

Bereits am 18. September verstarb der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki im Alter von 93 Jahren. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach dem Sohn Reich-Ranickis sein Beileid aus und würdigte den Verstorbenen in einem Brief. „Marcel Reich-Ranicki hat die Literatur in Deutschland über viele Jahrzehnte begleitet und ihre öffentliche Wahrnehmung maßgeblich geprägt.“ Mit seiner „unnachahmlichen Art“ habe er der Literatur auch in der breiten Öffentlichkeit zu mehr Geltung verholfen. Seine eindrucksvolle Rede am 27. Januar 2012 zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Bundestag bleibe unvergessen. „Marcel Reich-Ranickis Stimme war uns über Jahrzehnte hinweg vertraut – nun wird sie uns fehlen. Seine großen Verdienste um die deutsche Literatur wirken fort.“ Reich-Ranicki wurde am 2. Juni 1920 in Polen geboren und wuchs in Berlin auf. Als Jude überlebte er den Zweiten Weltkrieg im Untergrund und siedelte 1958 nach Deutschland um. Besonders bekannt wurde er durch die Fernseh-Sendung „Das literarische Quartett“.

jbb |

